

Die Politische Meinung



WESTEN

—
Was denn sonst!

ZUM SCHWERPUNKT Horst Teltschik, Führungsmacht Westen?;
Reinhard Müller, Die NSA-Affäre; Bettina Weiguny, Westliches Frauenbild;
Günter Mächler, Grande Nation?

WEITERE THEMEN Gayle Tufts, Yes we can! Ein satirischer Kommentar;
Christian Feldmann, Adolph Kolping – Alternative zu Karl Marx

9 €, Nr. 523 November/Dezember 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

”

Die Abgründe bleiben. Anstatt an ihnen zu tanzen, muss der Westen sich in einer unruhigen Welt auf seine transatlantischen Gemeinsamkeiten und Stärken besinnen.
Ansgar Graw, Auslandskorrespondent, Washington

Die atlantische Partnerschaft hat es geschafft, die Einheit des Westens zu erhalten und den Kalten Krieg zu gewinnen, ohne dass dabei ein Schuss abgefeuert wurde. Die Herausforderung, der sich der Westen heute gegenüber sieht, besteht darin, seiner politischen Mission und seiner wirtschaftlichen Führungsrolle neues Leben einzuhauchen.

William Drozdiak, Vorsitzender des Amerikanischen Rates für Deutschland

Europa wird gezwungen sein, sich weitgehend selbst der Krisenherde in seiner Nachbarschaft anzunehmen. Eine solche politische Arbeitsteilung zwischen den USA und Europa ist überfällig.

Horst Teltschik, Politikwissenschaftler und Wirtschaftsmanager

Europa und insbesondere Deutschland müssen Amerika auch technologisch mehr entgegensetzen – von Satelliten bis Suchmaschinen. Das hat seinen Preis, ist es aber auch wert. Es geht hier nicht um das Handy der Kanzlerin. Das ist eine Frage der Selbstachtung und der Souveränität.

Reinhard Müller, Journalist

Längst gibt es einen Westen außerhalb des nordatlantischen Raumes, nicht nur in ehemaligen Siedlerkolonien wie Australien.

Paul Nolte, Historiker und Publizist

Die westliche Führungsmacht wird innovatives Kraftzentrum der Welt bleiben, mögen auch andere den Sprung in eine höhere Liga schaffen. Der Westen ist nicht am Ende. Eines darf er jedoch nicht tun: Er darf sich nicht selbst schwächen und sich nicht selbst diskreditieren.

Klaus-Dieter Frankenberger, Journalist

Auch andernorts wird die Welt sich für Frauen und Männer ändern. In Afrika und Asien, in Indien und irgendwann vermutlich sogar in Ländern wie dem Tschad, Pakistan, Syrien oder dem Jemen. Auch Frauen aus diesen Ländern kämpfen mittlerweile für ihre Rechte, für Rechtsreformen und ein Ende der häuslichen Gewalt, für Demokratie und Toleranz.

Bettina Weiguny, freie Journalistin

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Dass der Mauerfall 1989 selbst bei kühlen Denkern ungebremsen Optimismus auslöste, ist bekannt. Schnell erwiesen sich zukunftsfreudige Vorhersagen als eitle Erwartung. Ein schönes, neues Zeitalter globaler Vernunft und Demokratie ist nicht angebrochen. Das westliche Modell hat sich weder von allein noch durch Interventionen umfassend durchgesetzt. So maßlos wie vorher die Hochstimmung ist heute die Resignation. Der Westen „im Niedergang“, „rat- und tatenlos“, „uneins und überschuldet“ – das sind, noch ohne die heftigen Ausschläge der NSA-Affäre, aktuelle Lösungen.

Die Niedergeschlagenheit hat gute Gründe: Die Entwicklungen im Irak oder in Syrien zeigen dem Westen schmerzlich seine Grenzen auf. Seit der Finanz- und Schuldenkrise steht noch dazu die westliche Wirtschaftsordnung in schlechtem Licht. Europäisches Rettungsschirm-Gezerre und amerikanisches Haushaltshickhack säen Zweifel an der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen. Umso schlimmer, dass Schwellenländer – zumal autoritär regierte – wirtschaftlich Paroli bieten.

So scharf der Blick auf eigene Schwächen zu sein hat, so wenig ratsam ist es, sich darauf zu fixieren. Vielmehr geht es darum, die Krisen zum Ausgangspunkt einer ebenso selbstkritischen wie vergewissernden Debatte zu machen, in der die Zukunft des Westens mit Sicht auf ein multipolares Staatensystem neu gedacht wird. Selbst wenn die einstige Dominanz perdu ist – die Chance, weiterhin eine wesentliche Rolle zu spielen, darf nicht ungenutzt verstreichen. Unendlich viel hängt davon ab: ob sich das Zusammenleben in der Welt von morgen an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert oder ob autoritäre Handlungsstile die Oberhand gewinnen. Nur wenige nehmen wahr, dass andernorts fragwürdige Ordnungsgedanken zirkulieren, die mit westlichen Vorstellungen in Konkurrenz treten (vgl. hierzu die Beiträge dieser Ausgabe Seite 80 bis 83 und Seite 84 bis 85).

Entscheidend wird sein, dass das Bewusstsein westlicher Zusammengehörigkeit nicht dahindämmert. Bei allen Differenzen überwiegen die gemeinsamen Interessen. Mehr noch: Westen bedeutet auch heute ein allen offenstehendes Projekt für Freiheit und Menschenrechte. So ist es wahr, dass dem Westen machtpolitisch eine bescheidenere Zukunft winkt. Aber seinen ideellen Einfluss muss das nicht schmälern. Aufzwingen lässt sich das westliche Modell ohnehin nicht, es muss durch Überzeugung wirken. Die Aufgabe, die sich stellt, lautet: Die freiheitliche Ordnung, die Demokratie und Marktwirtschaft untrennbar miteinander verbindet, muss zu pragmatischen, zukunftsfähigen Lösungen führen. Insoweit liegt der Schlüssel zu einer kooperativen Globalordnung vor der eigenen Haustür.

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Westen – was denn sonst!

12 AM ABGRUND TANZEN

Ansgar Graw

Über die Krise des Westens und seiner Führungsmacht

17 FÜHRUNGSMACHT WESTEN?

Horst Teltschik

Standortbestimmung in einer multipolaren Welt

30 NEUE TRANSATLANTISCHE VERHEISSUNGEN

William Drozdiak

Die Handels- und Investitions-partnerschaft

34 WESTEN IST ÜBERALL

Paul Nolte

Der Anspruch auf Menschenrechte, Freiheit und Demokratie gilt universell

45 STARKE SELBSTZWEIFEL UND SELBSTZWEIFEL ALS STÄRKE

Beate Neuss

Wie tragfähig ist das westliche Demokratiemodell?

51 „ULTRAKOMPETITIVE“ ZUKUNFT

Klaus-Dieter Frankenberger

Neues vom globalisierten Auf- und Abstiegskampf

55 VON OLYMPE DE GOUGES ZUM MÄDCHEN MALALA

Bettina Weiguny

Das westliche Frauenbild erreicht alle Teile der Welt

60 GRANDE NATION?

Günter Mächler

Frankreichs prägende Ausstrahlung droht abzustumpfen

SELBST- UND FREMDVERORTUNG*

69 KOSMOPOLITISCH UND EIGENSINNIG

Michael Mertes

Drei Thesen zu Israel und dem Westen

73 IDEAL- UND GEGENBILD

Eduardo Viola

Brasiliens Vexierblick auf den Westen

76 WOHN DENN SONST?

Ruprecht Polenz

Die Türkei und der Westen

80 ETWAS DAZWISCHEN

Pauline Tillmann

Vom russischen Doppeladler

84 ABSCHIED VON OST-WEST

Yu-ru Lian

Eine chinesische Positionierung

86 DAS TRAUMA DES VERRATS

Annette Ranko

Wie die arabischen Gesellschaften den Westen sehen

Kommentiert

25 **FREUNDE UND FEINDE DER FREIHEIT**

Reinhard Müller

Die NSA-Affäre

65 **WO FERGUSON RECHT HAT**

Andreas Möller

Der Westen braucht neue Fortschrittsutopien

90 **YES WE CAN!**

Gayle Tufts

Ein satirischer Kommentar zu westlichen Mentalitäten und Pauschalurteilen

Seitenblick: 200 Jahre Adolph Kolping

95 **ALTERNATIVE ZU KARL MARX**

Christian Feldmann

Über den Pionier eines sozialen Christentums

103 **INTERVIEW: EMPOWERMENT FÜR ARBEITNEHMER**

Eva M. Welskop-Deffaa über Adolph Kolping und christliche Minderheiten in den Gewerkschaften

108 **WARNUNG VOR DEM VERSORGUNGSSTAAT**

Hermann Kues

Adolph Kolping, Ludwig Windthorst und die Aktualität des katholischen Engagements für die soziale Frage

Nachruf

114 **LEIPZIG WAR SEIN SEHNSUCHTSORT**

Michael Böhm

Zum Tod von Erich Loest

Gelesen

40 **AUFSTIEG ODER NIEDERGANG**

Christian Hacke

Entscheiden Institutionen über Wohl und Wehe von Nationen?

99 **NICHT GOTTGEGEBEN**

Donate Kluxen-Pyta

Christliche Sozialethik in Gesellschaft und Wissenschaft

117 **TOTALITÄRE GEWALT**

Hans-Joachim Föller

Strukturelle Analysen und individuelle Erfahrungen

Aus der Stiftung

122 **EIN BLICK ZURÜCK NACH VORN**

Günther Rüther

Begabtenförderung im Wandel der Generationen

128 **FUNDSTÜCK**

* Diese Unterrubrik hat teils rein dokumentarischen Charakter.



Bildstrecke: Das Projekt Westen – die subversive Kraft von Freiheit und Menschenrechten

Seite 6/7

Eugène Delacroix feiert mit „La Liberté guidant le peuple“ –
„Die Freiheit führt das Volk“ – die Pariser Julirevolution 1830.

Seite 8/9

„Magic Bus“: Der Jugendprotest der 1960er- und 1970er-Jahre drängte zu
freiheitlichen, von Musik, Emanzipation und Mobilität geprägten Lebensformen.

Seite 10/11

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer.

Seite 58/59

Malala Yousafzai, 16-jährige Streiterin für Mädchenrechte in Pakistan,
überlebte ein Attentat. Am 20. November 2013 erhielt sie vom
Europäischen Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit.

Illustrationen:

Miriam Migliazzi und Mart Klein

Westen — was denn sonst!





ММММ nach Delacroix
2013









Am Abgrund tanzen

Über die Krise des Westens und seiner Führungsmacht

ANSGAR GRAW

Geboren 1961 in Essen, seit 2009 Auslandskorrespondent in Washington, D.C. (USA), „Die Welt“/„Welt am Sonntag“.

Der Westen tanzt am Abgrund. Nicht immer, aber immer öfter. Da sind die USA, deren Parteien sich seit Jahren übel befehlen über Haushalte, Defizite und Schulden-

limits. Mitte Oktober vertagten Republikaner und Demokraten nach einem Blick in den Höllenschlund amerikanischer Zahlungsunfähigkeit ihren Bürgerkrieg, aber eine Fortsetzung im Dezember ist zu befürchten.

Da ist Europa mit seiner noch längst nicht ausgestandenen Währungs-krise. In den südlichen Ländern stoßen die Sparprogramme an ihre Grenzen und beschwören die Angst vor Staatsbankrotten herauf. Die Arbeitslosenquoten in Frankreich und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, von Griechenland einmal ganz zu schweigen, erschüttern den Glauben an die Stabilität und die Verheißungen der Europäischen Union.

Um die Tour d'Horizon zu komplettieren: Japan, das einstige Wirtschaftswunderland in Asien mit westlicher Selbstverortung, ist weltweiter Spitzenreiter bei der Staatsverschuldung und hat zudem (gemeinsam mit Italien) die älteste Bevölkerung.

Just in dieser Situation wächst weltweit der Antiamerikanismus. Er wurde durch die NSA-Affäre angeheizt, die einen Höhepunkt in der Entlarvung des Lauschangriffs auf das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel erlebte. Washingtons nicht immer trittsichere Außenpolitik, zuletzt in der Syrien-Frage, schadete ebenfalls. Hinzu kommen alte Vorurteile – Stichworte Wall Street und Kapitalismus – und jüngere Erfahrungen mit der Immobilienkrise und der Lehman-Brothers-Pleite 2008.

Und die Wurzeln liegen noch tiefer. Die USA sehen sich mit dem grundsätzlichen Problem konfrontiert, dass die ganze Welt von einer Supermacht Führung verlangt, aber niemand geführt werden möchte.

In der *Zeit* vom 14. August 2013 formuliert Jens Jessen ein „Plädoyer für eine kontrollierte Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehungen“ unter der apodiktischen Zeile „Das ist nicht Freundschaft“. Am graduierten Stammtisch wird die Gewissheit verbreitet, die diplomatische Weisheit Wladimir Putins und nicht die massive militärische Drohung Barack Obamas habe dazu geführt, dass der syrische Diktator Baschar al-Assad nun endlich seine Chemiewaffen aufzugeben scheint.

NACHDENKEN ÜBER EINE „ENTAMERIKANISIERTE WELT“?

Findet der Westen in dieser Situation zurück zu alter Stärke? Sehen sich seine Staaten überhaupt noch aufeinander angewiesen?

Barack Obama, der fast vier Jahre seiner Kindheit in Indonesien erlebte, etikettierte sich im November 2009 als „Amerikas erster pazifischer Präsident“ und kündigte eine neue Fokussierung auf den asiatischen Raum an.

Doch die Pazifik-Strategie der USA verplätscherte angesichts der Herausforderungen in altbekannten Krisenregionen. Die Außenpolitik Washingtons wurde von den Umbrüchen im arabischen Staatenraum, vom Bürgerkrieg in Syrien und von dem neuerdings Tauwetter versprechenden, aber noch nicht mit echten Taten aufwartenden Iran diktiert. Schließlich zwang der *Government Shutdown* den US-Präsidenten Anfang Oktober, eine Asienreise zum APEC-Gipfel in Indonesien mit geplanten Anschlussbesuchen in Bali, Malaysia, auf den Philippinen und in Brunei abzusagen.

Derartige Schritte schmälern den westlichen Einfluss in der Region. Gerade die kleineren Staaten in Südostasien werden sich schwertun, das ferne Washington als die von ihnen durchaus gewünschte Alternative zu dem allzu rasch mächtiger werdenden und geografisch wesentlich näheren Peking zu akzeptieren. Chinas Präsident Xi Jinping nutzte seine Reise zum Gipfel für eine intensive Goodwill-Mission, nachdem Pekings Exporte nach Südostasien (und Europa) in den Monaten zuvor stärker als erwartet gefallen waren. Und am 13. Oktober verkündete Chinas staatliche Nachrichtenagentur Xinhua in

Erwartung der (letztlich verhinderten) Zahlungsunfähigkeit der USA gar, es sei nun „vielleicht eine gute Zeit für die irritierte Welt, über den Aufbau einer entamerikanisierten Welt nachzudenken“.

ÜBERALTERTES EUROPA

Auch diese Episode zeigt, dass die USA und Europa aufeinander angewiesen bleiben. Europa hat nicht nur das gravierende Währungsproblem, das durch die ungenierte Überschuldungspolitik einzelner Mitgliedsstaaten entstand. Noch drückender ist die Überalterung. Neunzehn der zwanzig Staaten mit den ältesten Bevölkerungen gehören zu Europa, hinzu kommt Japan. Der Trend ist irreversibel: Allein um die demografische Struktur auf dem derzeitigen Stand einzufrieren, müssten bis zum Jahr 2050 knapp 200 Millionen Menschen aus außereuropäischen Staaten nach Deutschland einwandern. Das wäre politisch und wirtschaftlich nicht zu verkraften.

Im Vergleich mit allen anderen entwickelten Volkswirtschaften sind die demografischen Probleme der Vereinigten Staaten gering. Zwar altert auch Amerika. Aber der Anteil der über 65-Jährigen läge bei konstanter Entwicklung erst im Jahr 2050 bei etwa zwanzig Prozent. Über diesen Anteil sind viele europäische Länder schon jetzt hinaus. Der große Joker der USA: Sie verfügen über nahezu unbegrenzten Raum für Zuwanderer. Selbst wenn die Bevölkerungszahl von derzeit 311 Millionen Menschen entsprechend den Prognosen bis 2050 um fast 100 Millionen zunimmt, werden die USA nur ein Sechstel der Bevölkerungsdichte Deutschlands haben. Darum werden weltweit junge Leute auch in Zukunft Amerika als das Land der nicht unbegrenzten, aber eben doch großzügig zugeschnittenen Möglichkeiten wahrnehmen.

Schon darum bleiben die USA auf unabsehbare Zeit die globale Führungsmacht. Peking kann Washington nicht ablösen. Derzeit ist die chinesische Gesamtbevölkerung zwar jünger. Aber ab 2040 leben dort prozentual mehr über 65-Jährige als in den USA. Auch die Wachstumsquoten flachen deutlich ab. Dieses Los trifft alle Staaten, die sich von sehr rückständigem Niveau zunächst mit zweistelligen Ziffern entwickeln, um dann nach wenigen Jahren in ein gemäßigteres Tempo zu wechseln.

Als Einwanderungsland taugt China mit seiner xenophoben Kultur und seiner jenseits einer schmalen Küstenlinie weiterhin völlig rückständigen Infrastruktur für die überschaubare Zukunft nicht. Dass der neue chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping auf eine Re-Ideologisierung und die Rückbesinnung auf maoistische Werte setzt, muss nicht gegen die Kooperation und ein gutes Auskommen mit dem Westen sprechen. Aber diese Tendenz rückt eine Modernisierung Chinas zu einer Weltmacht mit der Wahrnehmung internationaler Verantwortung, wie sie von Beobachtern noch vor wenigen Jahren vorhergesagt wurde, in weite Ferne.

„RISE OF THE REST“

Dennoch gibt es den „Rise of the Rest“, den Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens, Russlands und anderer Regionalmächte. Darum ist es existenziell, dass die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die USA und die Europäische Union, ihre zum größten Teil hausgemachten Politik-, Währungs- und Schuldenkrisen überwinden. Sie müssen stattdessen die bilaterale Kooperation intensivieren und Standards für den künftigen Welthandel in Sachen Qualität, Produktsicherheit und Recht am geistigen Eigentum setzen. Die im Juli 2013 in Washington gestarteten Verhandlungen zur *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) bieten dazu die Chance.

Doch die ökonomischen Vorteile einer noch engeren Verzahnung der beiden Volkswirtschaften und ihre Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wachstum sind nur ein Aspekt. Noch wichtiger ist die kulturelle Nähe Europas und der USA. Die Länder des Westens sind miteinander verbunden durch die Idee der Demokratie, der Menschenrechte und einer freien Wirtschaft. Zwar gibt es die sattem bekannten Unterschiede. Die Europäer verstehen nicht das liberale Waffenrecht (für das die Zustimmung in den USA eher wächst) oder die Todesstrafe (deren Unterstützung dort seit Jahren abnimmt) in den Vereinigten Staaten; die Amerikaner wiederum wundern sich über die Justiz in europäischen Ländern, die Täter oft eher ermahne als tatsächlich bestraft, und über die auf dem alten Kontinent verbreitete Mentalität, in jeder vermeintlich schwierigen Situation nach dem „Nanny-Staat“ zu rufen. Doch im Vergleich mit Asien, Afrika oder dem arabischen Staatenraum schrumpfen die systemischen und kulturellen Differenzen zwischen den USA und Europa gewaltig. Wer darum die transatlantischen Beziehungen abkühlen lassen will, sollte sagen, welche Alternativen er sieht. Auf die USA wartet kein verlässlicher Partner in Asien und auf die Europäer höchstens ein autoritäres Russland, das eher durch Stagnation als durch Stabilität gekennzeichnet ist. Wollen das die Amerikaner? Wollen das die Europäer?

Es bleiben Irritationen, die ausgeräumt werden müssen. Die hemmungslose Datensammelwut der NSA gehört dazu, weil sie die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit allzu sehr zulasten des ersteren Zieles verschiebt.

Europäische Nachrichtendienste dürfen der NSA nicht mehr die massenhafte Abschöpfung der „Metadaten“ von Telefonaten und Internet-Kommunikation gestatten. Restriktionen in diesem Bereich dienen übrigens nicht nur dem Datenschutz, sondern auch der Effizienz der NSA, die derzeit durch ein Zuviel an Daten den Heuhaufen ständig vergrößert, in dem sie die Nadel sucht.

Allerdings sollte die NSA-Debatte nicht naiv geführt werden. Auch andere Länder, Deutschland eingeschlossen, spionierten und spionieren, sogar in den Hauptstädten ihrer Verbündeten. Und sahen sich die US-Geheimdienste 2011 mit dem Vorwurf konfrontiert, den bevorstehenden arabischen Umbruch

nicht vorab ausgespäht zu haben, werden sie jetzt kritisiert, weil sie zu eifrig aufgeklärt haben.

Was die Kapitalismus-Schelte angeht, übersehen die USA-Kritiker drei Punkte: Das Wirtschaftssystem in Amerika unterscheidet sich zwar von europäischen Modellen, weil es größeren Wert auf den Markt und geringeren auf den Staat legt – aber es handelt sich nicht um grundsätzliche Gegenentwürfe, sondern lediglich um Varianten ein- und derselben Idee der Marktwirtschaft, die sich bei allen Problemen jedem planwirtschaftlichen oder freiheitsfeindlichen Experiment gegenüber als überlegen erwiesen hat.

Zum anderen gab es nach 2008 wichtige Reformen in den USA, die den Verbraucherschutz erhöhten, den Derivaten-Markt transparenter machten und die nach dem „Stress-Test“ eine Eigenkapitalquote von fünf Prozent für alle Banken vorschreiben – in der Europäischen Union wird eine Quote (die zugegebenermaßen nicht das entscheidende Kriterium für einen stabilen Bankensektor ist) von nur drei Prozent angestrebt.

KAPITALISMUS-SHELTE

Der dritte Hinweis aber ist der wichtigste: Wer den Kollaps der Märkte im Jahr 2008 und die anschließende weltweite Rezession allein raffgierigen Wall-Street-Bankern anlastet, greift viel zu kurz. Die Politik trägt einen ganz entscheidenden Anteil am Entstehen der Immobilien-Blase, die das Verhängnis einleitete. Präsident Bill Clinton rief die *National Homeownership Strategy* aus, deren Selbstzweck darin bestand, den Anteil der Eigenheimbesitzer „auf das Allzeithoch von 67,5 Prozent bis zum Jahr 2000“ anzuheben. Denn, so sagte der Demokrat 1995, „wenn wir die Zahl der Eigenheimbesitzer in unserem Land erhöhen, stärken wir die Wirtschaft, schaffen neue Jobs, unterstützen die Mittelklasse und bekommen engagiertere Bürger“.

Um diesen „amerikanischen Traum“ zu verwirklichen, verzichteten Banken beim Kauf von Immobilien auf Anzahlungen und Gehaltsnachweise. Doch der Immobilienmarkt wurde durch den Eingriff des Staates nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die Quote der Eigenheimbesitzer stieg auf nahezu siebzig Prozent, um nach der Krise abzustürzen auf derzeit 65 Prozent – das entspricht etwa dem Niveau zum Zeitpunkt von Clintons Rede.

Zurück zur Krise des Westens. Die Abgründe bleiben. Anstatt an ihnen zu tanzen, muss der Westen sich in einer unruhigen Welt auf seine transatlantischen Gemeinsamkeiten und Stärken besinnen. Die Europäer brauchen eine starke Führungsmacht, und die USA brauchen verlässliche Partner.

Führungsmacht Westen?

Standortbestimmung in einer multipolaren Welt

HORST TELTSCHIK

Geboren 1940 in Klantendorf, heute Kujavy (Tschechien), von 1982 bis 1990 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Leiter der Abteilung „Auswärtige und Innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“, später unter anderem Beauftragter des BMW-Vorstandes für Zentral- und Osteuropa, Asien und den Mittleren Osten und von 2003 bis 2006 Präsident der Boeing Deutschland.

„Führungsmacht Westen“, das ist ein zwiespältiger Titel. Er wirft sofort eine Reihe von Fragen auf. Geht es um die Vereinigten Staaten von Amerika, über Jahrzehnte die unbestrittene Führungsmacht des Westens? Das scheint gegenwärtig nicht mehr so selbstverständlich zu sein. Zurzeit ist es ja eher üblich, die weltweite Führungsrolle der USA offen infrage zu stellen. Oder geht es um den „Westen“ insgesamt als gemeinsame Führungsmacht im Rahmen einer neuen Weltordnung?

Bis 1990/91 war das internationale System klar definiert. 1945 war der Zweite Weltkrieg beendet worden. Fast unmittelbar danach schloss sich der „Kalte Krieg“ an, der die Weltpolitik in den folgenden 45 Jahren maßgeblich bestimmen sollte und wiederholt bis an die Schwelle eines neuen heißen Krieges führte. Die prägenden Kräfte dieses Ost-West-Konfliktes waren die beiden Weltmächte USA und UdSSR mit ihren jeweiligen Bündnissystemen Atlantische Allianz und Warschauer Pakt. Sicherheitspolitisch hatte sich mit dem Prinzip der „mutual assured destruction“ ein Gleichgewicht des Schreckens entwickelt, das eine vermeintlich stabile, tatsächlich aber stets labile europäische Nachkriegsordnung entstehen ließ.

Hinzu kam, dass sich in diesem *bipolaren Weltsystem* zwei sich gegenseitig ausschließende Gesellschaftssysteme gegenüberstanden: die kommunistische Ideologie des Marxismus/Leninismus und die freiheitlich demokratische und marktwirtschaftliche geprägte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des Westens. Die Atlantische Allianz verstand und versteht sich bis heute als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten. Daran hat auch die Mitgliedschaft der Türkei nichts geändert. Damit war der Begriff des Westens in Abgrenzung zum Osten sowohl machtpolitisch als auch gesellschaftspolitisch klar definiert. Ebenso unbestritten war, dass die USA als größte und wirtschaftlich wie militärisch stärkste Nation des Westens die Führungsrolle innehatten.

Dieses anscheinend stabile bipolare Weltsystem endete 1991 mit der fast lautlosen Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der UdSSR. Der Ost-West-Konflikt war beendet, die Teilung Europas überwunden und Deutschland geeint. Neue Entwicklungen bahnten sich an. In den 1980er-Jahren hatte die VR China bereits begonnen, ihren Markt zu öffnen. 1991 folgte Indien. So traten Anfang der 1990er-Jahre rund 2,5 Milliarden Menschen zusätzlich als Konsumenten und als potenzielle Wettbewerber in den Weltmarkt ein.

FRIEDENSORDNUNG VON VANCOUVER BIS WLADIWOSTOK

Im Oktober 1990 hatten alle 34 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Paris die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet. Gemeinsames Ziel war es, eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok zu schaffen. Demokratie und Marktwirtschaft sollten die gemeinsamen Prinzipien der neuen Friedensordnung sein. Welch eine Vision! Sie ist jedoch bis heute eine Illusion geblieben. Dennoch war es kein Wunder, dass damals Autoren wie Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ sprachen, weil sie den endgültigen historischen Triumph des westlich-liberalen Demokratiemodells für möglich hielten.

Präsident George H. W. Bush forderte 1991 eine neue Weltordnung. Doch auch diese Aufforderung blieb international ohne Echo. Es ergab sich gewissermaßen eine neue unipolare Ordnung mit den USA als alleiniger und dominierender Weltmacht. Die europäische Abhängigkeit von den USA setzte sich fort. Sie zeigte sich erneut in den 1990er-Jahren im Verlauf der Balkankriege, die nur mit militärischer und diplomatischer Hilfe der USA beendet werden konnten. Ihre unbestrittene Führungsrolle wurde auch in dem persönlichen Angebot von Präsident Bill Clinton an den russischen Präsidenten Boris Jelzin dokumentiert, Russland solle der NATO beitreten.

Betrieb Clinton noch eine zurückhaltende Außenpolitik, so sollte sich das unter seinem Nachfolger George W. Bush dramatisch ändern. Ausgangspunkt waren die schrecklichen Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington. Bush rief zu einer weltweiten Allianz gegen den Terrorismus auf.

Alle Mitgliedsstaaten der NATO schlossen sich ihr an und riefen am 2. Oktober erstmals den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages aus. Bundeskanzler Gerhard Schröder ging sogar so weit, öffentlich zu erklären: „Ich habe dem amerikanischen Präsidenten George Bush die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert.“ Der Allianz gegen den Terrorismus schlossen sich sofort Länder wie Russland, China, Indien und Japan an. Eine weltweite Allianz zeichnete sich ab.

„KOALITION DER WILLIGEN“

Doch Bush vergab diese Chance. Innerhalb von vier Wochen, am 7. Oktober, griffen die USA Afghanistan militärisch an, vertrieben die Taliban-Regierung und setzten eine Übergangsregierung ein. Doch noch hielt die internationale Solidarität an. Der UN-Sicherheitsrat legitimierte mit seinen Resolutionen vom 12. und 28. September den Anti-Terror-Krieg in Afghanistan und beschloss am 14. November die Einrichtung einer multilateralen Friedenstruppe. Auch die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder entschied sich für die Beteiligung der Bundeswehr. Der Bundestag stimmte dieser Entscheidung am 16. November mit großer Mehrheit zu. Es sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass es eine rot-grüne Regierung war, die sich zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands zu zwei Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr entschied. Der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan war ohne Mandat der Vereinten Nationen erfolgt.

Doch diese eindrucksvolle internationale Solidarität endete mit der Entscheidung von Präsident Bush, am 20. März 2003 ohne UN-Mandat den Irak militärisch anzugreifen, um angebliche irakische Massenvernichtungsmittel auszuschalten. Eine „Koalition der Willigen“ mit Großbritannien an der Spitze unterstützte ihn. Frankreich und Deutschland verweigerten sich.

Gerhard Schröder nutzte den Bundestagswahlkampf 2002 dazu, öffentlich zu erklären, dass sich die Bundeswehr nicht beteiligen werde. Er löste damit in der amerikanischen Regierung große Verärgerung aus, weil sie eine solche Anfrage zu einer deutschen Beteiligung weder gestellt hatte noch beabsichtigte.

NIE DA GEWESENE MILITÄRISCHE STÄRKE

Als das Weiße Haus im September 2002 die „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ veröffentlichte, wies die Regierung mit Genugtuung darauf hin, dass „die großen Kämpfe des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus mit einem entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit beendet seien – und mit einem einzigen nachhaltigen Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum“. Sie fuhr damit fort, dass „die USA sich heute einer Position noch nie da gewesener militärischer Stärke und großen politischen und wirtschaftlichen Einflusses erfreue“. Auf dieser Grundlage führten die USA „weltweit einen Krieg gegen den Terrorismus“.

Präsident Bush dominierte in seiner Amtszeit die internationale Agenda in einem Ausmaß und in einer Weise, die fast zwangsläufig Gegenreaktionen auslösen musste. Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten reiste Wladimir Putin im Juni 2000 zu einem offiziellen Staatsbesuch in die Volksrepublik China. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich beide Präsidenten dafür aus, dass eine „neue Weltordnung“ geschaffen werden müsse und sie sich deshalb gemeinsam für die „Multipolarisierung“ der Welt einsetzen wollten. Im Dezember 2000 weilte Putin zu einem Staatsbesuch in Indien. Auch dort sprachen sich beide Seiten in einer Gemeinsamen Erklärung für eine „multipolare globale Struktur“ aus, gegen den „unilateralen Einsatz oder die Androhung von Gewalt unter Verletzung der UN-Charta sowie gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“.

Heute ist ganz selbstverständlich davon die Rede, dass wir in einer multipolaren Welt leben, in einer Welt mit mehreren Machtzentren, die bereits weltpolitischen Einfluss ausüben oder über das Potenzial dazu verfügen. Unbestritten bleiben die USA aufgrund ihrer Wirtschaftsmacht und ihres Militärpotenzials das weltweit bedeutendste Machtzentrum. Hinzu kommen die sogenannten BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Japan als drittgrößte Wirtschaftsnation sollte nicht vergessen werden. Das politische Gewicht und die wirtschaftliche Bedeutung jedes dieser neuen Pole wäre zu diskutieren. Ihr internationaler Einfluss wird auch künftig davon abhängig sein, welchen Spielraum ihre unterschiedlichen politischen Systeme ermöglichen und welche Ressourcen aufgrund ihrer ungleichen wirtschaftlichen und sozialen Strukturprobleme sowie militärischen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

BRICS – KEIN NEUES BLOCKSYSTEM

Selbst wenn sich die BRICS-Staaten zu organisieren beginnen und zu regelmäßigen Gipfeltreffen zusammenkommen, ist die Wahrscheinlichkeit relativ gering, dass sich daraus ein neues Blocksystem entwickeln könnte. Es treffen dort nicht nur unterschiedliche politische Systeme aufeinander. Zu groß und zu langwierig sind auch die bilateralen Streitfälle, die zwischen einzelnen dieser Staaten bestehen. Die Grenzstreitigkeiten zwischen China und Indien haben in diesem Jahr wieder ein gefährliches Ausmaß angenommen. Größer sind die Chancen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und in der Selbstbehauptung gegenüber den westlichen Industrienationen und in den internationalen Organisationen wie in der Welthandelsorganisation (WTO), in der Weltbank, im Internationalen Währungsfonds (IMF) und natürlich in den Vereinten Nationen. Im UN-Sicherheitsrat blockieren Russland und China gemeinsam immer wieder Resolutionen, wie im Falle Syriens.

Wirtschaftspolitisch hat die G-20-Gruppe längst den Vorrang gegenüber der G-7-/G-8-Gruppe der Industriestaaten gewonnen. Als sich vor Beginn der G-20-Treffen der amerikanische Präsident mit seinem chinesischen Kollegen verabredete, war G-2 geboren und wurde von manchem Beobachter bereits als das neue bipolare Weltmodell gepriesen.

Interessanterweise sind es Amerikaner selbst, die von einer schwindenden Rolle der USA und ihrem abnehmenden Gewicht in der internationalen Politik sprechen. Präsident Obama hat den Irak-Krieg beendet. Afghanistan folgt im kommenden Jahr. Beide Kriege waren am Ende kein Erfolg. In beiden Ländern ist die politische Stabilität nicht gesichert. Die demokratischen Strukturen sind, wenn überhaupt, nur in Ansätzen vorhanden und alles andere als gefestigt. Der Terrorismus ist nicht besiegt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Kosten beider Kriege gehen für die USA in die Billionen, nicht zu reden vom Blutzoll der gefallenen und verwundeten Soldaten. Besonders dramatisch hat die politische und moralische Reputation der USA gelitten.

VON „HARD POWER“ ZU „SOFT POWER“

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass Präsident Obama von einer Politik der militärischen „hard power“ Abstand nehmen will und trotz aller Widerstände versucht, eine Politik der „soft power“ in Form von Dialog, Verhandlungen, Zusammenarbeit und Kooperation zu verfolgen. Die Intervention in Libyen und in Mali haben die USA nur aus der zweiten Reihe unterstützt. Im Falle von Syrien bereiten die USA und Russland eine Friedenskonferenz für November in Genf vor. Nach Obama sollen die USA nicht länger die „Rolle eines Weltpolizisten“ übernehmen.

Gleichzeitig hat Obama mit seiner neuen Asienstrategie die Priorität seiner Außenpolitik verändert. Das ist angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Chinas und des ganzen asiatischen Raumes nicht überraschend. Gleichzeitig nehmen die Konfliktpotenziale zwischen China und den angrenzenden Staaten, einschließlich Japans, zu. Nordkorea bleibt ein unberechenbares Regime mit einem wachsenden Atombomben- und Raketenpotenzial.

Als Obama Anfang Oktober seine Teilnahme an der APEC-Konferenz auf Bali und der anschließenden ASEAN-Konferenz, der Vereinigung der zehn südostasiatischen Staaten, wegen der unsäglich Auseinandersetzung mit den Republikanern über Haushaltsfragen absagen musste, nutzte Chinas Ministerpräsident Li Keqiang sofort die Chance und präsentierte die „Blaupause“ für eine „diamantene Dekade“ der Beziehungen zwischen China und der ASEAN. Er schlug vor, einen Vertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen China und der ASEAN-Gruppe auszuhandeln. Die Rivalität zwischen den USA und China nimmt sowohl auf der wirtschaftlichen als auch immer stärker auf der politischen Ebene zu.

Vor dem Hintergrund dieser weltweiten Entwicklungen und Veränderungen ist es schon überraschend, wenn nicht sogar erschreckend, wie gelassen, ja fast fatalistisch die Europäer auf diese internationalen Umbrüche reagieren, als ob sie auf einer Insel der Glückseligkeit leben würden. In Deutschland, dem größten und wirtschaftlich stärksten Land, im Zentrum Europas liegend, herrscht bei einer wachsenden Zahl von Bürgern die Mentalität vor, sich aus allen Händeln dieser Welt herauszuhalten zu wollen und dem Vorbild der Schweiz zu folgen. Die eigene Sicherheit sei ja nicht gefährdet. Das Land sei nur noch von Freunden umgeben. Flüchtlinge müssten nach Möglichkeit abgewehrt werden. Gleichzeitig wollen deutsche und europäische Unternehmen auf allen Märkten dieser Welt präsent sein und ihre Produkte verkaufen, um den Lebensstandard weiter zu steigern.

POLITISCHE ALBTRÄUME

Viele verschließen die Augen vor der Wirklichkeit in Europa wie weltweit. Es gibt seit über zwanzig Jahren ungelöste Konfliktherde auf dem europäischen Kontinent. 2008 haben wir in Georgien erlebt, wie schnell sie in einen heißen Krieg einmünden können. In Weißrussland herrscht immer noch eine Diktatur. Schwelende Konflikte gibt es in der Republik Moldau mit Transnistrien, in Armenien mit Nagorny Karabach. Zentralasien mit seinen autoritären Regimen ist ein potenzieller Krisenherd. Der Balkan ist noch nicht dauerhaft befriedet. Auch wissen wir noch immer nicht, wohin Russland geht. Ein sicherheitspolitisch frei schwebendes Russland als zweitgrößte Nuklearmacht der Welt sollte uns eher beunruhigen. Der gesamte islamische Gürtel, von Marokko

angefangen über Ägypten, Syrien, Irak, Iran, Pakistan, Afghanistan einschließlich der Golfstaaten, ist ein politischer Albtraum und liegt vor den Grenzen Europas. Afrika mit über einer Milliarde Menschen, geprägt von ständigen blutigen Konflikten und von Flüchtlingsströmen in Millionenhöhe, dieser Kontinent liegt vor unserer Haustür. Es wird nicht reichen, Flüchtlingsboote abzuweisen und zurückzuschicken. Der internationale Terrorismus findet in diesen beiden Regionen Heimstatt und Ausbildung.

Kein europäisches Land kann allein mit diesen Konfliktherden fertig werden. Kein europäisches Land kann allein internationale Allianzen und Aktionen mobilisieren, um diese Konflikte zu verhindern oder gar zu regeln. Frankreich und Großbritannien sind im Gegensatz zu Deutschland Nuklearmächte und Ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Das ermöglicht ihnen ein gewisses Mitsprache- und Mitwirkungsrecht in internationalen Krisen. Daran sollten wir Deutschen nicht rühren, denn das sichert beiden Staaten gegenüber dem größeren Deutschland die gleiche Augenhöhe.

Die Antwort der Europäer auf die globalen Umbrüche unserer Zeit muss eine zweifache sein. Wir müssen endlich eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln. Die bisherigen Ansätze reichen nicht aus. Eine EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, die sich erst mit 28 Außenministern abstimmen muss, ist weitgehend handlungs- und entscheidungsunfähig. Und wenn wir im Konzert der Großen künftig unsere europäischen und nationalen Interessen wahrnehmen wollen, müssen wir den Weg zur Integration, zu einer echten politischen Union weitergehen. Was spricht am Ende gegen die „Vereinigten Staaten von Europa“, wenn wir die Zusammenarbeit selbst so gestalten können, dass nationale Identitäten nicht verloren gehen?

EUROPÄISCH-ATLANTISCHE ANTWORTEN

Darüber hinaus sollte Europa als Teil der Atlantischen Allianz die Zusammenarbeit mit den USA weiter vertiefen, denn es steht immer stärker im weltweiten Wettbewerb der politischen und wirtschaftlichen Systeme. Der wichtigste Schritt wäre jetzt, die gemeinsame Freihandelszone endlich zu verwirklichen. Seit Jahrzehnten wird darüber diskutiert. Viele Initiativen sind ins Leere gelaufen, weil die Politik die Schwierigkeiten scheute. Die gemeinsamen Werte der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie weltweit zu verteidigen, muss ein gemeinsames Anliegen sein. Doch in Europa wie in den USA steht unsere eigene demokratische Ordnung aktuell immer häufiger im Feuer der Kritik. Deshalb sollten beide Seiten voneinander lernen, wie die freiheitliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft weiterentwickelt und gleichzeitig gefestigt werden können.

Über Jahrzehnte hat die Atlantische Allianz immer wieder über eine gerechte Lastenverteilung gesprochen. Sie wird künftig von den USA faktisch erzwungen werden, weil sie dabei sind, ihre politischen Prioritäten zu verändern. Die Entwicklung des eigenen Landes wird verstärkt im Vordergrund stehen, und die außenpolitischen Prioritäten verlagern sich in andere Weltregionen. Europa wird auf diese Weise gezwungen sein, sich weitgehend selbst der Krisenherde in seiner Nachbarschaft anzunehmen. Eine solche politische Arbeitsteilung zwischen den USA und Europa ist überfällig und im eigenen Interesse der Europäer. Das schließt eine enge Zusammenarbeit nicht aus.

Wer sollte weltweit Freund und Partner sein, wenn nicht die großen Demokratien in Nordamerika und Europa? Es geht nicht um die weitere Konzentration von Macht, sondern es geht um die Verteidigung gemeinsamer Interessen und um die Selbstbehauptung in einer Welt, die sich im Umbruch befindet, politisch und wirtschaftlich, und die vor vielfältigen globalen Aufgaben steht, die nur noch gemeinsam zu lösen sind. Deshalb sollten die Europäer enger zusammenrücken, ohne eine enge Freundschaft mit den USA aufzugeben.

Freunde und Feinde der Freiheit

Die NSA-Affäre

REINHARD MÜLLER

Geboren 1968 in Walsrode, verantwortlicher Redakteur der Ressorts Zeitgeschehen sowie Staat und Recht, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Die NSA-Affäre – was war das noch gleich? Interessiert das noch irgendjemanden? So konnte man noch vor einigen Wochen fragen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass offenbar die Mobiltelefone der Bundeskanzlerin und anderer Spitzenpolitiker der Welt abgehört wurden. Die politischen Beben haben das Weiße Haus erreicht. Aber was ändert sich dadurch? Tatsächlich geht das Thema weiterhin

alle an. Auch wenn dafür immer noch kaum einer auf die Straße geht. Zwar gab es in Deutschland Demonstrationen, an denen sogar regierende Politiker teilnahmen. Doch gerade das machte hellhörig: Was habt ihr eigentlich getan, so konnte der Bürger fragen – und: Was ist neu an der Sache?

In der Tat: Dass unsere Daten nicht sicher sind, ist ein alter Hut – was freilich nicht heißt, dass man sich damit abfinden muss. Nicht nur Datenschützer witzelten schon vor Jahren, man solle eine Nachricht lieber hinausbrüllen, als sie per E-Mail zu verschicken. Und dass in den Vereinigten

Staaten insbesondere nach den kriegsähnlichen Anschlägen vom 11. September 2001 ein anderes Verständnis von Datenschutz herrschte, hat wohl kaum jemanden überrascht.

Überhaupt ist bis heute noch nicht gänzlich klar, was genau der amerikanische Geheimdienst NSA kann und macht – dies gilt auch für andere Dienste. Der „Whistle-blower“ Edward Snowden hat Zug um Zug vieles enthüllt, was auf Anhieb nicht überprüfbar ist. Fantasien sind das aber schon deshalb nicht, weil der Kern schwerwiegender Vorwürfe von der amerikanischen Regierung zumindest indirekt bestätigt wurde. Die Rufe nach besserer Kontrolle in Amerika sprechen Bände.

„NACH DEUTSCHEM RECHT UNVERHÄLTNISSMÄSSIG“

Tatsächlich sind Geheimdienste kein Selbstzweck. Auch für sie gelten im Rechtsstaat Recht und Gesetz. Andererseits sollten wir Deutschen nicht so tun, als gelte überall das deutsche Datenschutzrecht. Es war ebenso gut gemeint wie bezeichnend, dass gleich zu Beginn der Datenaffäre nicht nur ein deutscher Anwaltsverein die amerikanischen Abhörmaßnahmen „nach deutschem Recht unverhältnismäßig“ nannte. Nun ist es nur menschlich, an jegliches Handeln erst einmal die eigenen Maßstäbe anzulegen. Doch sollte eine solch grundlegende Kritik an einem verbündeten Staat erst einmal bei der Frage ansetzen, ob deutsches Recht überhaupt anwendbar ist. Und das ist eben nicht ohne Weiteres der Fall, wenn amerikanische Dienste auf amerikanischem Boden Netze anzapfen. Dieses Vorgehen

ist womöglich auch mit dem Recht der Vereinigten Staaten vereinbar – jedenfalls, soweit Ausländer betroffen sind. Denn Amerika hat zum einen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 seinen Diensten mehr Befugnisse gegeben. Vor allem aber hat es ein anderes Verständnis vom Datenschutz. Das Sammeln von Informationen ist demnach grundrechtlich unproblematisch; erst wenn der Staat konkrete Daten nutzen will, muss er sich rechtfertigen und bestimmten Vorgaben genügen – eine Sicht im Übrigen, die zwar nicht der deutschen entspricht, aber keineswegs absurd ist. So kann man darüber streiten, ob tatsächlich die bloße Speicherung von Verbindungsdaten bei Telekommunikationsunternehmen ein erheblicher Grundrechtseingriff vom Gewicht etwa des Abhörens eines Telefongesprächs ist. Doch immerhin ist auch in Amerika davon die Rede, dass die Geheimdienste aus dem Ruder laufen. So nennt der amerikanische Rechtswissenschaftler Russell Miller die Vereinigten Staaten im Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen „parteiübergreifenden Sicherheitsstaat“.

Deshalb ist es mehr als legitim und sollte für einen wichtigen Verbündeten selbstverständlich sein, wenn Deutsche (und andere europäische Staaten wie auch Institutionen) von Washington Auskunft verlangen, inwieweit die eigenen Bürger (Behörden gar?) abgehört werden, auf welcher Grundlage und nach welchen Maßstäben. Auch Vereinbarungen aufgrund des NATO-Truppenstatuts und fortgeltendes Besatzungsrecht normieren Voraussetzungen für Eingriffe. Flächendeckende Maßnahmen sind jedenfalls unzulässig – offenbar haben sich die Amerikaner ohnehin nicht darauf berufen.

DEUTSCHLAND GILT NOCH HEUTE ALS FEINDSTAAT

Es war in jedem Fall höchste Zeit, dass das seit zwanzig Jahren nach offiziellem alliierter Willen souveräne Deutschland darauf dringt, solche skandalösen Vorbehalte zu beseitigen – auch in der Charta der Vereinten Nationen gilt Deutschland noch heute als Feindstaat. Dazu braucht man freilich eine recht breite Mehrheit der Staatengemeinschaft – derzeit erscheint eine förmliche Änderung der Charta illusorisch. Man muss freilich auch sagen, dass diese Sonderrechte von vielen für obsolet gehalten werden. Auch ein Zusatzprotokoll zum Pakt über bürgerliche und politische Rechte, wie es die Bundesregierung zur Stärkung der Privatsphäre jetzt vorgeschlagen hat, würde Amerika nur binden, wenn es sich dem unterwürfe. Auch darüber muss man also mit der Regierung Obama reden.

Und das geschieht auch auf anderer Ebene. So haben sich die Vereinigten Staaten zu einem „No-Spy“-Abkommen mit Deutschland bereit erklärt. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass sich Behörden versichern, sie hielten sich an das Recht. Aber hier geht es um Geheimdienste. Und hier scheint diese Bekräftigung nötig zu sein. Wenn mit diesem angestrebten Vertrag verboten wird, dass Nachrichtendienste Regierungsstellen, Botschaften und Behörden des anderen Staates ausspähen, wenn die Sammlung von Daten untersagt werden soll, die sich gegen die Interessen des anderen Landes richtet, dann wäre das alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Das gilt ebenso für den beabsichtigten Verzicht auf Wirtschaftsspionage sowie auf das Ausforschen

geistigen Eigentums. Denn Spionage ist völkerrechtlich nicht verboten. Nicht ohne Grund hat ja fast jeder Staat einen Geheimdienst – und das Auskundschaften fremder Länder wird seit Langem praktiziert. Für den Kriegsfall ist geregelt, im Übrigen auch für die Bundeswehr, dass Spione keinen Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene haben. Sie können also – in einem ordentlichen Gerichtsverfahren – bestraft werden. Die Spionage als solche ist im Krieg nicht verboten, gilt aber, das klingt wie ein Widerspruch, wegen der für die Spione damit verbundenen Gefahren als „riskante Handlung“.

SPIONIEREN: RISKANT, ABER NICHT GRUNDSÄTZLICH VERBOTEN

Das ist auch, wie die Späh-Affäre zeigt, eine gute Umschreibung für die Lage im Friedensvölkerrecht. Hier fehlt es an generellen Regelungen, erst recht an einem Verbot der Spionage. Freilich ist es allen Staaten untersagt, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, etwa ihre Agenten Waffenhandel betreiben zu lassen oder sich an Putschversuchen zu beteiligen. Für Diplomaten etwa gilt ausdrücklich, dass sie sich „mit allen rechtmäßigen Mitteln“ über die Verhältnisse in dem Land, in das sie entsandt wurden, informieren dürfen. Wer darüber hinausgeht und diplomatischen Status besitzt, kann in der Regel nicht belangt, aber zur Persona non grata erklärt und des Landes verwiesen werden. Spione genießen ansonsten generell keine Immunität – selbst im Kalten Krieg haben

sich die gegnerischen Mächte nicht darauf berufen, wenn einer ihrer Agenten im Feindesland festgesetzt wurde. Im Übrigen verstößt die Informationsbeschaffung durch Agenten nicht ohne Weiteres gegen die Hoheitsrechte des Staates, in dem sie spionieren.

Allerdings ist auch kein Staat dazu verpflichtet, Spionagemassnahmen zu dulden. Er kann etwa Ausspäh-Aktionen als „unfreundlichen Akt“ qualifizieren und entsprechend reagieren. Ja, ein Staat, der keine Spionage betreibt, könnte unter Umständen sogar seine Fürsorgepflicht für seine Staatsbürger verletzen – ebenso ein Staat, der die Spionage-Abwehr vernachlässigt. Freilich steht es jedem Land frei, sich vertraglich zu binden – und sich so bewusst einiger Handlungsoptionen zu berauben.

Es bleibt abzuwarten, wie das geplante Abkommen ausgestaltet sein wird – und wie sich dann insbesondere die amerikanischen Dienste in der Praxis verhalten. Der amerikanische Präsident Barack Obama hat jedenfalls eingesehen, dass der NSA-Skandal Amerika schadet: „Amerikanische Führung in der Welt hängt vom Beispiel amerikanischer Demokratie und Offenheit ab.“

Gleichwohl bleibt insbesondere Deutschland auf die enge Zusammenarbeit mit Amerika angewiesen, wenn es darum geht, die gemeinsame Zivilisation zu schützen – viele der Hinweise auf Attentäter stammen von amerikanischen Diensten.

Doch ist es gut, dass jetzt in Deutschland wie im übrigen Europa wieder über die Grenzen staatlicher Eingriffe im grenzüberschreitenden Anti-Terror-Kampf debattiert wird. Und auch darüber, inwieweit Internetunternehmen sich von den

Vereinigten Staaten einspannen lassen. Denn bei vielen Kunden jener Geräte, die soziales Verhalten so stark verändert haben, herrscht offenbar der naive Glaube vor, jene globalen Unternehmen verfolgten automatisch gute globale Zwecke. Es ist auch gut, dass sich die amerikanische Regierung zur Rechtfertigung gezwungen sieht. Vor allem Deutschland, aber auch die Europäische Union legen besonderen Wert auf die Privatsphäre, auf den Schutz persönlicher Daten.

MITBAUEN AM DIGITALEN ZWILLING

Es wäre gut, wenn diese abermalige Debatte über die Grenzen staatlichen Handelns, über die strikte Bindung an das Recht auch die Verantwortung des Einzelnen und privater Unternehmen herausstellte. Wer große Erwartungen an den Schutz durch den Staat hat, an die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit, der wird ihm den kontrollierten Zugriff auf vorhandene Daten zum Schutz von Leib und Leben, aber auch anderer Güter nicht verwehren können. Jeder Bürger sollte sich zunächst selbst fragen, wem er sich digital öffnet, warum er sein Leben ins Netz stellt – und sich damit komplett ausliefert.

Das ist auch Bundespräsident Joachim Gauck aufgefallen, der anlässlich des Tags der Deutschen Einheit und im Zuge des Abflauens der Aufregung über die NSA-Affäre an die Bedeutung des Datenschutzes erinnerte: Seiner Auffassung nach muss der Datenschutz so wichtig werden, wie es heute der Umweltschutz für den Erhalt der Natur sei. Es

müsse neu bestimmt werden, was ein freiheitlicher Staat im Geheimen tun dürfe, um seine Bürger zu schützen, und was er nicht tun dürfe. In der Öffentlichkeit würden die Möglichkeiten der neuen Medien nicht als Bedrohung, sondern als „Verheißung“ wahrgenommen. „Die Menschen, die ihre Daten preisgeben, wollen offenbar nicht wissen, dass sie damit an einem digitalen Zwilling mitbauen, der den Einzelnen manipulierbar macht.“ Gauck kritisierte auch die immer schwächer werdende Trennung zwischen Freizeit und Arbeit. Der Bundespräsident nannte Smartphones und soziale Netzwerke „großartige Erleichterungsmaschinen“, warnte aber die jüngeren Bürger davor, den „Netzwerken“ ihr ganzes Leben anzuvertrauen.

Es geht auch ohne. Aber es ist nicht leicht. Zudem darf nicht vergessen werden, dass es der Staat seinen Bürgern nicht einfach macht. Zwar fordern Politiker im Zuge der neuen Sensibilität gern, jeder Bürger solle ständig prüfen, ob er etwa Geschäfte elektronisch tätigt. Zugleich aber treibt er selbst – bis hin zum bald wohl unabdingbaren elektronischen Rechtsverkehr – den Bürger in wenig geschützte Gefilde.

GUT GEBRÜLLT!

Das alles ist nicht zuletzt ein europäisches Problem. So fordert EU-Justizkommissarin Viviane Reding seit Längerem eine drastische Verschärfung der Datenschutzregeln. Deutschland sei aber „bisher zögerlich“ gewesen und habe „nicht gerade geholfen, dass das neue Datenschutzgesetz umgesetzt wird“. Nach dem Vorbild des euro-

päischen Wettbewerbsrechts sollen Verletzungen der europäischen Datenschutzregeln künftig mit drastischen Strafen belegt werden. In Anbetracht der Veröffentlichungen zu Datenausspähungen durch amerikanische und britische Nachrichtendienste meint Viviane Reding, heute gäben Firmen eher den Forderungen amerikanischer Behörden nach, als europäisches Recht zu befolgen. „Im Augenblick können wir nur schreien, aber beißen können wir nicht. Ich will, dass wir auch beißen können.“

Das ist gut gebrüllt – doch darf dieser Vorstoß nicht zu einer Aushöhlung der deutschen Standards und zu einer europäischen Super-Behörde führen. Auch die Europäische Union hat bisher nicht das Nötige getan.

Europa und insbesondere Deutschland müssen Amerika auch technologisch mehr entgegensetzen – von Satelliten bis Suchmaschinen. Das hat seinen Preis, ist es aber auch wert. Es geht hier nicht um das Handy der Kanzlerin. Das ist eine Frage der Selbstachtung und der Souveränität.

Nichts Neues also? Wer beobachtet wird, ist nicht frei. Das ist nicht nur eine Erkenntnis der NSA-Affäre, das hat auch das Bundesverfassungsgericht sinngemäß schon so gesagt. Richtig ist auch, dass technische Fertigkeiten nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind. Doch entscheidend ist, was aus der Fähigkeit zur umfassenden Überwachung gemacht wird. Es ist eben nicht ausgeschlossen – und wäre das Ende des Rechtsstaats –, solche technischen Möglichkeiten zu reglementieren und zu kontrollieren.

Neue transatlantische Verheißungen

Die Handels- und Investitionspartnerschaft

WILLIAM DROZDIAK

Geboren 1949 in Berwyn/Illinois (USA),
Vorsitzender des Amerikanischen Rates
für Deutschland.

Die Weltwirtschaft durchläuft zurzeit einen bemerkenswerten Wandel, der die unternehmerischen Möglichkeiten in den nächsten Jahren dramatisch beeinflussen

könnte. Bisher gültige Glaubenssätze wurden auf den Kopf gestellt, als das Vertrauen der Investoren in die Schwellenmärkte plötzlich schwand, Europa aufgrund einer möglichen Erholung wieder attraktiver erschien und sich in den Vereinigten Staaten eine industrielle Wiedergeburt ankündigte.

Die 800 Millionen Menschen, die in den Vereinigten Staaten und Europa leben, machen zwar nur etwa zwölf Prozent der Weltbevölkerung aus, aber sie sind für beinahe die Hälfte der gesamten globalen Wirtschaftstätigkeit verantwortlich. Außerdem verfügen die Nationen des Westens über mehr als achtzig Prozent der globalen Militärmacht und halten auch heute noch bei praktisch jedem Kennwert für *Soft Power* die Spitzenstellung. Trotz der außerordentlichen Fortschritte der Schwellenländer stehen Europa und die Vereinigten Staaten immer noch an vorderster Front bei innovativen Technologien, audiovisueller Unterhaltung und höherer Bildung – von den 100 Spit-

zenuniversitäten der Welt sind drei Viertel in Europa oder Amerika beheimatet. Die Fähigkeit der Demokratie des freien Marktes, sich selbst zu reformieren, ist noch nie klarer zutage getreten als bei der aktuellen Erholung von der finanziellen Kernschmelze im Jahre 2008, die beinahe in eine zweite Weltwirtschaftskrise mündete. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in allen Ländern des Westens immer noch ein Problem, aber in vielen Sektoren wurde die Krise dazu genutzt, Kosten zu senken, die Qualität der Produkte zu verbessern, wirtschaftlicher zu produzieren und ganz allgemein sehr viel wettbewerbsfähiger zu werden.

Zusätzlich hat die Fracking-Revolution die Hoffnung geweckt, die Vereinigten Staaten könnten eher früher als später im Bereich der Energieversorgung autark werden – eine Hoffnung, die viele ausländische Firmen dazu veranlasst hat, ihre Investitionspläne für Nordamerika zu überdenken und ihre Tätigkeit dort auszuweiten. In Deutschland, wo die Energiepreise viermal so hoch sind wie in den Vereinigten Staaten, haben große Unternehmen wie der Mischkonzern Siemens und der Chemie-Riese BASF ihre Kapitalinvestitionen in den Vereinigten Staaten aufgestockt, weil sie der Ansicht sind, dass sie nur dann global wettbewerbsfähig bleiben können, wenn sie Tätigkeiten in Länder auslagern, in denen die Energiekosten niedrig sind.

PRIMAT DES WESTENS

Die vielleicht vielversprechendste Initiative zur Revitalisierung der westlichen Führung der Weltwirtschaft ist der Versuch, eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union auszuhandeln. Die Verhandlungen dazu, die im Juli 2013 begannen, sollen die verbleibenden Barrieren fast ausnahmslos einreißen und die zwei bedeutendsten Wirtschaftsböcke der Welt zu einer gemeinsamen Wirtschaft verschweißen. Die Motive, die die Regierungschefs der Vereinigten Staaten und der aus 28 Nationen bestehenden Europäischen Union zu einem derart kühnen und ehrgeizigen Schritt antreiben, haben gleichermaßen politischen wie ökonomischen Charakter. Die Wirtschaftskrise von 2008 und die lauter werdenden Forderungen der Schwellenländer nach mehr Mitsprache in der Weltpolitik überzeugten die Regierenden auf beiden Seiten des Atlantiks davon, dass dringend etwas unternommen werden müsse, um das Primat der westlichen Werte zu sichern. Sie waren sich bewusst, dass der gemeinschaftliche Einsatz ihrer Energien und Ressourcen für die westliche Staatengemeinschaft der einzige Weg ist, ihren Führungsanspruch zu festigen und das öffentliche Vertrauen in freie Märkte, offene Gesellschaften und den Rechtsstaat wiederzubeleben – im Gegensatz zu den geschlossenen und gelenkten Systemen, die staatlich kontrollierte Volkswirtschaften in anderen Teilen der Welt bevorzugen.

Des Weiteren waren sich die Vereinigten Staaten und Europa darüber im Klaren, dass das lähmende Patt bei den multilateralen Handelsgesprächen und insbesondere bei der Doha-Runde die internationale Handelsordnung zu gefährden begann, wodurch wiederum weltweit das Vertrauen der Wirtschaft geschädigt werden könnte – und das in Zeiten einer fragilen und unsicheren Erholung. In getrennten Kampagnen setzten sich die USA und die Europäische Union das Ziel, bilaterale und regionale Handelsabsprachen mit verschiedenen Partnern abzuschließen. Im Rahmen einer „Europa global“ genannten Strategie versuchte die Europäische Union, privilegierte Vereinbarungen mit Japan, Südkorea, Kanada, Indien, Mittelamerika und Südostasien abzuschließen. Als Teil der „Pivot-to-Asia“-Strategie von Präsident Barack Obama begannen die Vereinigten Staaten ihrerseits Gespräche über eine transpazifische Partnerschaft mit fast zwanzig Ländern in Asien und der pazifischen Region, China ausgenommen. In Europa breitete sich die Befürchtung aus, das atlantische Bündnis könne durch eine neue amerikanische Doktrin ersetzt werden, die strategische Interessen in Asien in den Vordergrund stellt. Diese wachsende Besorgnis half dabei, die politische Unterstützung aller 28 Staaten der Europäischen Union für einen umfassenden und ehrgeizigen Versuch zu mobilisieren, eine weitreichende Abmachung abzuschließen, die auf eine effektive Fusion der europäischen und der amerikanischen Volkswirtschaften hinauslief. Die Regierung Obama zögerte fast zwei Jahre lang. Sie bestand auf einer gründlichen Überprüfung durch eine hochrangige transatlantische Arbeitsgruppe, bis sie sich davon überzeugen ließ, dass der politische Wille in Europa und die Synergie wirtschaftlicher Interessen für einen Abschluss vor Ende 2014 ausreichen.

DIMENSIONEN DES TRANSATLANTISCHEN HANDELS

In der jüngsten Wirtschaftskrise trat die Bedeutung der atlantischen Beziehung besonders stark hervor. Die Dimensionen der transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen stellen bereits jetzt alle anderen Handels- und Investitionspartnerschaften weltweit in den Schatten. Die Existenz von mehr als dreizehn Millionen Amerikanern und Europäern hängt direkt von Arbeitsplätzen ab, die durch die Handels- und Investitionsströme über den Atlantik geschaffen wurden. Das Volumen des Handels zwischen Europa und Amerika beläuft sich derzeit auf 2,7 Milliarden Dollar pro Tag – fast eine Billion Dollar pro Jahr –, und die Direktinvestitionen belaufen sich auf fast vier Billionen Dollar. Die Hälfte aller amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen weltweit ist für Europa bestimmt, und die Vereinigten Staaten erhalten sechzig Prozent aller europäischen Auslandsinvestitionen. Dieses über Jahrzehnte hinweg entstandene dichte Netzwerk von Wirtschaftsbeziehungen überschreitet heutzutage

tage auch Staatsgrenzen; so arbeiten zum Beispiel mehr als 60.000 Amerikaner für den Siemens-Konzern, der sich in vielerlei Hinsicht gleichermaßen als amerikanisch und deutsch versteht. General Electric wiederum beschäftigt Zehntausende Europäer und stellt seinen amerikanischen Ursprung kaum noch heraus. Selbst die Erzrivalen Boeing und Airbus beziehen sich nicht mehr auf ihre nationale Identität, weil ihre Belegschaften so international zusammengesetzt sind. Der transatlantische Wirtschaftspakt, der jetzt ausgehandelt wird, würde die ökonomischen Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa weiter verschwimmen lassen.

Die Begeisterung, mit der viele amerikanische und europäische Wirtschaftsführer die Aussicht auf ein transatlantisches Handelsabkommen begrüßen, entspricht dem Eifer, mit dem viele Regierungen diesen Gedanken unterstützen, weil ihnen eine solche Abmachung als die beste Möglichkeit erscheint, auf beiden Seiten des Atlantiks mehr Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Selbst prominente Anhänger der Demokratischen Partei, wie die amerikanischen Gewerkschaften und die Umweltbewegung, die Handelsvereinbarungen als „Wettrennen zum Nullpunkt“ im Hinblick auf Sicherheits- und Umweltstandards oft mit Misstrauen betrachten, haben ihre Unterstützung für die Abmachung vorsichtig angekündigt – sie hoffen, dass ein Kompromiss die Vereinigten Staaten zwingen würde, ihre Normen zu verschärfen und sich den strengeren europäischen Richtlinien anzuschließen. Die anstehende Abmachung würde darüber hinaus das Regelwerk der TTIP als Weltstandard etablieren und andere Nationen dazu bewegen, sich nach den amerikanischen und europäischen Regeln zu richten. Wie viele Parlamentsmitglieder in Europa haben auch führende Kongressabgeordnete in den USA ihre Bedenken beiseitegeschoben, dass das Freihandelsabkommen sie Wähler kosten könnte, und stattdessen ihre Unterstützung für einen transatlantischen Pakt zum Ausdruck gebracht.

Es geht um nicht weniger als das Schicksal der westlichen Führungsposition. Die größte Aufgabe dabei wird es sein, dafür zu sorgen, dass die Politiker auch weiterhin ihr Augenmerk auf den großen Entwurf richten und es nicht zulassen, dass eine Abmachung, die von so vitaler Bedeutung für die strategischen Interessen Europas und der Vereinigten Staaten ist, durch engstirnige Streitereien unterminiert wird. Die atlantische Partnerschaft hat es geschafft, die Einheit des Westens zu erhalten und den Kalten Krieg zu gewinnen, ohne dass dabei ein Schuss abgefeuert wurde. Die Herausforderung, der sich der Westen heute gegenüber sieht, besteht darin, seiner politischen Mission und seiner wirtschaftlichen Führungsrolle neues Leben einzuhauchen, damit eine neue Generation im In- und Ausland in Frieden und Wohlstand leben kann.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Wilfried Becker, Germersheim.*

Westen ist überall

Der Anspruch auf Menschenrechte, Freiheit und
Demokratie gilt universell

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern, Historiker,
Publizist, Professor für Neuere Geschichte
an der Freien Universität Berlin.

Ein neuer Streit um den Westen ist entbrannt. Nach dem Irak-Krieg, am Ende des Afghanistan-Einsatzes und angesichts eines prekären „Arabischen Früh-

lings“ fragen sich viele: Wo sind da die westlichen Werte, und mit welchem Recht lassen sie sich in andere Regionen und Kulturen exportieren?¹ Die Ära der globalen westlichen Vorherrschaft, zunächst von Europa und im 20. Jahrhundert vor allem von Nordamerika aus durchgesetzt, könnte im 21. Jahrhundert ohnehin zu Ende gehen. Eine Zivilisation im Niedergang, angesichts des Aufstiegs Asiens, vor allem Chinas? Ein solches Szenario hat der britisch-amerikanische Historiker Niall Ferguson vor Kurzem, in der Kontinuität älterer Visionen vom nahen „Untergang des Abendlandes“, ausgemalt.² Auch die innere Einheit des Westens scheint zu bröckeln. Amerika und Europa, die USA und ihre „westlichen“ Verbündeten: Entwickeln sie sich nicht auseinander? Und sollten die Europäer, die Deutschen nicht zu den USA auch politisch besser auf Distanz gehen, weil sie mit Bellizismus und NSA-Staat nicht im selben Boot sitzen wollen?³

Ein alter Streit um den Westen setzt sich fort. Ein neues Kapitel einer alten Geschichte wird geschrieben, gerade auch aus deutscher Perspektive. Denn über Größe und Hybris, Verlockungen und Gefahren des Westens wird seit über hundert Jahren gestritten, mit immer wiederkehrenden Ängsten und Argumenten, ebenso wie über die Universalität seiner Werte – und über die Frage, wie Deutschland sich zu diesem „Westen“ verhalten sollte. Natürlich reichen die Wurzeln der kulturellen und normativen Codierung von Himmelsrichtungen viel tiefer, aber die moderne Debatte über den Westen, in der wir uns heute noch mühelos wiedererkennen können, begann um die vorletzte Jahrhundertwende, noch vor dem Ersten Weltkrieg: in einer intensiven Phase kapitalistischer Globalisierung und mit dem Eintritt der USA in eine westliche, auch europäische Führungsrolle, die ihr Kriegseintritt 1917 bestätigte und ausbaute. In Deutschland nahm damals, wirkungsvoll artikuliert durch Professoren, Journalisten und Intellektuelle, die Skepsis gegenüber dem Westen zu und steigerte sich oft bis zur Verachtung. Rationalität, Zivilisation, gar Demokratie: Das war etwas für die Engländer, die Franzosen, die Amerikaner, aber doch nicht für die Deutschen mit ihrer vermeintlich höherstehenden Kultur!

DIE NEUE SKEPSIS IST KEINE WIEDERKEHR DER ALTEN

Nein, man kann die neue Skepsis gegenüber dem Westen nicht als bloße Wiederkehr solcher antiwestlichen Strömungen abfertigen, die sich in der deutschen Geschichte als politisch und kulturell verhängnisvoll erwiesen haben. Trotzdem schadet es nichts, diese Geschichte zu kennen, zumal wenn man registriert, dass die Frage nach dem „Westen“⁴ in Deutschland oft immer noch inbrünstiger und grundsätzlicher gestellt wird als bei unseren europäischen Nachbarn, die damit pragmatischer und gelassener umgehen. Tatsächlich hat sich das Koordinatensystem des Westens verschoben – aber zu welcher Zeit wäre es je fix gewesen? Die Verschiebung der letzten zwei Jahrzehnte kam für viele überraschend. War der Westen nicht 1989/90 ein für allemal siegreich aus dem großen Streit der Systeme hervorgegangen? Die USA und das wiedervereinigte Deutschland sollten, so versprach es der ältere George Bush, „partners in leadership“ sein. Mit der Einmündung der Friedlichen Revolution in der DDR in die staatliche Einheit der vergrößerten Bundesrepublik hatte die unruhige Nation in der Mitte Europas ihren „langen Weg nach Westen“ glücklich vollendet. Bald darauf wurde klar, dass die Vorstellung von einer deutschen „Ankunft“ im Westen viel zu statisch war und dass von einem „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) unter westlichem Vorzeichen, gar politisch-militärisch unter dem Vorzeichen der NATO, nicht die Rede sein konnte.

Spätestens seit der Islamischen Revolution im Iran 1979 hatten sich neue Feinde des Westens unter dem Banner eines religiös ideologisierten Fundamentalismus gesammelt. Etwa gleichzeitig hatte der rasante wirtschaftliche Aufstieg Ostasiens, die Modernisierung der Volksrepublik China begonnen. Dass seitdem das globale Gewicht des Westens – im ökonomischen Sinne gesprochen also: der OECD-Welt – erheblich gesunken ist, steht außer Frage. Selbst wenn man die aufholenden postkommunistischen Länder Ostmitteleuropas wie Polen einbezieht, verlieren Europa und Nordamerika allmählich ihre wirtschaftliche Vormachtstellung, und zweifellos wird sich dieser Prozess in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen. Die politische und militärische Durchsetzungskraft des Westens ist in den Kriegen, die nach dem 11. September 2001 geführt wurden, ebenfalls an klare Grenzen gestoßen.

DER ATLANTISCHE GRABEN IST TIEFER GEWORDEN

Aus dem festen Verbund beider Seiten des Atlantiks in den Jahrzehnten des Kalten Krieges, auch wenn man ihn sich nie allzu monolithisch vorstellen darf, wurde ein „gespaltener Westen“⁵, mit mehrfachen Zerklüftungen. Die Risse verlaufen, auch wenn die polemische Formel vom „alten“ und „neuen“ Europa ihre Bedeutung weithin verloren hat, quer durch den alten Kontinent hindurch. Vor allem aber ist der Graben zwischen den USA und Europa seit einigen Jahrzehnten tiefer geworden. Der Siegeszug kapitalistischer und alltagskultureller Amerikanisierung in Europa (und beinahe der ganzen Welt) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass soziale und kulturelle Unterschiede seit den 1980er-Jahren gewachsen sind. Natürlich ist Europa selbst ein Flickenteppich, und natürlich sind die USA ein heterogenes Land, in dem sich ozeanische Küstenstreifen und „Heartland“ argwöhnisch bäugen. Und doch stehen sich deutlicher als früher ein aufgerüstetes Amerika und ein abgerüstetes Europa gegenüber; ein religiös erwecktes Amerika und ein säkularer gewordenes Europa; die suburbane, automobilistisch-dezentrale Siedlungsweise und Lebensform der USA und die urbane, stadtzentrierte Lebensweise Europas. Und nicht zuletzt: Eine amerikanische politische Kultur der ideologischen Zuspitzung und beinahe dogmatischen Polarisierung kontrastiert mit einem überwiegenden, in Deutschland besonders klar ausgeprägten Zentrismus, einem Ende der alten Ideologieparteien, verschiedenen Varianten von Konsens oder Diffusität. Man muss keine Abkühlung des politischen Verhältnisses fordern, wenn eine viel tiefere gesellschaftliche Entfremdung längst Realität ist.

Der Westen ist nie statisch und nie eine unbestrittene Einheit gewesen. Vielleicht ist er am Anfang des 21. Jahrhunderts tatsächlich diffuser, brüchiger, weniger in Beton gegossen, als das eine Zeit lang, zumal zwischen 1947 und

1989, der Fall war. Aber vielleicht haben ihm das ideologische Abrüsten, der größere innere Pluralismus und nicht zuletzt die permanente kritische Befragung – als Selbstbefragung ebenso wie als Kritik von außen – durchaus gutgetan. Die „westlichen Werte“ haben sich – nicht erst seit gestern, nicht erst seit 1989, sondern in einer langen Veränderung seit den 1960er-/1970er-Jahren – weltweit verbreitet. Am Anfang des 21. Jahrhunderts sind sie von globalen Grundwerten kaum mehr unterscheidbar. Vergessen wir nicht: Das, was heute die west-skeptische, anti-universalistische Haltung ist, war früher Teil des arroganten Selbstbewusstseins des Westens selber – nämlich das Bestreben, eine Grenze zu ziehen zwischen dem, was für einige Völker und Kulturen angemessen ist und für andere nicht. Wir Europäer und Nordamerikaner haben Zivilisation, nicht aber die Völker Afrikas. Wir sind zu technischen, wirtschaftlichen, geistigen Spitzenleistungen befähigt, nicht aber die primitiveren Kulturen außerhalb des Abendlandes und der christlichen Welt, um den Äquator herum und südlich davon. Wir „können“ Demokratie, die anderen müssen beherrscht werden.

Insofern ist es keineswegs eine „uralte“ westliche Arroganz, wenn die Amerikaner sagen: *Auch* die Menschen in Afghanistan und im Irak sollten und können frei leben, rechtsstaatliche Strukturen aufbauen und lernen, Pluralismus und Konflikte friedlich auszutragen. Vielmehr musste der Westen dafür umdenken, sich von Vorurteilen befreien; wenn man so will: selbst erst lernen, seine eigenen Ideale nicht für exklusiven Besitz zu halten. Auch nach dieser Einsicht konnte die Universalisierung westlicher Werte nicht nach dem Muster von Lehrer und Schüler, von Export und Import erfolgen. Denn die Transformation der westlichen Werte zu grundlegenden globalen Menschenrechten war oft schmerzhaft und konfliktreich, und die westlichen Länder erfuhren das auch in ihren eigenen Grenzen. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung seit den 1950er-Jahren zum Beispiel, also der Anspruch der Afro-Amerikaner, der Nachkommen der Sklaven, auf zivile und politische Gleichberechtigung veränderte die Ideale des Westens und damit nicht nur die Gesellschaft der USA. Wichtige Wurzeln der Bürgerrechtsbewegung, des gewaltlosen Widerstands, der neuen Protestformen lagen sogar außerhalb des Westens, ja im anti-westlichen, im anti-kolonialen Protest – man denke nur an Mahatma Gandhi und seine Rolle in Südafrika und in Indien.⁶

AUS WESTLICHEN WERTEN WURDEN UNIVERSELLE MENSCHENRECHTE

In den 1970er-Jahren begann, zum Beispiel vor dem Hintergrund des Biafra-Konflikts, der Aufstieg der globalen Menschenrechtsbewegung. Nur ein westliches Projekt? Die Werte des Westens wurden in der Dritten Welt ja häufig gegen den Westen, gegen seine weiter bestehenden Vormachtstrukturen zur

Geltung gebracht. Freilich auch gegen heimische Diktatoren. Der europäische KSZE-Prozess seit der Schlussakte von Helsinki 1975 zeugt davon: Menschen im kommunistischen Osteuropa, Arbeiter und Intellektuelle, nahmen die Versprechen beim Wort und strebten nach Freiheit und Selbstbestimmung nicht nur in Washington, London und Bonn, sondern auch in Warschau und Prag, in Budapest und Ost-Berlin. Aus den westlichen Werten sind universelle Menschenrechte geworden. Demokratie im Irak, in Ägypten, vielleicht irgendwann in China? Nicht, weil das eine Zumutung der USA und ihrer NATO-Verbündeten an Menschen mit anderen Kulturen und Traditionen wäre, sondern genau umgekehrt: weil es sich bei Freiheit, Demokratie und elementar sicherem Leben um universelle Werte handelt, auf die Menschen in allen Kulturen einen Anspruch haben. So jedenfalls argumentiert der indisch-amerikanische Ökonom und Sozialphilosoph Amartya Sen.⁷

DER WESTEN IST NIE FERTIG

Deshalb lässt sich das, was der „Westen“ sei, längst auch räumlich nicht mehr in so klaren Grenzen bestimmen, wie das nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig der Fall sein mochte. Die plakativen, oft auf kurzfristige mediale Wirkung bedachten Untergangsfantasien übersehen gern die fortwirkende Attraktivität des westlichen Werte- und Lebensmodells, das deshalb noch lange nicht en bloc, „eins zu eins“, übernommen werden musste. Von Ostmitteleuropa war schon die Rede – es ist manchmal verblüffend, wie schnell manche West-Defätisten gerade in Deutschland den Nachbarn Polen vergessen, dessen Sehnsucht nicht nur nach Unabhängigkeit von Deutschland und Russland, sondern auch nach innerer Freiheit und Selbstbestimmung 1989 endlich in Erfüllung gegangen ist. Längst gibt es einen Westen außerhalb des nordatlantischen Raumes, nicht nur in ehemaligen Siedlerkolonien wie Australien.

Die jüngere Geschichte Südkoreas ist ein weiteres Beispiel für die osmotische Adaption des „Westens“ in andere Weltregionen und Kulturen während des halben Jahrhunderts. Was ist dort in den 1980er-Jahren zu Ende gegangen? Doch nicht die koreanische Tradition und Kultur, sondern eine Militärdiktatur. Wofür sind die Studenten dort auf die Straße gegangen? Für freie Wahlen, für die Achtung von Menschenrechten, für selbstbestimmtes Leben – ob wir das nun die Werte des Westens nennen oder nicht. Eines militärischen Exports bedarf es gar nicht, denn überall auf der Erde artikulieren Menschen jene Forderungen, die auch wir als vermeintlich „geborene“ Westler erst mühsam lernen und durchsetzen mussten, mit weiterhin offenem Ende. Denn der Westen ist nie fertig. Wer andere Kulturen vor dem Westen zu schützen vorgibt, hält an einem alten Trennungsdenken fest, das den Realitäten einer offenen Welt nicht mehr entspricht. Der Kulturalismus, der Anti-Universalismus wird zum Vorwand. Was sollen die normativen oder rationa-

len oder fundamental-menschenrechtlichen Kriterien sein, unter denen die chinesische Parteimonokratie und Rechtsunsicherheit den westlichen „checks and balances“ und dem „rule of law“ vorzuziehen wäre? China ist eben anders, konformer, konfuzianischer? Deutschland war auch einmal anders: konformistischer, germanischer.

Ein Anti-Universalismus, der die Welt vor dem Imperialismus westlicher Werte und Lebensordnungen warnt, läuft im 21. Jahrhundert immer mehr ins Leere. Die Welt ruft nach Freiheit und Demokratie, nach Bildungsrechten für Mädchen und nach freien Wahlen, nach unabhängigen Gerichten und freier Presse, nach zivilem Leben in pluraler Gesellschaft. Sind das westliche Werte? Wenn sie historisch zuerst in dem Raum entstanden sind, den wir gewöhnlich als Westen bezeichnen – warum nicht?⁸ Das ist nicht unser persönliches Verdienst, sondern höchstens der Zufall unserer Geburt, und warum sollte das ein Grund sein, anderen diese Rechte zu bestreiten? Der Stolz sollte sich ohnehin in Grenzen halten, denn der „Westen“ ist den anderen, aus der Vogelperspektive gesehen, oft nur eine Nasenspitze voraus. Frauen- und Mädchenrechte, ziviles Leben in pluraler Gesellschaft – wie lange gibt es das schon in Deutschland, selbst in den USA? Der Westen, wie er einmal war, wird im 21. Jahrhundert schwächer werden. Aber das muss keine schlechte Nachricht sein. Freiheitliche Werte und Menschenrechte können anderswo vertreten, erkämpft, erweitert werden. Damit sortieren sich auch die innerwestlichen Verhältnisse, einschließlich der deutsch-amerikanischen Beziehungen, neu. Doch das Streben nach westlicher Selbstverbesserung sollte uns gemeinsam bleiben.

¹ Vgl. zum Beispiel Steinkamp, Volker: „The West and the Rest“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Oktober 2013, Seite 7.

² Vgl. Ferguson, Niall: Der Niedergang des Westens. Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben, Berlin 2013.

³ Vgl. zum Beispiel Jessen, Jens: „Das ist nicht Freundschaft. Plädoyer für eine kontrollierte Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehungen“, in: Die Zeit, 14. August 2013.

⁴ Vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, zwei Bände, München 2000.

⁵ Habermas, Jürgen: Der gesplittete Westen. Kleine Politische Schriften X, Frankfurt a. M. 2004.

⁶ Zu diesen globalen Überlappungen siehe Keane, John: The Life and Death of Democracy, London 2009; Nolte, Paul: „Jenseits des Westens. Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61, 2013, Seite 275–301.

⁷ Sen, Amartya: „Democracy as a Universal Value“, in: Journal of Democracy 10, 1999, Heft 3, Seite 3–17.

⁸ Vgl. die grundlegende historische Darstellung von Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens, bisher zwei Bände, München 2009/2011.

Aufstieg oder Niedergang

Entscheiden Institutionen über Wohl und Wehe von Nationen?

CHRISTIAN HACKE

Geboren 1943 in Clausen/Südwestfalen, emeritierter Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Daron Acemoglu, James A. Robinson:
Warum Nationen scheitern.

Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2013, 608 Seiten, 24,99 Euro.

Warum waren in der Geschichte manche Nationen und Imperien zum Untergang verurteilt? Warum stiegen andere aber auf und dominierten sogar die Welt? Kluge Köpfe suchen schon seit Generationen

kluge Antworten auf diese beiden Fragen. Das vorliegende Buch unterscheidet sich jedoch radikal von allen anderen, weil hier erstmals behauptet wird, dass ein einziger Faktor über das Schicksal der Nationen entscheidet: „Institutionen bestimmen, ob Nationen erfolgreich sind oder nicht.“ Den Schlüssel zum Erfolg sehen die Verfasser im Aufbau von sogenannten inklusiven Institutionen. Diese erst ermöglichen Fortschritt und Demokratie, schützen die Fähigkeiten und Ideen der Menschen, sichern Bürgerrechte und wirtschaftlichen Wettbewerb. Auf der anderen Seite stehen sogenannte extraktive Institutionen. Sie schützen lediglich die Macht und die Interessen einer autoritä-

ren Elite, schließen aber jeglichen Besitz, Mitbestimmung und Freiheitsbestrebung der breiten Bevölkerung aus. Wo und wie sind diese Regeln und Institutionen entstanden? Vor allem im Zusammenwirken von Wirtschaft und Politik – im Guten wie im Schlechten.

Das England der Glorreichen Revolution 1688 bildet für die Autoren den Ausgangspunkt für inklusive Institutionen, weil dort die Kontrolle der Monarchie und der Exekutive ebenso ihren Ursprung hat wie die Entwicklung demokratischer Institutionen und der Marktwirtschaft infolge der Industriellen Revolution.

INKLUSIVE UND EXTRAKTIVE INSTITUTIONEN

Im Gegensatz zu dieser weltgeschichtlich gesehen glücklichen Entstehungsgeschichte der inklusiven steht die Ausbreitung extraktiver Institutionen in den feudalistischen Gesellschaftsordnungen Frankreichs, Spaniens, Portugals, Hollands und Russlands. Sie wurden im Zuge von Kolonialismus und Imperialismus in fast alle Weltgegenden getragen und bewirkten Armut. „Mehr noch, die Ertragskraft der europäischen Kolonialreiche stützte sich überall auf der Welt auf die Zerstörung unabhängiger Gemeinwesen oder auf neue extraktive Institutionen, wo dann nach der fast völligen Vernichtung der einheimischen Bevölkerung Sklaven herbeigeht wurden.“

Ist die Schilderung auch komplexer als hier skizziert, so bleiben die Autoren doch bei der grundsätzlichen Zweiteilung der Geschichte von Reichtum und Armut, von Gerechtigkeit und Unterdrückung. In

diesem manichäischen Weltbild kommt es dann konsequenterweise durch die Synergie von extraktiven, das heißt schlechten wirtschaftlichen und politischen Institutionen zu globalen „Teufelskreisen“ von Unterdrückung und Armut. Umgekehrt entstanden durch das Zusammenwirken von guten inklusiven wirtschaftlichen und politischen Institutionen „Tugendkreise“, die sich „bis in die Gegenwart erhalten und den Schlüssel für die Gründe für die Weltungleichheit liefern“. Doch was auf Anhieb zunächst schlüssig klingt, weckt im Verlauf der Lektüre Zweifel, und je mehr der Leser in die Argumentation eintaucht, verstärkt sich der Eindruck, hier werde alter Wein in neuen Schläuchen verkauft: Die inklusiven Institutionen entpuppen sich als nichts anderes als das, was man unter Demokratie und Marktwirtschaft subsumieren kann und was im aktuellen Diskurs in Wissenschaft und Politik unter „guter Regierungsführung“ zusammengefasst wird.

Die extraktiven Institutionen dagegen umschreiben im Kern nichts anderes als das, was schon Robert Michels vor einem Jahrhundert als das „eherne Gesetz der Oligarchie“ bezeichnet hat. Dessen Logik besteht darin, dass eine kleine korrupte Elite sich auch dann reproduziert, wenn eine völlig neue Gruppe das Ruder übernimmt. Gerade die Geschichte der afrikanischen Diktaturen – von den Verfassern anschaulich geschildert – bestätigt, dass Michels vielleicht auch an Karl Marx gedacht hat: Die Geschichte wiederholt sich das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.

Die anregende Fülle und Reichhaltigkeit der Argumentation der beiden Verfasser aber wird im Buch auf zwei Ebenen dargelegt: Auf der ersten geht es um

die Unterscheidung von extraktiven und inklusiven Institutionen, auf der zweiten soll erklärt werden, warum in manchen Teilen der Welt gute oder schlechte Institutionen entstanden sind. Es geht also zum einen um eine institutionelle Interpretation der Geschichte, aber auch darum, ob und wie die Geschichte die institutionelle Entwicklung von Staaten beeinflusst hat. Umbruchphasen und Revolutionen entscheiden darüber, ob ein Land einen fortschrittlichen Weg einschlägt oder ob es in Armut und Unterdrückung versinkt.

Zwar verweisen die Autoren auch auf Widersprüche, so etwa darauf, dass extraktive, also schlechte wirtschaftliche und politische Institutionen ökonomischem Fortschritt nicht immer im Wege stehen, wie das Beispiel China zu Beginn des 21. Jahrhunderts eindrucksvoll belegt. Sie sind allerdings der Meinung, dass alle autoritären oder totalitären Regime echte Innovation fürchten, weil diese langfristig ihre Herrschaft untergraben könnte.

Die fulminante Weltgeschichte von ungleicher Macht-, Wohlstands- und Gerechtigkeitsverteilung am roten Faden von institutionellen Faktoren kann nur bedingt überzeugen.

TAUTOLOGISCHE IREFÜHRUNG?

Die Unterscheidung zwischen guten – inklusiven – Institutionen, die Wohlstand fördern, und schlechten – extraktiven – Institutionen, die ihn blockieren, erscheint nicht nur tautologisch, sondern kann auch in die Irre führen. Wer wagt heute zu prognostizieren, ob das chinesische Wirtschaftsmodell über den ökonomischen

Erfolg hinaus nicht doch weiter Bestand haben wird oder eines Tages nicht nur inklusive Wirtschafts-, sondern auch inklusive politische Institutionen hervorbringen wird?

Umgekehrt zeigt die Geschichte Roms, dass die inklusiven Institutionen der Republik nach Cäsars Tod durch extraktive Institutionen abgelöst wurden. Nach der Logik von Daron Acemoglu und James A. Robinson hätte das den Tod für Roms Wirtschaft bedeuten müssen, doch das Gegenteil war der Fall. Für weitere vierhundert Jahre – einen längeren Zeitraum als von der Industriellen Revolution bis heute – erfreute sich das Römische Reich des Wohlstands und des wirtschaftlichen Fortschritts – trotz extraktiver Institutionen.

Beim Blick auf das heutige Italien fällt auf, dass der Norden ökonomisch gesehen modern erscheint, der Süden hingegen weitaus rückständiger ist und deshalb vom Norden unterstützt werden muss. Doch sind die Institutionen in ganz Italien inklusiv, wenngleich die sozioökonomische Lage im Süden wegen Korruption, geringeren Bildungsniveaus, geringerer Produktivität und wegen mafioöser Gesellschaftsstrukturen extraktiver erscheint. Am Beispiel der bevölkerungsreichsten Demokratie Indiens wird wiederum erkennbar, dass trotz inklusiver Institutionen bis heute ökonomische und gesellschaftspolitische Rückständigkeit bestimmend bleibt.

Die Autoren verstehen Wachstum und Erfolg einseitig als innenpolitische Angelegenheit und übergehen, dass über Macht, Wohlstand und Armut vielmehr erst der Wettbewerb zwischen den Nationen entscheidet. Der wichtigste Grund für Niedergang und Armut ist immer noch die kriegerische Niederlage.

Das Beispiel Deutschland zeigt wiederum, dass ein politisch und wirtschaftlich inklusives System wie die Weimarer Republik durch eine extraktiv gesinnte Elite weggefeht werden kann. Das Dritte Reich hingegen beweist, dass schlimmste extraktive politische Institutionen und eine produktive Wirtschaft sowie technologische Innovation durchaus Hand in Hand gehen können. Hitlers Weltherrschaft wurde schließlich durch eine andere hochextraktive Nation, die Sowjetunion, verhindert.

Krieg, Wettbewerb, Wirtschaft und Technologie sind entscheidender für Reichtum und Armut in der Welt als alle Institutionen. Vor allem waren es innereuropäische Rivalitäten, die den Kontinent zum Zentrum der Weltpolitik machten. Überlegene Kriegsführung, technologische Durchbrüche, neue Transportmöglichkeiten und geistig-politische Attraktivität waren entscheidend, auch für die Entwicklung der Institutionen. Dazu spielte die Wechselwirkung zwischen Krieg und technologischer Innovation eine entscheidende Rolle für Macht und Wohlstand.

ZENTRALISIERUNG UND GEOGRAFISCHE FAKTOREN

Vor allem bleibt es befremdlich, dass die Entstehungsgeschichte von Institutionen in diesem Buch mit dem Zeitalter der Entdeckungen und der Kolonisation gleichgesetzt wird. Es ist nachgewiesen, dass die Entwicklung weitaus früher anzusetzen ist, vermutlich um 6000 v. Chr. Sesshaftigkeit und Landwirtschaft führten dann um 3000 v. Chr. zu ersten Formen von zentralisierter Herrschaft – wesentliche Voraus-

setzung für die Entwicklung von Institutionen und Hochkulturen. Gesellschaften mit langer landwirtschaftlicher Tradition sind auch heute noch auf der Reichtumsskala weitaus höher angesiedelt als Länder, die eine kürzere Agrartradition besitzen, wie in Afrika. Valerie Bockstette, Areen-
dam Chanda und Louis Putterman haben erforscht, dass Länder mit einer langen Geschichte von zentraler Regierungsgewalt mehr Wohlstand entwickeln als jene mit kürzerer Tradition. Auf diese Erkenntnisse wird leider nicht hingewiesen.

Besonders störend wirkt die völlige Negierung der geografischen Faktoren. Sie haben aber direkte Auswirkungen auf die unterschiedlichen und gegenläufigen wirtschaftlichen Entwicklungen der Völker. Jared Diamond hat zudem nachgewiesen, dass Wohlstand oder Kollaps zentral von klimatischen Faktoren, von Umweltschäden, feindlichen Nachbarn und freundlichen Handelspartnern und nicht zuletzt von der angemessenen (oder falschen) Reaktion der Völker auf diese Bedingungen abhängt.

So bleibt festzuhalten: Nicht allein Institutionen, sondern Staat und Gesellschaft entwickeln ein Bewusstsein von gegenseitiger Abhängigkeit, in dessen Folge der Grad der Selbstbehauptung darüber entscheidet, ob ein Volk untergeht oder weiterexistiert. Die Autoren missachten auch die geistige Schlüsselrolle von Religion, Ideen und Ideologien. Außerdem: Der Ansporn zu Wettbewerb und Konflikt – beides essenzielle und nicht wegzudenkende Attribute menschlichen Handelns – greift weiter als institutionelle Überlegungen.

So fehlt auch für eine essenzielle Wechselwirkung zwischen Institutionen und Technologie jede Erklärung. Zudem

fehlt jeder Hinweis auf nationale Eigenschaften: Wie kommt es, dass Deutschland sowohl unter extraktiven als auch unter inklusiven institutionellen Bedingungen technologisch so erfolgreich war? Sind Institutionen vielleicht doch weniger wichtig als typische Fähigkeiten?

IMPFWIRKUNG VON INSTITUTIONEN?

Die Zukunftsperspektiven der Verfasser sind leider einseitig optimistisch: Nur inklusive Institutionen stehen für Fortschritt. Sie gleichen einer Impfung gegen alle (gesellschaftspolitischen) Krankheiten, während extraktive Institutionen schlimme Infektionen auslösen. Folglich prophezeien sie heute dem krisengeschüttelten Westen eine optimistische Zukunft, China und andere extraktiv ausgerichtete Länder sehen sie vor dem Abstieg.

Müssen wir aber nicht sehr viel mehr besorgt sein um die wirtschaftliche und politische Zukunft des Westens, der seit der Proklamation des Endes der Geschichte von einem Misserfolg zum anderen, von einer Fehlentscheidung zur anderen taumelt, während autokratischer Staatskapitalismus extraktiver Art beängstigende Erfolge feiert? Weltweites Wahlrecht führt nicht weltweit zu mehr Demokratie, sondern angesichts von Kriegen und Krisen gewinnen Scharlatane und Extremisten an Einfluss – auch in inklusiv ausgerichteten Nationen. Und wer will mit Fug und Recht behaupten, dass Politiker und Wirtschaftsmanager in inklusiven Institutionen im Zuge der Finanz-, Banken- und Eurokrise über ihre Machtinteressen hinaus bereit und in der Lage sind,

die Art des Wirtschaftens und der Politik so umzukehren, dass die Herausforderungen bewältigt werden? Auf dieses und anderes Versagen der inklusiven Institutionen in den aktuellen Krisen haben die Verfasser nur gehaltlosen Optimismus anzubieten.

Während die Zukunftserwartungen der jüngeren Generation von behäbigen Demokraten verspielt werden, verhindert die wachsende Verschuldung inklusiver Nationen eine gemeinsame Lösung in Europa. Die immer weiter um sich greifende Eurokrise, die Staatsverschuldung der USA und weiterer Demokratien wie Japan sowie die um sich greifende Gesellschaftskrise der westlichen Demokratien beschwören auch die Gefahr, dass inklusive Institutionen sich schleichend in extraktive verwandeln können.

Transnationale Institutionen, die heute zunehmend Wirtschaft und Politik über Europa hinaus beeinflussen, wie EU, UNO, NATO sowie IWF und Weltbank, haben eine wachsende Bedeutung für den grundsätzlichen Faktor Wettbewerb zwischen den Nationen und speziell für den zwischen jenen mit inklusiven und jenen mit extraktiven Institutionen.

Dazu schweigen die Autoren ebenso wie zu der gesamten Palette der Bedingungsfaktoren für die Erklärung von Aufstieg oder Niedergang von Nationen im Verlauf der Geschichte.

Starke Selbstzweifel und Selbstzweifel als Stärke

Wie tragfähig ist das westliche Demokratiemodell?

BEATE NEUSS

Geboren 1953 in Essen, Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz und stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Zeitenwende 1989/91: Mittelosteuropa hat seine demokratischen Revolutionen hinter sich, es strebt „nach Europa“. Die Sowjetunion zerfällt, die Russische Föderation und die übrigen selbstständig gewordenen Staaten fühlen sich gebunden

an die Charta von Paris von 1990: „Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken ... Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet ... Ihre Einhaltung und uneingeschränkte Ausübung bilden die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.“ War es, wie viele dachten, der endgültige Sieg von Freiheit und Demokratie?

2008 ging die amerikanische Bank Lehman Brothers bankrott. Die Finanz- und Schuldenkrise grub sich in das Wirtschaftssystem der westlichen Staaten ein; ihre Folgen – Arbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust, soziale Proteste – befielen die Gesellschaften der besonders betroffenen Staaten und führten zum Sturz zahlreicher europäischer Regierungen. Auch die politische und wirtschaftliche Führungsmacht USA durchlebte eine Zeit ungewöhnlich

langer Depression mit anhaltender, besonders hartnäckiger Arbeitslosigkeit. Eine hohe Staatsverschuldung von fast siebzehn Billionen US-Dollar, wiederkehrende Blockaden des Staatshaushaltes und eine Doppelmoral bei Menschen- und Freiheitsrechten verschatteten die Ausstrahlung dieses Leuchtturms der Demokratie vergangener Jahrzehnte. Wen wundert es, dass namhafte Wissenschaftler und Publizisten zweifeln, ob die Vereinigten Staaten ihre globale Rolle als Weltmacht weiterhin wahrnehmen können. Mehr noch, sie sehen in Anbetracht des Aufstiegs autoritär geführter Schwellenländer die Tragfähigkeit und Strahlkraft des westlichen Modells von Demokratie und Marktwirtschaft, der westlichen Zivilisation insgesamt, infrage gestellt.

Dabei verstärkte die Krise des westlichen Finanz- und Wirtschaftssystems nur die bereits vorhandene Abwendung vom Modell der Demokratie. Osteuropäische Staaten, Russland und die OSZE-Staaten Zentralasiens fallen bereits seit Mitte der 1990er-Jahre erneut in autoritäre Strukturen zurück. Die zweite Welle der Demokratisierung nach 1945 ist längst abgeebbt, wenn nicht sogar auf dem Rückzug. Besonders in den Schwellenländern Asiens zeigte sich, dass autoritäre Regime die wirtschaftliche Entwicklung entschiedener vorantreiben können – ungehindert von schwerfälligen demokratischen Entscheidungsverfahren und Verwaltungsstrukturen. Nicht freie Marktwirtschaft und Demokratie als Voraussetzung erfolgreicher Entwicklung – oft bezeichnet als *Washington Consensus* – erscheinen als die Triebkräfte für wachsenden Wohlstand und politischen Einfluss, sondern Staatskapitalismus, enge staatliche Kontrolle und Zensur der Gesellschaft. Dem *Washington Consensus* steht nun die Behauptung des *Beijing Consensus* entgegen: Autoritäre Systeme sind erfolgreicher!

BEQUEME AUSSICHT FÜR POTENTATEN

Für jegliche Potentaten in Entwicklungsländern ist diese Aussicht bequem! Weder die Volksrepublik China noch Russland stört es, wenn sie mit Diktatoren kooperieren. Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung sind für sie kein Thema. Vom „Prinzip der Nichteinmischung“ ist die Rede. Kredite werden nicht an Klauseln zur Einhaltung von Menschenrechten und *Good-Governance*-Regeln gekoppelt, wie es die Weltbank und europäische Staaten inzwischen zunehmend tun.

China erschließt sich globalen Einfluss durch Investitionen, insbesondere Infrastrukturausbau, was häufig von massiver Korruption begleitet wird. Russland gelingt es, den postsowjetischen Raum mit ökonomischen Erpressungen in seinen Machtbereich zu reintegrieren. Das westliche Modell von Demokratie und Marktwirtschaft wird dagegen als Auslaufmodell – alternde Gesellschaften ohne Innovationskraft und ohne Ausstrahlung – abgestempelt.

Nach den BRIC-Staaten stehen schon die „Next 11“ (Jim O’Neill von Goldman Sachs) in den Startlöchern, die als weitere erfolgreiche Wettbewerber ins Spiel gebracht werden, um den Niedergang der westlichen Zivilisation zu beschleunigen.

Ist das alles wirklich so? Unterliegen wir nicht der Selbsttäuschung und einem Denken, das kurzfristige Entwicklungen mit Langzeittrends verwechselt? Offenkundig werden die Transparenz der Demokratien auch bei negativen Entwicklungen und die Diskussion über eigene Missstände oft als Schwäche interpretiert. Dabei gehört auch manche Überzeichnung von Defiziten in den Medien und öffentlichen Diskussionen zu demokratischem Verhalten, denn so werden oppositionelle politische Standpunkte untermauert und geschärft. Erfolge werden dagegen leicht unterschätzt, schließlich kann es ja (fast) immer noch besser gehen.

KRITIK UND KONTROVERSE NUR IN HOMÖOPATHISCHEN DOSEN

In autoritären Systemen finden Kritik und Kontroverse nur in homöopathischen Dosen statt, wenn überhaupt. Die inneren Zustände sind nur schwer einzuschätzen. Pressefreiheit und unabhängige Justiz vertragen autoritäre Systeme nicht, weil sie die Legitimität der nicht frei gewählten Herrscher untergraben. Erst wenn Revolutionen ausbrechen, wird klar, dass das vermutete Maß an Unzufriedenheit weit höher war als angenommen, dass die Wirtschaft schlechter lief, als es die veröffentlichten Zahlen zeigten, und Ungleichheit, Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit die Entwicklung weit stärker behinderten als angenommen.

Die Kleinmütigkeit des Westens ist nicht neu. In den Archiven der westlichen Außenämter ist nachzulesen, wie einig sich amerikanische Präsidenten und europäische Staats- und Regierungschefs in den 1950er-Jahren zunächst darüber waren, dass im Rahmen des sowjetischen Systems eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung letztlich keine Chance habe. Doch seit dem Sputnik 1957 schien es doch möglich, auch in einem diktatorischen und menschenverachtenden System eine innovative Wirtschaft zu etablieren. Der Westen mobilisierte seine Kräfte und bestand, nicht nur durch den Flug zum Mond. Mit der Entkolonialisierung und dem wachsenden Einfluss der Sowjetunion, später Kubas und anderer Verbündeter in den früheren Kolonialstaaten wuchsen wiederum Zweifel an der Ausstrahlung des Westens. Als sich der globale Machteinfluss Moskaus in den 1970er- und 1980er-Jahren auch auf den Weltmeeren und auf anderen Kontinenten – in Afrika, in Lateinamerika – bemerkbar machte, fanden Niedergangs-Szenarien erneut großen Widerhall. Sie betrafen, wie heute, vor allem die USA, meinten aber auch den Westen in seiner Konstruktion eines Werte- und Wirtschaftssystems.

Richtig bedacht, sind die Selbstzweifel des Westens eine Stärke. Aus ihnen resultiert der Ansporn, es besser zu machen. Die westlichen Demokratien und Marktwirtschaften besitzen aufgrund ihrer freiheitlichen Verfassung eine große Regenerationsfähigkeit. Kein Zweifel, das Bruttoinlandsprodukt Chinas, auch Indiens, vielleicht Brasiliens wird das der USA überholen. Aber noch immer sind Demokratien die innovativsten Staaten: Alle wesentlichen neuen Entwicklungen gehen von ihnen aus. Diese Tatsache ist gekoppelt an Gedankenfreiheit und Pluralismus, die freie Meinungsäußerung und das Wissen um persönliche Sicherheit – das unterscheidet bereits Schulkinder, die das einüben dürfen und sollen, von ihren gedrillten Altersgenossen in autoritären Systemen.

Moderne Innovations- und Produktionsprozesse, Verwaltungsvorgänge und zeitgemäße Ausbildung setzen Menschen voraus, die zu einem Großteil eigenverantwortlich arbeiten, nicht nur in engen Befehlshierarchien. Historisch gesehen, ging die Verbreitung von Freiheitsrechten in der Gesellschaft einher mit größerer Eigenverantwortung des Einzelnen in der Wirtschaft. Das Streben nach Mitsprache und Mitentscheidung lässt sich nicht säuberlich und ausschließlich im Bereich der Wirtschaft einhegen. Oberschichten sind in autoritären Systemen zumeist eng mit den politischen Eliten verbunden oder sogar mit ihnen identisch. Die Mittelschicht jedoch wird Mitentscheidung verlangen – hier stehen autoritäre Staaten vor einem Dilemma, das sie nicht lösen können: Je besser gebildet, je stärker auf die eigene Kompetenz verwiesen, desto mehr werden Menschen Missstände und Nachteile anprangern. Sie werden über kurz oder lang nach der Mitgestaltung auch in der Politik, also über ihre Lebenschancen, verlangen. Ohne selbstständig denkende und handelnde Menschen wird letztlich auch die wirtschaftliche Entwicklung stagnieren. Wenn sich, wie in Russland, unternehmerische Potenziale nicht entfalten können, wenn Defizite, seien es Umweltzerstörung oder soziale und gesellschaftliche Entwicklungen, nicht benannt und nicht kritisch diskutiert werden können, stagniert die Entwicklung.

200.000 DEMONSTRATIONEN UND REVOLTEN JÄHRLICH

Chinesische Quellen nennen die Zahl von jährlich 200.000 Demonstrationen und Revolten im eigenen Land. Indien, Brasilien, die Türkei – überall verlangen die entstehenden städtischen Mittelschichten nach guter Regierungsführung, Beendigung von Korruption und Misswirtschaft und wollen am politischen Prozess mitwirken. In Großdemonstrationen und mit sozialen Protesten verlangen sie die Verantwortlichkeit der Regierenden und stellen damit die Systemfrage. Was ist der Unterschied zu den zahllosen Demonstrationen und Streiks in Griechenland, Spanien und anderswo in der westlichen Welt? Sie

werden dort bisher nicht zur Systemfrage; selbst das gebeutelte Griechenland ist politisch vergleichsweise stabil. Systeme, die Freiheit und Menschenrechte missachten, sind dagegen nur scheinstabil – bis der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt. Demokratien hingegen sind adaptiv und elastisch, es kommt nicht zum endgültigen Bruch zwischen Regierenden und Bürgern. Demokratien gehen – wie zögernd auch immer – meist auf Herausforderungen ein. Erfolgreiche Regierungen werden abgewählt; Bürger nutzen ihr Privileg, Veränderungen herbeiführen zu können. Im Wissen um ein regelmäßiges Wählervotum und um die Möglichkeit, aus dem Amt geworfen zu werden, droht nicht der Systemwechsel, sondern Gewählte handeln mit Wählern Reformen aus.

Auch diktatorischen Regimen kann ein Bemühen, Missständen abzu- helfen, nicht grundsätzlich abgesprochen werden. Allerdings stellt sich schnell die Frage nach dem Machterhalt – also die Systemfrage. Hier kommt die Spirale von grundlegenden Reformhemmnissen in Gang: Eine Korruptionsbekämpfung ohne Transparenz und freie Medien ist zum Scheitern verurteilt. Rechtsstaatlichkeit setzt eine unabhängige Justiz und kritische Medien voraus. Mitsprache der Bürger endet in Volkssouveränität, die Pluralismus, freie Wahlen und deren Gewährleistung durch freie Medien und Rechtsstaatlichkeit zur Folge hat. Auch Staaten, die heute mit Staatskapitalismus und Einschränkung der menschenrechtlich garantierten Prinzipien Erfolg haben, werden sich reformieren müssen, wollen sie weiter stabil bleiben. Dies gilt umso mehr, als bei ihnen ein nun geringeres Wirtschaftswachstum den Druck erhöhen wird.

Diese Zusammenhänge werden von der Mittelschicht in schlecht und autoritär regierten Staaten verstanden: Die Proteste in Russland, China, der Türkei, in Ägypten, Marokko, Tunesien und in anderen Ländern zeigen es. Die oft gewaltsame Ablösung der Diktatur führt allerdings nicht automatisch zu demokratischen Zuständen. Demokratie ist eine Regierungsform, die Menschen viel abverlangt: Bildung, politisches Wissen, die Verinnerlichung von politischen Verfahrensregeln und verantwortlichen Umgang mit Freiheit sowie Solidarität und Toleranz. Dies ist ein Lernprozess oft über zwei Generationen.

FLÜCHTLINGE WOLLEN NICHT IN DIE REICHEN GOLFSTAATEN

Der *Beijing Consensus* hat bereits an Ausstrahlung eingebüßt. China verliert seinen Glanz: In Asien und Afrika wird es zunehmend als neo-koloniale Macht verstanden. Um sich dem Westen annähern zu können, lockert Myanmars politische Elite lieber sein diktatorisches System, als sich noch weiter von seinem übermächtigen Nachbarn abhängig zu machen. Die asiatischen Staaten öffnen sich für die USA als Sicherheitsgaranten und Gegengewicht zu

China. Gegen chinesische Manager und die circa eine Million chinesischen Arbeiter in Afrika gibt es vielerorts Proteste – auch gewalttätige.

Was hat das westliche Modell zu bieten, wird es an Unterstützung zurückgewinnen? Zunächst ist zu konstatieren, dass seine universalen Normen und seine gesellschaftlich-politische Offenheit weniger an Anziehungskraft verloren haben, als wir selbstkritisch meinten: Die arabischen Revolutionen starteten mit dem Verlangen nach westlichen Werten und *good governance*. Flüchtlinge wollen nicht in die reichen Golfstaaten, sondern suchen ihre Zukunft in den USA oder in Europa. Die westliche Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat also noch immer Ausstrahlung, wir müssen uns dem Wettbewerb mit anderen Systemen nur stellen, so wie eh und je. Wir sollten dies selbstkritisch, aber auch mit Nachdruck betreiben – letztlich geht es doch nur um das Einfordern von vertraglich eingegangenen Verpflichtungen der globalen Staatengemeinschaft: der Menschenrechtscharta und der Bürgerrechtscharta der Vereinten Nationen.

SELBSTFESSELUNG ÜBERWINDEN

Die Führungsmacht USA wird ihre Selbstfesselung durch die *Tea Party* und ihre Schuldenlast überwinden – Fracking wird ihr helfen, wirtschaftlich zu prosperieren. Auch nach Westeuropa kommen Unternehmen aus Asien zurück. Moderne Technologien, die die bedrückende Umweltbelastung in den Entwicklungsländern angehen können, sind hier angesiedelt. Freier Wettbewerb von Ideen wird seine Anziehungskraft auf die gebildeten Eliten dieser Länder ausüben. Insbesondere Europa hat ein Modell anzubieten, das einzigartig ist: verschiedene Formen der Sozialen Marktwirtschaft. Keine andere Region der Welt bietet eine vergleichbare Absicherung menschlicher Existenz bei gleichzeitiger individueller Freiheit, Offenheit, Chancengerechtigkeit und gleichzeitigem Wettbewerb um Ideen! Mit diesem Pfund wuchert Europa zu wenig!

Der Westen wird seine Schulden-, Finanz- und Eurokrise überwinden und sich wieder kraftvoll als freiheitlicher Wohlstandsraum präsentieren, wenn er seine Reformen entschlossen fortsetzt und aufhört, um sich selbst zu kreisen. Dann werden wir die Krise im besten Fall als Fieber betrachten, das ordnungspolitische Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft ausschwitzte. Vielleicht sind die eigentliche Bedrohung des westlichen Modells ein überzogener Selbstzweifel und die Unfähigkeit, zu erkennen, was es anderen Gemeinwesen anbietet.

„Ultrakompetitive“ Zukunft

Neues vom globalisierten Auf- und Abstiegskampf

KLAUS-DIETER FRANKENBERGER

Geboren 1955 in Darmstadt, verantwortlicher Redakteur des Ressorts Außenpolitik, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Viel ist vom Aufstieg der Schwellenländer die Rede gewesen; der wirtschaftliche Erfolg und politische Machtzuwachs des „Reichs der Mitte“ sind das Emblem

dieses Aufstiegs gewesen. Sehr hohe Wachstumsraten, glitzernde Glastürme in Shanghai und anderswo sowie der internationale Gläubigerstatus lieferten den Stoff für eine große Erzählung, die Fareed Zakaria 2008 in seinem Buch *The Post-American World* auf den weltpolitischen Punkt gebracht hatte: Als Folge der Globalisierung verschieben sich die Gewichte in Weltwirtschaft und Weltpolitik – weg vom Westen, hin zu neuen Stars. „The rise of the rest“ beflügelte die Fantasie.

Das war eine griffige Metapher. Das inhaltlich verwandte Akronym „BRIC“ nimmt sich dazu eher jargonhaft aus. BRIC ist seit 2001 auf dem Markt der Konzepte und steht für Brasilien, Russland, Indien und China; später ist es um ein „S“ für Südafrika erweitert worden. BRICS ist sozusagen die Kurzformel eines Aufholprozesses, der nach dem Ausbruch der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise in den USA und Europa unwiderstehlich zu sein schien. Der alte

Westen litt, musste, wenn auch widerwillig, am Kopftisch der internationalen Wirtschaftsinstitutionen zusammenrücken und erlebte, dass nicht mehr er es war, der die globale Wirtschaft unter Dampf setzte.

FETTFINGER AN DER ALTEN ERZÄHLUNG

Die Erzählung vom (unaufhaltsamen) Aufstieg der anderen und vom Niedergang, zumindest vom Bedeutungsverlust des Westens ist oft wiederholt worden, so oft, dass man meint, die Fettfinger daran erkennen zu können. Aber mehr noch: Die Erzählung hat an Glanz eingebüßt, auf einmal werden auch die Schatten wahrgenommen. Plötzlich scheint auch der Westen nicht mehr so eindeutig auf verlorenem Posten zu stehen, mögen amerikanische Haushaltskapriolen und der schleppende Gang aus der europäischen Krise das Gegenteil suggerieren. Mittlerweile wird die Zukunft der Schwellenländer weitaus nüchterner gesehen; dafür rücken finanzielle Risiken, wirtschaftliche Anpassungsnotwendigkeiten, soziale Verwerfungen, Umweltbelastungen sowie politische Fehlsteuerungen und Regierungsdefizite in den Blick. Der Traum vom Sprung Chinas und anderer Länder an die Spitze ist deswegen nicht ausgeträumt – aber als ein historischer Selbstläufer wird das Ganze von Fachleuten nicht mehr betrachtet. Dieser neue Realismus ist zu begrüßen, auch was die Chancen und das Potenzial westlicher Länder anbelangt, sich im 21. Jahrhundert zu behaupten.

Die Gründe für diesen realistischeren Blick sind offensichtlich. Beim Übergang zu einer reiferen Ökonomie erlebt China einen vergleichsweise deutlichen Rückgang seines bisherigen Wachstums. Es ist noch immer hoch und weltwirtschaftlich bedeutsam, zweistellig ist es aber nicht mehr. Chinas Exportmodell scheint an Grenzen zu stoßen; die großen inneren Disparitäten liegen offen zutage. Die soziale Ungleichheit ist immens, die Spannungen zwischen politischer Steuerung durch die Kommunistische Partei und den Flexibilitätsnotwendigkeiten der Wirtschaft werden größer.

Indien, das zum Symbol abwürgender Korruption und schädlicher Überbürokratisierung geworden ist, hat im Sommer 2013 einen beispiellosen Absturz seiner Währung erlebt – und zwar „nur“ als Folge der Ankündigung der US-Notenbank, dass sie möglicherweise von ihrer expansiven Geldpolitik abrücken werde. Ein Vertrauensvotum sieht anders aus. Das ist kein abschließendes Verdikt über die Perspektiven des Landes, offenbart aber die Schwierigkeiten, die auf dem Weg in eine strahlende Zukunft liegen. Dasselbe gilt für Brasilien, über das eine beispiellose Welle von Sozialprotesten hinweggegangen ist und das seine Infrastrukturvorhaben nicht selbst finanzieren kann (aus eigener Kraft kann es seine Ressourcen nicht ausbeuten). Das gilt nicht minder für Russland, das noch immer nicht über den Status einer Rohstofföko-

nomie hinausgekommen ist und in dem jenseits von Moskau und St. Petersburg viel Düsternis herrscht, von der autoritären politischen Regression ganz abgesehen. Zahlreich und hoch sind die Hindernisse – mal sind es strukturelle, mal institutionelle –, die der „Rest“ beim Gipfelaufstieg überwinden muss.

Das ändert nichts daran, dass die kommenden Jahre und womöglich auch Jahrzehnte „ultrakompetitiv“ sein werden. Trotz aller Kritik wird die Globalisierung weitergehen. Die alten Industrieländer, auf denen die Weltwirtschaft nicht mehr allein ruht, können sich nicht ausruhen. Sie stehen in einem scharfen Wettbewerb um Standorte und Talente. Sie dürfen nicht nachlassen, was Ideen und Innovation, Produktivität und Qualität der Erzeugnisse angeht. Sie müssen sich auf Wettbewerber einstellen, die etwa europäische Sozialstandards und Umweltauflagen für einen Luxus halten, den man sich noch nicht leisten kann und will, und die, was zum Beispiel Arbeitszeiten anbelangt, ganz andere Vorstellungen haben. Die Antwort des Westens auf Dynamik und Fortschrittswillen anderswo kann nicht in Risikoscheu, Lernverweigerung und Status-quo-Verwaltung bestehen. Sie liegt nicht zuletzt in der wirtschaftlich fruchtbaren Kombination von Flexibilität, Innovationsgeist und freiheitlicher Gesinnung.

MEHR GEMEINSCHAFTSBILDUNG, WENIGER SELBSTDISKREDITIERUNG

2013 haben die Vereinigten Staaten und die Europäische Union endlich die Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone, die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP), aufgenommen. Dieses ehrgeizige und umfassend angelegte Projekt kann in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden. Es schafft Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks durch Ausweitung des Handelsvolumens; weil es die beiden größten Handelsmächte miteinander verbindet, setzt es in puncto Regulierung Standards, die andere Handelsmächte nicht ignorieren können. Und dann kann die TTIP die atlantischen Partner strategisch enger miteinander verschweißen: Die Funktion, die früher die NATO hatte, könnte in Zukunft der TTIP zufallen, hat ein ehemaliger amerikanischer Botschafter in Deutschland anerkennend festgestellt. Die TTIP wäre jedenfalls nichts weniger als der Einstieg in einen transatlantischen Binnenmarkt von mehr als 800 Millionen Konsumenten.

Nimmt man die (ordnungs)politische Rolle und das Selbstverständnis der USA und Europas in der Welt hinzu, entstünde so das Fundament einer Verbindung, die wahrlich „unentbehrlich“ wäre, und das nicht allein als handelspolitischer Impulsgeber. Bei den großen Themen der Weltpolitik und bei der Regelung regionaler Konflikte war und ist das Lösungsangebot der neuen Schwellenländer so konstruktiv zumeist nicht. Im Gegenteil, es war und ist oft

nur darauf angelegt, zu sabotieren – und sich nicht in die Pflicht nehmen zu lassen. In diesem Sinne hat Präsident Barack Obama in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung die Welt für einen kurzen Augenblick in eine Zukunft blicken lassen, in der die Vereinigten Staaten nicht mehr so engagiert wären wie früher. Niemand ist zu sehen, der an ihre Stelle treten könnte oder wollte. Im Kern trifft das auch für die Europäer zu, denen es oft an strategischer Ambition, an Kapazitäten und an dem entsprechenden Handlungswillen fehlt.

Die USA wiederum können all jene Lügen strafen, die bereits Schmählieder auf ihren unwiderruflichen Abstieg angestimmt hatten. Sie sind es nämlich, die gerade zur Energiesupermacht aufsteigen und die, zusammengenommen, mittlerweile der Welt größter Produzent von Öl und Erdgas sind. Die amerikanische „Energierevolution“, gestützt auf neue Technologien und die Förderung etwa von Schiefergas, bringt die Vereinigten Staaten auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit rasch voran. Die globalen energiewirtschaftlichen und potenziellen geopolitischen Konsequenzen sind immens. Und: Amerika wird dank günstiger Energiepreise eine Wiedergeburt als Industriestandort erleben. Die Vorhersage, dass denjenigen Mächten die Stunde im 21. Jahrhundert schlagen werde, die über Ideen und über Ressourcen verfügen, können die Vereinigten Staaten jedenfalls für sich gelten lassen. Und sie haben auch die „richtige“ Mentalität. Die westliche Führungsmacht wird innovatives Kraftzentrum der Welt bleiben, mögen auch andere den Sprung in eine höhere Liga schaffen. Der Westen ist nicht am Ende.

Eines darf er jedoch nicht tun: Er darf sich nicht selbst schwächen und sich nicht selbst diskreditieren. Der amerikanische Haushaltsdauerstreit zum Beispiel wirkt nach innen paralisierend und nach außen reputationsschädigend; er hat denjenigen, die ein anderes gesellschaftliches und politisches Modell verfolgen, gewissermaßen Argumente frei Haus geliefert. Und die Affäre um Ausspähaktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes NSA lässt das Vertrauen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern und Verbündeten gefährlich erodieren. Gerade angesichts der Notwendigkeit, gemeinsam auf diffuse sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren, ist das mehr als bedauerlich. In der Europäischen Union wiederum mühen sich die Krisenländer, den Anschluss zu finden, wieder wettbewerbsfähig zu werden und solide zu haushalten. Die europäische Erfahrung einer existenziellen Krise war alarmierend; der Ruf, diese Krise schnell und beherzt zu überwinden, ertönte weltweit.

Und dennoch bleibt der demokratisch verfasste und marktwirtschaftlich ausgerichtete Westen, mit Amerika und Europa als Kern, attraktiv: Die Freiheitsstatue steht nach wie vor in New York, nicht in Peking oder Moskau.

Von Olympe de Gouges zum Mädchen Malala

Das westliche Frauenbild erreicht alle Teile der Welt

BETTINA WEIGUNY

Geboren 1970 in Freiburg, seit 2001 feste freie Mitarbeiterin für den Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

220 Jahre ist es her, da wurde in Frankreich eine Frau geköpft. Olympe de Gouges hieß sie, und sie war wohl die erste moderne Frauenrechtlerin Europas, die damals forderte: „Die Frau hat das Recht, das Scha-

fott zu besteigen. Gleichermassen muss ihr das Recht zugestanden werden, eine Rednertribüne zu besteigen.“ Freiheit und Gleichheit waren in der Französischen Revolution für Frauen nicht vorgesehen – de Gouges, hingerichtet als Royalistin und unbequeme Frauenrechtlerin, war zu früh mit ihren Ideen. Mehr als hundert Jahre sollte es dauern, bis die ersten Frauen in Europa wählen oder eine Universität besuchen durften. Und mehr als 200, bis sie die großen Bühnen der Welt zu erobern begannen.

Heute haben sie es geschafft: Die Frauen sind auf dem Vormarsch. Nicht nur in Frankreich, Deutschland, in Europa und Amerika. Auch in vielen anderen Teilen der Welt. Das mag gelegentlich aus dem Fokus geraten, wenn hierzulande wieder hitzig über die Einführung der Quote diskutiert wird, über die „Herdprämie“ und die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, das

sogenannte *gender pay gap*. Da schleicht sich bisweilen das ungute Gefühl ein, es sei noch gar nichts erreicht worden für die Rechte der Frau. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Gleichberechtigung der Frau ist in den westlichen Kulturen weit vorangekommen. Frauen können Bundeskanzlerin werden, können Schulen und Konzerne leiten, Banken beaufsichtigen und Fußball spielen. Sie dürfen studieren, was sie wollen, und arbeiten, wo sie wollen. Sie dürfen wählen, sie dürfen heiraten, wen sie wollen, und sich scheiden lassen. Sie können Männer verklagen, die sie belästigen, und müssen sich nicht mehr mit Haushaltsgeld vom Mann abspesen lassen.

„MIT DEN PFLICHTEN IN EHE UND FAMILIE VEREINBAR“

Das alles ist längst nicht so selbstverständlich, wie es uns mittlerweile scheint, denn viele dieser Errungenschaften sind erst wenige Jahrzehnte alt. In der Schweiz besitzen Frauen erst seit 1971 das volle Wahlrecht, erst 1990 wurde es überall auch tatsächlich umgesetzt. Bis 1984 war die Frau ihrem Manne dort untertan. Auch in Deutschland konnte der Mann bis 1977 seiner Frau verbieten zu arbeiten, wenn dies nicht „mit den Pflichten in Ehe und Familie vereinbar“ war. Über ihr Vermögen durfte er bis 1957 verfügen.

Die Zeiten sind vorbei. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem aufblühenden Wohlstand der Nachkriegszeit durch Demokratie, Marktwirtschaft und Globalisierung sowie mit der Frauenbewegung der 1970er-Jahre hat sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Westen – unumkehrbar – in der Gesellschaft verankert.

Auch andernorts wird die Welt sich für Frauen und Männer ändern. In Afrika und Asien, in Indien und irgendwann vermutlich sogar in Ländern wie dem Tschad, Pakistan, Syrien oder dem Jemen. Auch Frauen aus diesen Ländern kämpfen mittlerweile für ihre Rechte, für Rechtsreformen und ein Ende der häuslichen Gewalt, für Demokratie und Toleranz. Viele jedoch müssen dies heute noch aus Angst vor Verfolgung vom Ausland aus tun. Allerdings teilen diese Auffassung nicht alle Frauen: Es gibt auch Stimmen von Musliminnen, die die Werte der westlichen Moderne rigoros ablehnen, die fürchten, dass Emanzipation und Freiheit zu gesellschaftlichem Chaos, zu Prostitution und dem Zerfall der Familie führen, während sie in der Ehe, so wie sie traditionell geregelt ist, vom Mann geschützt und finanziell abgesichert seien.

FRAUEN, DIE DURCH DIE HÖLLE GEHEN

Doch das Thema Gleichberechtigung ist von den großen Bühnen der Welt nicht mehr wegzudenken. Im Jahr 2011 wurden erstmals drei mutige Afrikanerinnen aus dem Jemen und Liberia mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – für ihren Einsatz für Demokratie und Frauenrechte. Eine von ihnen, Leymah Gbowee aus Liberia, sagte damals: „Wir sind starke Frauen, die durch die Hölle gehen und trotzdem aufrecht auf eigenen Füßen stehen.“

Solche Vorbilder finden Nachahmerinnen. Über das Internet gelangen ihre Botschaften in die fernsten Winkel der Welt und ermutigen andere Frauen, ihnen nachzueifern. Zumal die Frauen heute international Gehör und Anerkennung finden. Davos ist dafür ein gutes Beispiel. In dem Schweizer Skiort treffen sich auf dem World Economic Forum einmal im Jahr die Lenker der Welt, Regierungschefs, Monarchen, Manager und Milliardäre, um über die Lage der Welt zu diskutieren. Das war seit den Anfängen 1971 eine Domäne der Männer. Die mitgereisten Damen konnten sich beim Fondueessen oder Huskyrennen vergnügen oder den Männern zuhören, wie sie die Welt erklärten und gedachten, sie besser und schöner zu machen. Selbst zu reden, das blieb ihnen zumeist verwehrt.

WEIBLICHE STIMMEN – SELBST IN DAVOS

2013 aber waren die wichtigsten Stimmen in Davos weibliche. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Beispiel. Die von weiblichen Firmenchefs wie Marissa Mayer von Yahoo und Sheryl Sandberg, der First Lady von Facebook.

Wieder war es eine Französin, die sich für die Rechte der Frauen starkmachte: Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), eröffnete das Forum vor versammelter Wirtschaftselite mit den Worten: „Ich widme diesen Moment Malala, der Tochter Pakistans, und einer Tochter Indiens.“ Die Schicksale hatten die Welt schockiert: das des Mädchens Malala, das in den Kopf geschossen wurde, weil sie in Pakistan für ihr Recht auf Bildung demonstrierte, und das einer indischen Studentin, die in einem Bus mehrfach vergewaltigt wurde.

Es sei Aufgabe des Forums, so fuhr Lagarde fort, „die Erwartungen der jungen indischen und pakistanischen Frauen an die Gleichberechtigung zu erfüllen“. Im Publikum saßen nicht nur Europäer und Amerikaner. Nein, es waren Männer und Frauen aus allen Teilen der Welt anwesend. Und sie waren ergriffen davon, dass eine Frau „Davos 2013“ den unterdrückten Frauen gewidmet hat.

وہ بڑا بگڑا ہے۔ بھئی لڑ رہی
 وہ جو لکھنوی کی گریہ
 کر رہی ہے۔
 وہ چہ حکم اس کا لڑ رہی
 لکھنوی اس کا لڑ رہی
 مادرِ امیہ ملان
 نہ شتاب ہر کسما لڑ رہی
 نہ ہی اکلے لڑ رہی
 کوئی نام لڑ رہی
 نہ آرزو لڑ رہی...



ب زئی رہے تو سلامت





سیرے ساتھ ہو یا طالبان کے ساتھ

یوسف

دوست تیرا ہے بھاندر لکے
 جو مج سے بھی گریہ پڑے
 کر کے اگر سو کر نہ پا
 "جو" میں رہا ہے اُمرا
 کریں اس کے گم سے
 مسافر ہو جا
 نہ کہلے نہ کھاندا جلدی
 دہی اگتیاں دیاں مسے
 کوئی ہم گئے کی پختہ
 جہیز ہم دس لکے...



Grande Nation?

Frankreichs prägende Ausstrahlung droht abzustumpfen

GÜNTER MÜCHLER

Geboren 1946 in Wuppertal, Historiker und Politikwissenschaftler, von 2004 bis 2011 Programmdirektor von Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur und DRadio Wissen. Er lebt heute in Garches (Frankreich).

Frankreich hat der Welt viel gegeben: die Aufklärung, seine Lebensart, den Reichtum der Sprache und manches mehr. Stets gab man gern. Die Soldaten der Revolution, die Europa ab 1792 überrannten, kamen (anfangs) nicht als Eroberer, sondern als Befreier. Sie brachten im Tornister die

dreieinigen Ideen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit, der ganzen Menschheit zum Geschenk. Wertetransfer als nationale Berufung: Lange war das französische Zivilisationsmodell ein Exportschlager. Es beeinflusste, was wir den „Westen“ nennen, in hohem Maße. Zugleich ruhte auf ihm das Selbstbewusstsein der *Grande Nation*.

Dieses Selbstbewusstsein muss sich heute schwerer Attacken erwehren. Die Geber kommen nicht mehr an. Das gilt für die Wirtschaft: Französische Industrieprodukte finden immer weniger Käufer im Ausland, weil sie zu teuer sind. Das gilt für die Kultur: Es verstört, dass die Muslime, die ins Land kommen, Brot und Salz der republikanischen Werte nicht dankbarer annehmen. Zugleich wächst die Sorge, zivilisatorisch zum Übernahmekandidaten zu werden. Wie der Holzwurm im Gebälk frisst sich das Englische auf dem Umweg

über die Kommunikations- und Unterhaltungselektronik in die Sprache ein, den Schutzbemühungen der *Académie* zum Trotz. Reiche Chinesen kaufen Schlösser und erwerben Beteiligungen an Unternehmen der Luxusgüterbranche. Traditionsreiche Weingüter wechseln in ausländischen Besitz. Der *Prix de l'Arc de Triomphe*, der Welt glanzvollstes Galoppsportereignis, das jeweils am ersten Oktobersonntag in Paris-Longchamp stattfindet, wird schon lange vom Emirat Katar ausgetragen. Und wenn die führenden Klubs der ersten französischen Fußball-Liga, Paris Saint-Germain und der AS Monaco, neuerdings aufeinandertreffen, kämpfen arabische Petrodollars gegen russische Rubel.

WELTMEISTER DER UNZUFRIEDENHEIT

Auf diese Herausforderung muss man erst eine Antwort finden. Multi-Kulti scheidet im Land der einen und unteilbaren Nation als tragfähiges Angebot aus. Die Franzosen begegnen der kulturellen Invasion entweder gereizt oder mit Selbstzweifeln. Untersuchungen zufolge sind sie momentan Weltmeister der Unzufriedenheit. War man zu lange auf sich bezogen? Hat man die Fremdsprachen vernachlässigt? Kann es gut sein, wenn die Franzosen immer nur Urlaub innerhalb ihres *Hexagone* machen? *Mon dieu*, Frankreich ist doch das schönste Land der Welt! Wie überall löst die Globalisierung in Frankreich Abwehrreflexe aus, aber nirgendwo stößt sie auf so große Ängste wie hier. Die *Mondialisation* ist für einen Großteil der Franzosen Schreckgespenst und Sündenbock in einem.

Seit Mai 2012 heißt der Hausherr im Élysée-Palast François Hollande. Der siebte Präsident der Fünften Republik ist ein gebildeter Mann, geübt auf dem Hochseil des Parteigeschäfts und jeder Übertreibung abgeneigt. In guten Zeiten wäre der Absolvent der Elitehochschule ENA womöglich ein Staatschef, wie ihn die Franzosen mögen. Aber die Zeiten sind nicht so. Mit etwas mehr als zwanzig Prozent Zustimmung, die ihm geblieben sind, ist Hollande nach eineinhalbjähriger Amtszeit unbeliebter als jeder seiner Vorgänger.

Dieser Absturz ist nicht einfach zu erklären. Die meisten Probleme, mit denen sich der Staatschef und sein Ministerpräsident, Jean-Marc Ayrault, herumschlagen müssen, sind geerbt. Die Pannenanfälligkeit der Regierung hat Normalmaß. Wenn der Start dennoch gründlich misslang, hatte das vor allem einen Grund: Der Präsident lief in eine Falle, die er sich als Kandidat selbst gestellt hatte. Hollandes Wahlkampf erschöpfte sich in der Abgrenzung gegen den Vorgänger Nicolas Sarkozy. Im Klartext bedeutete dies, dass die Schulden- und Wirtschaftskrise, deren Bekämpfung Sarkozy (nach deutschem Muster) zum Hauptthema seiner späten Amtszeit gemacht hatte, schlichtweg gelehnet wurde. Bestimmte Reizwörter wie Sparen oder Sozialreform landeten auf dem Index.

KEIN „FRANZÖSISCHER SCHRÖDER“

Damit verpasste Hollande das Momentum. Zwar ist der Regierung inzwischen klar, dass sich die Wirtschafts- und Schuldenkrise, die das Land im Zangen-griff hält, nicht durch Wortakrobatik aus der Welt schaffen lässt. Aber um den Frontalzusammenstoß mit der Wahlkampfpropaganda zu vermeiden, setzte man mit den Aufräumarbeiten nur spät und verschämt an. Der Versuch, ein Krisenbewusstsein zu erzeugen, ohne das es eine neue Aufbruchstimmung nicht geben kann, wurde gar nicht erst unternommen.

Als Reformpräsident setzte sich Hollande damit von vornherein außer Kraft. Ob er die Rolle in Erwägung gezogen hat, muss man bezweifeln. Zum „französischen Schröder“ fehlt ihm die Neigung. Hollande ist keine Kämpfer-natur. Dass er Mitterands Vorbild folgen könnte, ist ebenfalls schwer vorstell-bar. Mitterand, der nach seinem überraschenden Wahlsieg 1981 erst einmal die Banken verstaatlichte und die Sozialisten Europas (mit Ausnahme Helmut Schmidts) in Verückung versetzte, nahm abrupt die realpolitische Kurve, als er bemerkte, dass der Franc von einer Ohnmacht in die nächste fiel. Für derart radikale Brüche fehlt es Hollande an Machtwillen und wohl auch an Kühnheit.

Dabei verfügt der Präsident über die Mittel, das Land kraftvoll zu regieren. Seine Sozialisten haben *urbi et orbi* die Mehrheit, in der National-versammlung, im Senat, in den Regionen und in den meisten Großstädten. Machttechnisch gesehen, könnte er also „durchregieren“. Tatsächlich machte er bisher nur ein einziges Mal von seiner Mehrheit rigoros Gebrauch. Das Durchboxen der „Homo-Ehe“ trieb über Monate Hunderttausende auf die Straße und bescherte Frankreich einen gesellschaftlichen Konflikt, der noch lange spürbar sein wird.

An Mut zum Risiko lässt es Hollande sonst fehlen. Die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung waren unzulänglich und auf den Beifall des eigenen Anhangs berechnet. Wo Sarkozy versucht hatte, der Wirtschaft etwas mehr Sauerstoff zu geben (wie bei den steuerfreien Überstunden), ließ er zurückrudern. Die unter seinem Vorgänger eingeleitete Verkleinerung des Beamtenapparats wurde gestoppt, die Neueinstellung etlicher Tausend Staatsbediensteter in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit angekün-digt. Großverdiener wurden mit einer „Reichensteuer“ überzogen. Die Publi-city, die die Regierung dadurch gewann, war wohlfeil.

VERRÄTERISCHER KLANG DER „STEUERPAUSE“

Die Reichen werden die Blessur überstehen. Schwerer zu tragen hat der Mit-telstand. Er ist von der Steuer- und Abgabepolitik der Regierung am stärks-ten betroffen. Selbst im Regierungslager werden inzwischen Stimmen laut, die fragen, ob es klug sei, die „Henne mit den goldenen Eiern zu töten“. Davon

aufgeschreckt, haben Hollande und Ayrault gelobt, jetzt eine „Steuerpause“ einzulegen. Ein Atemholen, um dann erneut zuzulangen? Das Versprechen beruhigt niemanden. Es hat einen verräterischen Klang.

Grob gesprochen, hat die Regierung Konsolidierung bisher nur als Kassemachen betrieben. Nennenswerte Ausgabenkürzungen wurden weitgehend vermieden. Dafür hätte es Einschnitte bei Sozialleistungen geben müssen, die man sich aus Angst vor dem Zorn der Stammwählerschaft nicht zutraut. Die Heilige Kuh der 35-Stunden-Woche wird nicht angetastet. Die Rentenreform, die nach der Sommerpause verabschiedet wurde, verdient den Namen nicht. Mit der Verlängerung der Beitragszeiten wird erst 2020 begonnen. Die Privilegierung von Beamten und Angehörigen von Staatsbetrieben, die früher aus dem Beruf ausscheiden können und deutlich mehr Rente beziehen als Beschäftigte des Privatsektors, wird fortgesetzt. Die Methode Steuererhöhung ist aber irgendwann erschöpft. Mit 56,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ist Frankreichs Staatsquote schon jetzt die zweithöchste in Europa (nach Dänemark). Wirtschaftsminister Pierre Moscovici musste kürzlich einräumen, dass Frankreichs Neuverschuldung nicht vor 2015 mit dem Maastricht-Vertrag konform sein werde. Um das zu erreichen, sollen die Ausgaben im nächsten Jahr um fünfzehn Milliarden Euro gesenkt werden, davon zwölf Milliarden durch Einsparungen. Wo gespart werden soll, bleibt vorerst im Dunkeln. Die Zurückhaltung hat Gründe: 2014 haben die Wähler gleich zweimal das Wort.

DAS DICKE ENDE KOMMT NOCH

Vor 500 Jahren schrieb Machiavelli seinem Fürsten ins Stammbuch, es sei besser, notwendige Grausamkeiten am Anfang der Regierungszeit zu verüben. Diesen Rat hat François Hollande in den Wind geschlagen. Gefangen in seiner Wahlkampf-Falle, hat er sich bei einem Minimum „böser Taten“ ein Maximum an Unzufriedenheit eingehandelt. Die Wähler sind nicht dumm. Sie wissen, dass das dicke Ende noch kommt.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen im März 2014 stellt sich die Frage, wie die Sozialisten auf den erwarteten Denkmahl reagieren werden, mit einer echten reformorientierten Wende oder mit dem Rückfall in das *prêt-à-penser* sozialistischer Dogmatik. Hollande versucht, die Fallhöhe dadurch zu vermindern, dass er konfliktverheißende Themen vertagt und den anschwellenden Flügelkämpfen in den eigenen Reihen zuschaut. Equilibrist, der er ist, hält er lieber notdürftig zusammen, als Machtworte zu sprechen. Couragiert tritt er nur in der Außenpolitik auf, ein beliebtes Mittel, um von den häuslichen Schwierigkeiten abzulenken. Die Intervention in Mali fand in der Öffentlichkeit breite Zustimmung, die sehr forsch vorgetragene Absicht zur Intervention in Syrien weniger.

Das außenpolitische Muskelspiel hat Hollande nicht aus seinem Sympathietief herausgebracht. Ob seine offenkundige Ratlosigkeit der zerstrittenen bürgerlichen Oppositionspartei *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) Flügel verleihen wird, ist ungewiss. Einiges deutet darauf hin, dass der rechtsextreme *Front National* (FN) Hauptnutznießler eines Absturzes der Sozialisten sein könnte. Der FN mit Marine Le Pen an der Spitze bietet sich als Sammelbecken für Protestwähler an, ebenso wie der *Front de Gauche*, die Linke der Linken, der mit Jean-Luc Mélenchon über einen demagogischen Sprecher verfügt. Beide richten ihr besonderes Augenmerk auf die Europawahlen, die zweite Kraftprobe des Jahres 2014; beide Bewegungen sind europafeindlich; beide reden den Franzosen ein, sie könnten aus der *Mondialisation* aussteigen.

Wenn die Franzosen am 22. September hätten wählen können, wäre der Sieg Angela Merkels noch deutlicher ausgefallen. Die deutsche Kanzlerin ist jenseits des Rheins außerordentlich angesehen. Bei einer Umfrage kurz vor dem Wahltag gaben 56 Prozent der Befragten an, sie würden, wenn sie könnten, für Angela Merkel stimmen (gegen 25 Prozent für Peer Steinbrück). Welche Aussage auch immer dahintersteht: Die Kanzlerin scheint in den Augen vieler Franzosen das zu haben, was diese an ihrem Präsidenten vermissen. „Sie weiß sich Autorität zu verschaffen“, bezeichneten 87 Prozent als Haupteigenschaft Merkels.

AN MERKEL HAT ER SICH GEWÖHNT

François Hollande kann mit dem Ausgang der Bundestagswahl leben. Als Schröder-Mann war ihm Steinbrück suspekt, an Merkel hat er sich gewöhnt. Ein Gespann sind die beiden freilich nicht geworden. Man konnte es an den Feierlichkeiten zum fünfzigsten Jahrestag der Élysée-Verträge ablesen. Das offizielle Programm wurde nüchtern abgespult. Bewegend war lediglich der Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck im von SS-Einheiten geschundenen Oradour. Bei dieser Gelegenheit wurde offenbar, dass in den deutsch-französischen Beziehungen auch heute noch mehr steckt als Routine und Realpolitik.

Nicht um den Kern des deutsch-französischen Verhältnisses muss man sich in Berlin Sorge machen. Die Deutschen sind in Frankreich beliebt oder besser: ob ihrer Leistungsfähigkeit geachtet. Die augenblickliche wirtschaftliche Überlegenheit des Nachbarn nimmt man umso williger hin, soweit und solange sie ohne Arroganz auskommt. Auch deshalb ist Angela Merkel eine Kanzlerin ganz nach französischem Geschmack. Umgekehrt liegt ein starkes, selbstbewusstes Frankreich in deutschem Interesse. Frankreich ist immer noch die zweitgrößte Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent. Nur zusammen mit Frankreich kann die Europapolitik wieder ein Niveau erreichen, welches über das eines sich selbst beschäftigenden Reparaturbetriebs hinauskommt. Die Aussichten stehen nicht schlecht. Frankreich hat schon viele Rückschläge überwunden. Sonst wäre es keine *Grande Nation*.

Wo Ferguson Recht hat

Der Westen braucht neue Fortschrittsutopien

ANDREAS MÖLLER

Geboren 1974 in Rostock, Historiker, Politikberater, Autor des Buches „Das grüne Gewissen. Wenn die Natur zur Ersatzreligion wird“.

„Überspitzt gesagt“, schreibt Herfried Münkler in seiner Mythengeschichte der Deutschen, „löste der Mercedesstern das Eiserne Kreuz der Kriegsgeneration ab.“¹ Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – nicht anders als die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert überhaupt – war maßgeblich von Wissenschaft und Technik geprägt. Deutschland stieß als Letztes zum Konzert der europäischen Staaten und empfand sich lange als „verspätete Nation“. Dieser Aufstieg gelang nicht zuletzt durch die Gründerzeit.

Die den Deutschen heute oft unterstellte Technikfeindlichkeit ist somit ein

Klischee, wenngleich auch die Technikkritik zur Geschichte der Technik gehört. Einer der wenigen positiven Mythen der deutschen Geschichte nach 1945 ist das Wiedererstarken der Industrie. Wo andere Länder Revolutionen, Befreiungskriegen oder der Entstehung der Demokratie gedachten, blickten die sich den Mythen der Vergangenheit entledigenden Deutschen nach vorn. Sie glaubten an die identitätsstiftende Wirkung ihrer weltweit gefragten Produkte. Sie schufen damit ein später zwar oft belächeltes, aber durchaus Frieden stiftendes Gegenbild zur bellizistischen Rhetorik vergangener Zeiten, als man vom „Platz an der Sonne“, vom „Raum im Osten“ und von anderem mehr träumte. Der Wohlstandsmythos des Wirtschaftswunders war ebenso wie die Konsumbegeisterung nach 1989 vieles, aber eines nicht: imperial.

GRÜNE INDUSTRIALISIERUNG UND TECHNIKMYTHOS

Es ist deshalb nicht übertrieben, zu sagen, dass auch die grüne Industrialisierung der Gegenwart an diesen Technikmythos anknüpft, die Energiewende ohne eine hohe Technikaffinität der Deutschen kaum denkbar wäre. Die Transformation der Industrie in Richtung Ressourcenbewusstsein ist zu einem Wert geworden, den viele Deutsche als Botschaft in die Welt hinein empfinden. Für manchen ist die Energiewende trotz ihrer offenkundig gewordenen Probleme nicht weniger als die „Reformation des 21. Jahrhunderts“.²

Wenn der britische Historiker Niall Ferguson (trotz seines bekannten Hangs zu publikumswirksamen Thesen) nun einen Niedergang des Westens beklagt, so ist dies auch ein Thema der Deutschen. Weniger deshalb, weil die vermeintlichen Anzeichen für diesen Niedergang – Überregulierung, Sicherheitsdenken, schwache Zivilgesellschaften – auch hier ein handfestes Problem darstellten. Sondern deshalb, weil Ferguson ein entlarvendes Licht auf das Hadern mit dem technischen Fortschritt und die Risikokultur der Gegenwart wirft.

Man muss deshalb nicht in die Vergangenheit zurückgehen, um zu sagen: Die Industrie war gerade in Deutschland immer ein ambivalentes Symbol des Fortschritts. Als Antwort auf den technischen Fortschritt formierte sich eine besonders engagierte Umweltbewegung am Beginn des 19. Jahrhunderts, entstand im Schatten der Stahlwerke die Wandervogel- und Heimatschutzbewegung. Das Pendel schlug in beide Seiten weit aus. Technisierung und Technikkritik: Sie sind bis heute

zwei Seiten einer Medaille der deutschen Geschichte.

Man mag darum geteilter Meinung darüber sein, ob wir gegenwärtig in einer Phase des Aufbruchs oder der Stagnation leben und ob die Beantwortung dieser Frage überhaupt zeitgemäß und von Relevanz ist. Die Zufriedenheit der Jugend in Deutschland oder ein europaweit führender Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt scheinen die Richtigkeit des bisherigen Weges zu untermauern – und das Vertrauen der Menschen in ebendiesen.

HADERN MIT DER MODERNE

Der Wahlkampf lebte folgerichtig nicht von Utopien und Vorschlägen, sondern vom Erhalt des Status quo. Das Fernsehduell zwischen der Kanzlerin und ihrem Herausforderer enthielt zwar viele Fragen zur Eurokrise, aber nur drei zur Energiewende und zur Ungleichheit des internationalen Wettbewerbs. Und keine einzige Frage richtete sich auf die Begeisterung für das Neue: Innovationen, Technologien, die an den Grenzen des Vorstellbaren rütteln, und für die Aufbrüche ins Ungewisse in einer volatilen Zeit. „Damit Deutschland stark bleibt“ oder Ähnliches mehr: Nahezu alle politischen Kräfte gaben zu verstehen, dass die Zukunft bestenfalls eine Verlängerung der Gegenwart sei. An diesem Credo hat sich seit dem 22. September nichts geändert.

Das Problem an dieser Rechnung hat mit einer Haltung zu tun, die auch Ferguson benennt: So manche Volkswirtschaft zehrt bereits von der Substanz; es ist ein schleichender, kein lauter Prozess. Die

öffentlichen Investitionen und jene der Unternehmen sind auch in Deutschland seit Jahren rückläufig. Abschreibungen werden im immer geringeren Maße re-investiert. Die „natürliche“ Drift, die es bei neuen Produktionsstandorten in Richtung der Märkte etwa in Asien gibt, wird durch Energieverteuerung und andere politische Eingriffe verstärkt. 98 Prozent der Produktionszuwächse weltweit in den letzten zehn Jahren geschahen durch Nicht-OECD-Länder. Während 1992 nur sechzehn Prozent der Neuwagenkäufe in Schwellenländern vonstattengingen, waren es 79 Prozent im Jahr 2012.

Auf die deutschen Stärken zu verweisen und einer Eigendynamik der Prosperität zu vertrauen, greift deshalb bei allem Anlass zur Freude zu kurz. Die Deindustrialisierung ist zwar ein Schreckgespenst, das man partout nicht zum Fenster hereinlassen will. Zugleich leisten wir uns Verteilungs- und Wachstumsdebatten, fordern den „Abschied vom Überfluss“, während weltweit die Gaspreise purzeln und die Europäische Union ein neues Ziel ausgegeben hat: mehr Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt. Dass diese Warnungen nicht wirklich verinnerlicht oder als das übliche Klappern abgetan werden, das zum Handwerk gehört, das ist das eigentliche Dilemma.

SELBSTENTFALTUNG, ABER NICHT UM JEDEN PREIS

Wer glaubt, ein Ausweg aus diesem Dilemma liege in der schlichten Forderung nach mehr Selbstentfaltung statt Regulierung, übersieht die Ursachen der weltweiten Krisen. Anders, als es Ferguson tut, sollte

man auch den Aufstieg von Volkswirtschaften wie China oder Indien nicht automatisch als Indiz für den eigenen Abstieg nehmen. Die Dialektik der Kräfte erkennt nicht nur die gewaltigen ökologischen und sozialen Probleme, die viele Schwellenländer haben: Gerade die Zivilgesellschaften sind dort vergleichsweise schwach ausgebildet. Mehr noch, es besteht ein Zusammenhang zwischen autoritärer Industrie- und Entwicklungspolitik und unterdrückten Zivilgesellschaften. Insofern müsste Ferguson dem Westen fast applaudieren, weil aktive Zivilgesellschaften das beste Mittel gegen Stagnation sind!

Doch er beklagt ja gerade das: Dass die Zivilgesellschaften auch im Westen nicht mehr das seien, was sie einmal waren, die Peergroups sich abgrenzten und Cocooning betrieben, anstatt sich für andere, Schwächere zu engagieren und die Logik des Eigengewinns konsequent über das volkswirtschaftliche Wohl zu stellen. Hier schließt sich der Kreis zur Energiewende und der Frage, was eigentlich gut für die Gesellschaft im Ganzen wäre. Freilich stellen diese Frage selten jene, die den Hebel besäßen.

Wer deshalb im Umkehrschluss an die vollständige Regulierung und eine zunehmende Verzichts- und Verbotsethik in der Gesellschaft glaubt, die von Parteien, Nichtregierungsorganisationen und auch Kirchen geübt wird, irrt. Denn er muss bedenken, dass gerade in diesem Punkt die Herausforderer dem Westen haushoch überlegen sind. Die westliche Welt, schrieb der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio in seiner Kritik des Buches von Ferguson, sei dort am stärksten, wo sie die freie Entfaltung des Einzelnen zulasse, eigenverantwortliches Handeln

und Unternehmergeist zum Wohle der Gesellschaft ermögliche.³ Dass dies nicht ohne einen regulatorischen Rahmen geschehen kann, bedarf keiner Erklärung.

Man kann Prosperität und technischen Fortschritt aber ebenso wenig verordnen wie Solidarität. Beides hat auch mit Freiheit, Leidenschaft und Empathie zu tun. Wenn Ferguson somit mehr Wagemut, „Bildung“ im alteuropäischen Sinne (man denkt unweigerlich an Donald Rumsfeld) und unabhängiges Denken statt Sicherheitsfixierung fordert, mehr Risikobereitschaft statt Auf-Sicht-Fahren, macht er einen entscheidenden Punkt – mögen seine Diagnosen und Rezepte auch von gestern sein.

GERMAN ANGST

Der Niedergang des Westens (im englischen Original *The Great Degeneration*) klingt in deutschen Ohren unweigerlich wie eine Anspielung auf Oswald Spenglers Klassiker *Der Untergang des Abendlandes*. Dies ist ein letzter Grund, warum sein Buch gerade hierzulande jene große Resonanz erfährt, die es hervorgerufen hat.

Spenglers Buch, das Europa und Amerika übrigens noch gemeinsam als „Abendland“ sieht, entstand als Antwort auf die Satttheit und Weltkriegserwartung des Jahres 1914, die Krise der bisherigen Kultur. Sein Autor gab sich darin wie viele konservative Intellektuelle der Weimarer Zeit von Gottfried Benn bis Martin Heidegger und Friedrich Georg Jünger als Feind der Technik. Er sprach vom „Satanismus der Maschine“, während die Linke ihren Fortschrittsbegriff an Wissenschaft und Technik nicht anders knüpfte

als das aufstrebende Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Die Krisis der Kultur zur Jahrhundertwende hatte entscheidend mit einem Wandel dieser Fortschritts-utopie zu tun.

Der Untergang des Abendlandes war das meistverkaufte geschichtskritische Werk der Weimarer Republik. Man las es also zu einer Zeit, als die gedankliche Freiheit in Deutschland objektiv so groß war wie noch nie zuvor. Es war aber auch die Zeit, in der die „German Angst“ in puncto Geldpolitik infolge der Inflationen der 1920er-Jahre und der Instabilität der Demokratie geboren wurde.

So mag auch Ferguson manchem lediglich ein Beweis dafür sein, dass Kasandrarufer zum Niedergang des Westens ein alter Hut sind, ja gerade der westlichen Fähigkeit zur Selbstkritik entstammen. Und doch lohnt es sich, über den gegenwärtigen Zustand dessen nachzudenken, was lange zu den Stärken des Westens gehörte.

¹ Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, 3. Auflage, Berlin 2009, Seite 11.

² Der Vergleich wird dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen zugeschrieben, siehe dazu die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.11.2012.

³ Di Fabio, Udo: „Last der Freiheit“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.09.2013.

Kosmopolitisch und eigensinnig

Drei Thesen zu Israel und dem Westen

MICHAEL MERTES

Geboren 1953 in Bonn, Leiter des Auslandsbüros Israel des Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jerusalem.

These: Israel verkörpert den Westen stärker als die meisten Länder der westlichen Welt

Israel, seit 2010 Mitglied der OECD, ist ein moderner demokratischer Staat, ein Land voll jugendlicher Energie. Als Fluchtziel für viele Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen in Afrika besteht es den *Statue of Liberty*-Test besser als manches westliche Land, das auf Asylsuchende keine Anziehungskraft ausübt.

Der Westen wurde zu dem, was er heute ist, durch den Geist kritischer Rationalität, durch eine Kultur der Selbstkritik und der Selbstkorrektur. Diese Kultur ist in Israel lebendiger als anderswo. Kontroversen werden nicht als Störung gesellschaftlicher Harmonie, sondern als Lebenselixier einer offenen Gesellschaft empfunden – eine Grundhaltung, die besonders tiefe Wurzeln in der rabbinischen Debattentradition hat.

Hinzu kommt die für das Judentum charakteristische Überzeugung, dass der Mensch nicht willenloses Objekt des Schicksals oder finsterner Verschwörungen ist, sondern persönliche Verantwortung trägt für die Welt, in

der er lebt. Die Intensität individueller und kollektiver Gewissenserforschung zwischen dem jüdischen Neujahrsfest (*Rosch HaShanah*) und dem Versöhnungstag (*Jom Kippur*) ist einzigartig. Kurzum, Israel hat mehr Potenzial als die meisten anderen Länder, sich in vergleichsweise kurzer Zeit neu zu erfinden.

Israel ist ein Einwanderungsland – polyglott, multikulturell und integrativ. Intensive Vernetzung mit der jüdischen Diaspora weltweit ermöglicht es den Israelis, Patriotismus und Weltbürgertum problemlos miteinander zu verbinden. So bietet Israel dem Universalismus westlichen Denkens einen fruchtbaren Boden.

Der innerisraelische Pluralismus beweist, dass „Einheit in Vielfalt“ keine hohle Phrase ist. Dagegen wird in der Europäischen Union (EU) das ursprüngliche Liberalisierungs- vom paternalistischen Homogenisierungsparadigma abgelöst. Natürlich erzeugt die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt in Israel enorme gesellschaftliche Spannungen – aber sie verhindert nicht, dass Israel vom *World Happiness Report 2013* des *UN Sustainable Development Solutions Network* sehr hoch eingestuft wird: auf Platz 11 von 156; Deutschland schafft es dagegen nur auf Platz 26.

Aus israelischer Sicht sind europäische Debatten über die Zulässigkeit des Schächtens von Tieren oder der Beschneidung Neugeborener ein Symptom dafür, dass das (elementar zum Westen gehörende) Recht auf Gruppendifferenz in einer zunehmend homogenisierten EU als Störfaktor gilt. So kehre, glauben viele Israelis, durch die Hintertür eine der zentralen Thesen des Antisemitismus in die europäischen Diskurse zurück – dass nämlich „die Juden“ einen „Staat im Staate“ bildeten, in dem andere Regeln gälten als für die Mehrheitsgesellschaft.

In der Vergangenheit war der Umgang mit der jüdischen Minderheit der Lackmustest für die Liberalität und Humanität einer Gesellschaft. Aus israelischer Sicht fällt Europa immer häufiger durch diese Prüfung. Jede Polizeistreife vor einem streng gesicherten jüdischen Gemeindezentrum zeigt, weshalb es Israel als jüdischen Staat, als Nationalstaat des jüdischen Volkes geben muss.

Der Westen ist nicht bloß eine platonische Gemeinschaft im Luftreich abstrakter Werte und Ideen. Er materialisiert sich durch gemeinsames Handeln, nicht zuletzt durch Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit gegenüber Feinden. Insofern können Neutralismus und „Ohne mich“-Pazifismus deutliche Symptome der Distanz zum Westen sein. Israel sind solche Haltungen fremd. Es macht die Welt – nicht allein den Westen – immer wieder auf die hegemonialen Bestrebungen des Iran aufmerksam und hat auf diese Weise bewirkt, dass der Bau einer iranischen Nuklearwaffe bislang verhindert werden konnte. Übrigens teilen alle sunnitischen Staaten der Region Israels Position zum Iran; sie haben jedoch nichts dagegen, dass der ungeliebte zionistische Nachbar auch für sie die Kastanien aus dem Feuer holt.

Antithese: Israel entfernt sich immer weiter vom Westen

Viele meinen, Israel werde „immer orientalischer“ – und, seit der Zuwanderung von rund einer Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, „immer russischer“. Richtig daran ist, dass die ursprünglich von Aschkenasim (vor allem Mittel- und Osteuropäern) geprägte säkular-sozialdemokratische Leitkultur des Landes sich seit dem Wahlsieg von Menachem Begin 1977 auf dem Rückzug – und mittlerweile in einer wohl dauerhaften Minderheitenposition – befindet.

Ein Indikator dafür ist das Zahlenverhältnis zwischen Aschkenasim und Mizrachim (aus Nordafrika und dem Nahen Osten stammenden Juden). Laut dem Demokratie-Index 2013 des *Israel Democracy Institute* definieren sich heute rund 22 Prozent der israelischen Juden als Aschkenasim und rund 49 Prozent als Mizrachim. Während in den meisten Ländern des Westens die Säkularisierung voranschreitet, gewinnt Religion in Israel immer weiter an Bedeutung. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Israel kaum von seinen arabischen Nachbarn. Das hat Konsequenzen für grundlegende Fragen des politischen Selbstverständnisses.

Israel definiert sich als „jüdischer und demokratischer“ Staat. Seit Jahren fragt das *Israel Democracy Institute*, welches dieser beiden Elemente wichtiger sei. 2013 antworteten 37 Prozent der jüdischen Befragten, beides sei ihnen gleich wichtig; rund 32 Prozent gaben dem Merkmal „jüdisch“, rund 29 Prozent dem Merkmal „demokratisch“ den Vorzug. Bemerkenswert sind die vom Durchschnitt abweichenden Zahlen für das wachsende ultra- und national-religiöse Bevölkerungssegment: Rund 73 Prozent der Ultraorthodoxen und rund 65 Prozent der Nationalreligiösen finden das Merkmal „jüdisch“ wichtiger als das Merkmal „demokratisch“.

Sollte die Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt scheitern, stünde Israel schon in wenigen Jahren ganz konkret vor der Wahl, entweder als jüdischer Staat oder als demokratischer Staat seinen Weg fortzusetzen – beides gleichzeitig wäre dann nicht mehr zu haben. Grund dafür ist die demografische Entwicklung, die laut einer viel beachteten Studie des Jerusalemer *Jewish People Policy Institute* von 2011 dazu führt, dass in dem von Israel beherrschten Raum zwischen Jordan und Mittelmeer die Palästinenser schon bald in der Mehrheit sein werden. Auf israelischem Staatsgebiet – also diesseits der Waffenstillstandslinie von 1949 – gibt es dagegen eine deutliche und stabile jüdische Dreiviertelmehrheit.

Von den meisten westlichen Ländern unterscheidet sich Israel auch im Blick auf die recht lockeren Standards politischer Korrektheit. Das kann etwas erfrischend Unverkrampftes haben. Problematisch ist allerdings, dass Politiker, die sich radikalnationalistisch, fremdenfeindlich und diskriminierend äußern, keiner gesellschaftlichen Ächtung anheimfallen. Beunruhigend ist

auch die relative Gleichgültigkeit, mit der große Teile der politischen Klasse auf Vandalismus- und Gewaltakte rechtsradikaler Siedlergruppen reagieren.

Ein israelisches Wegdriften vom Westen würde auf Dauer nicht dadurch verhindert werden, dass die ökonomischen Bindungen Israels an Europa und Nordamerika nach wie vor sehr stark sind. Israel, dessen Bevölkerungszahl gewissermaßen der statistischen Fehlermarge bei einer chinesischen Volkszählung entspricht, genießt in Asien hohes Ansehen als Großmacht in den Naturwissenschaften, der Informations- und Biotechnologie, der Entwicklung neuartiger Waffensysteme sowie High-Tech-Verfahren, etwa der landwirtschaftlichen Bewässerung oder der Meerwasserentsalzung. Obwohl es noch nicht über nennenswerte Bodenschätze verfügt (erst vor Kurzem wurden große Erdgasvorkommen vor seiner Küste entdeckt), behauptet es sich dank des Erfindungsreichtums seiner Menschen glänzend in der globalen Ökonomie.

Unter Präsident Barack Obama haben die Vereinigten Staaten viel in Israel von ihrem Ansehen als verlässlicher Verbündeter verloren, und Europa gilt sicherheits- und verteidigungspolitisch als *quantité négligeable*. Ist es da nicht vernünftig, ganz auf die eigenen Stärken zu setzen und Partner zu suchen, die einen nicht ständig mit westlicher Menschenrechtsrhetorik nerven?

Synthese: Israel ist eine Brücke zwischen West und Ost

Was stimmt nun? Beides: Israel ist ein kleiner, aber besonders wichtiger Teil des Westens – und es ist ein kleiner, aber besonders wichtiger Teil der Region Nahost-Nordafrika. Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch eine Zwei-Staaten-Lösung ist auch deshalb so wünschenswert, weil sie den Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn – und damit zur Integration Israels in die Region – ebnen würde.

Israels Blick geht nach Europa und Amerika – und zugleich nach Asien. Schon heute treffen sich in Israel Okzident und Orient. Das gilt nicht nur für aschkenasische und mizrachische Juden, sondern auch für die Westkirchen einerseits und die orthodoxen und altorientalischen Kirchen andererseits.

Israel ist ein gesellschaftliches und kulturelles Laboratorium, in dem neue Formen des Zusammenlebens von West und Ost erprobt werden, zum Vorteil beider Seiten. Hier wächst eine junge Generation heran, die den alten kulturellen Gegensatz zwischen westlichen und orientalischen Juden hinter sich lässt und mit großer Weltgewandtheit die künftige Rolle Israels als Global Player verbürgt. Dieses kosmopolitische Israel ist ein attraktiver Partner für viele – und der Westen hat allen Grund, auf dieses recht eigensinnige, aber überaus wertvolle Familienmitglied stolz zu sein.

Ideal- und Gegenbild

Brasiliens Vexierblick auf den Westen

EDUARDO VIOLA

Geboren 1949 in Buenos Aires (Argentinien), Professor für Internationale Beziehungen, Universität Brasilia (Brasilien), und Wissenschaftlicher Leiter am Brazilian Council for Science and Technology Development.

Was bedeutet der Westen im Ideal? Marktwirtschaft unter staatlicher Kontrolle, die mittlerweile Aspekte der Nachhaltigkeit beinhaltet; eine Gesellschaft, die auf dem Rechtsstaatsprinzip und der Gleichheit der Individuen vor dem Gesetz gründet; eine Republik, basierend auf Chancen-

gleichheit durch eine qualitativ hochwertige und für alle kostenlose Schulausbildung, in der das Individuum seine vielfältigen Qualitäten und Interessen in einem ausbalancierten Spannungsverhältnis mit der Gemeinschaft ausleben kann; eine Regierung auf der Grundlage der repräsentativen Demokratie mit Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament; eine starke Reduzierung von Korruption, Gewalt und Kriminalität; eine Kultur, die Wissenschaft und Humanität als zentrale Säulen achtet; und eine Außenpolitik, die Wert auf die Bildung einer *global governance* für Wirtschaft, Sicherheit, Menschenrechte und Umwelt legt.

Die USA und die Europäische Union stellen aus brasilianischer Sicht nach wie vor das Zentrum der westlichen Zivilisation dar, wenn auch ein recht heterogenes Zentrum. Die europäischen Länder wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die Niederlande bilden den Kern dieses Zentrums,

denn in diesen Ländern scheinen die positiven Aspekte der westlichen Zivilisation am besten entwickelt zu sein. Im Blick auf die USA bemerken die Brasilianer aber auch eine zunehmend dysfunktionale Demokratie; einen radikalisierten Individualismus, der mit den kollektiven Interessen in Konflikt steht; einem bedeutenden Teil der Gesellschaft ist die Religion wichtiger als die Wissenschaft. Außerdem steht *global governance* nach brasilianischer Wahrnehmung nicht im Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik.

Seit den 1980er-Jahren hat sich Brasilien zunehmend der westlichen Welt angenähert. Die Demokratie setzte sich durch und konsolidierte sich, wenn auch mit eingeschränkter Qualität und einem hohen Korruptionsniveau; das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz machte Fortschritte, wenngleich diese Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Von tatsächlicher Chancengleichheit ist Brasilien weit entfernt, da das öffentliche Schulsystem in der Grund- und Sekundarstufe große Mängel aufweist. Es war auch diese Ungerechtigkeit im Bildungswesen, neben der Verschwendung von Steuergeldern, die zu den weltweit wahrgenommenen Protesten im Maracanã-Stadion im Umfeld des Confederation Cup 2013 geführt hatte. Die Kriminalität hat sich in allen brasilianischen Städten sprunghaft erhöht. Die Außenpolitik ist uneindeutig: Es wird weiterhin ein stark souveränitätsorientierter Kurs gefahren; einerseits möchte Brasilien als ein großer Akteur im internationalen Szenario behandelt werden, andererseits sieht es sich als eine Art Vertreter der Schwellenländer.

PROWESTLICHE KRÄFTE

Die Einstellungen in Bezug auf den Westen sind durch vier Richtungen gekennzeichnet: *Erstens* die prowestlichen Radikalen. Sie befürworten eine Außenpolitik, bei der sich Brasilien stark an den USA und Westeuropa ausrichtet. Die Vertreter dieser Richtung bewundern das US-amerikanische Kapitalismusmodell. Im Konfliktfall neigen sie dazu, sich auf die amerikanische Seite zu stellen. Insgesamt stellen sie eine Minderheit innerhalb der Eliten und in der brasilianischen Gesellschaft dar, sind aber beispielsweise im Finanzsektor stark vertreten.

Die prowestlichen Gemäßigten sehen *zweitens* Brasilien durch seine Geschichte, seine Kultur, seine Verfassungsprinzipien und sein Rechtssystem als Teil der westlichen Zivilisation. Die meisten ziehen den europäischen Wohlfahrtsstaat dem amerikanischen Wirtschaftsmodell vor. Die prowestlichen Gemäßigten stehen für eine Außenpolitik ein, die sich um eine (wenn auch flexible) demokratische Ausrichtung bemüht und den Schutz der Menschenrechte in den Vordergrund stellt. Sie stehen der Politik der USA kritisch gegenüber, jede Intervention in anderen Ländern sollte demnach mit Zustim-

mung des UNO-Sicherheitsrates erfolgen. Sie erkennen aber an, dass sich das aufgrund der Blockadepositionen Chinas und Russlands als schwierig oder gar unmöglich darstellt. Die prowestlichen Gemäßigten glauben, Brasilien komme eine wichtige Rolle bei der Förderung der Demokratie auf dem amerikanischen Kontinent zu, nicht zuletzt auf dem Wege einer Annäherung Mexikos, der USA, Kanadas und Brasiliens. Sie unterstützen die Organisation Amerikanischer Staaten und stehen dem kubanischen Kommunismus und dem Bolivarismus in der Nachfolge von Hugo Chávez kritisch gegenüber. Sie machen etwa die Hälfte der Gesellschaft und einen größeren Teil der Wirtschaftseliten aus. Die Außenpolitik der früheren Regierung Fernando Henrique Cardoso (1995 bis 2002) vertrat diese Richtung.

UNABHÄNGIGE UND ANTIWESTLICHE STRÖMUNGEN

Drittens befürworten die „unabhängigen“ Anhänger der brasilianischen Souveränität ein Wirtschaftsmodell mit starker staatlicher Lenkung. Sie treten dafür ein, dass sich die brasilianische Außenpolitik vom Westen, vor allem von den USA, distanziert. Sie positionieren Brasilien im Verbund mit Ländern der südlichen Halbkugel und sind der Meinung, dass es notwendig sei, die Macht des Westens zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund versuchen sie, die Beziehungen zwischen Brasilien und Staaten wie China, Indien, Türkei, Indonesien und Südafrika zu stärken und sehen in lockeren Allianzen – wie BRICS und G-77 – ein probates Mittel, um ein Gegengewicht zu westlicher Macht zu schaffen. Ginge es nach den Vertretern dieser Strömung, dann sollte Brasilien die Länder Südamerikas anführen, um US-amerikanische und mexikanische Einflüsse zurückzudrängen. Die Unabhängigen lehnen eine internationale Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie ab. Sie machen etwa die Hälfte der Gesellschaft, einen wichtigen Teil der diplomatischen, militärischen, politischen und kulturellen Eliten sowie einen kleineren Teil der Wirtschaftseliten aus. Die Außenpolitik der Regierungen Lula da Silva (2003 bis 2010) und Dilma Rousseff (2011 bis 2013) wurde von den unabhängigen Befürwortern der Souveränität definiert.

Die kleine Minderheit der antiwestlich eingestellten Befürworter der Souveränität gehören der gesellschaftlichen Elite an und setzen sich *viertens* für Staatskapitalismus und die Einschränkung der Pressefreiheit ein. Diese Gruppe glaubt, dass die Interessen Brasiliens und des Westens gegensätzlich seien und macht sich für eine brasilianische Außenpolitik stark, die Gegenallianzen bildet, so mit China und Russland. Nach dieser antiwestlichen Vision soll sich Südamerika unter brasilianischer Führung als Gegengewicht zu den USA und Europa etablieren. Selbstredend unterstützen ihre Anhänger den kubanischen Kommunismus und die bolivarischen Regime vehement.

Wohin denn sonst?

—
Die Türkei und der Westen

RUPRECHT POLENZ

Geboren 1946 in Denkwitz, von 1994 bis 2013 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, dort von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Senior Fellow am Istanbul Policy Center (IPC) der Sabancı-Universität.

„Wohin denn sonst?“ – Das möchte man denen antworten, die bezweifeln, dass die Türkei zum Westen gehört. Jeder, der der Frage und den Konsequenzen einer anderen Verortung der Türkei nachgeht, wird zu dem Ergebnis kommen, dass es sowohl im westlichen als auch im türkischen Interesse liegt, an der Zugehörigkeit der Tür-

kei zum Westen keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen.

„Der Westen ist eine Wertegemeinschaft“, sagt der Historiker Heinrich August Winkler¹, der in einem *opus magnum* Deutschlands „langen Weg nach Westen“ beschrieben hat.² Ausgehend von einem gemeinsamen Bild vom Menschen, wie es im Grundrechtskatalog der *Virginia Declaration of Rights* vom 12. Juni 1776 seinen Ausdruck gefunden hat („Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte“), und den Errungenschaften der Französischen Revolution von 1789 verbindet den Westen ein gemeinsames Verständnis von der Würde des Menschen und den Menschenrechten. Dies wiederum ist Grundlage einer gemeinsamen Auffassung von Volkssouveränität und von Demokratie. Rechtsstaat und Gewaltenteilung dienen der Begrenzung von Macht und Herrschaft. Die Herrschaft des Rechts (*rule of law*), eine repräsentative Regierung, die *checks and balances*, die wechselseitigen Kontrollen und Gegengewichte sollen eine zu starke Machtkonzentration in einer Hand verhindern.³

Der Westen versteht Demokratie nicht als unbegrenzte „Herrschaft der Mehrheit“ nach dem Motto: „The winner takes it all.“ Demokratie und Minderheitenschutz gehören zusammen.

DER „WESTEN“ IST EIN PROZESS

Es hat über 200 Jahre gedauert, bis sich die politischen Ideen von 1776 und 1789 im gesamten alten Westen durchgesetzt haben. „Die Verwestlichung des Westens war also ein langwieriger Prozess, dessen Hauptmerkmal die Ungleichzeitigkeit war. Das Ergebnis ... ist keine Einheitskultur. Es gibt vielmehr unterschiedliche Ausprägungen der politischen Kultur des Westens ... Die politische Kultur des Westens ist pluralistisch. Sie muss deshalb auch eine Streitkultur sein, die Verschiedenheiten aushält und Gegensätze friedlich austrägt.“⁴

Der „Westen“ ist demnach kein geografischer, sondern ein politischer Begriff. Auch Australien gehört zum Westen. Und der „Westen“ ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Der Grad der Gemeinsamkeiten schwankt und ist einem Wandel unterworfen. Es gibt Rückfälle, wenn Staaten des „Westens“ gegen ihre eigenen Werte verstoßen. Das gilt es zu beachten, wenn man sich jetzt der Frage zuwendet, ob die Türkei zu diesem politisch so verstandenen Westen gehört.

VERLÄSSLICHER PARTNER AUF INTERNATIONALER EBENE

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO, der gemeinsamen westlichen Verteidigungsallianz, der die Deutschen nicht nur im Kalten Krieg und im Konflikt mit der Sowjetunion ihre Sicherheit zu verdanken hatten, sondern von der ihre Sicherheit auch im 21. Jahrhundert abhängt. Sie verdanken die Wiedervereinigung auch der loyalen Unterstützung der Türkei.

Die Türkei gehörte zu den Gründungsmitgliedern der vom Westen initiierten und geprägten ökonomischen und politischen Organisationen wie des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) von 1947, des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1944, der Weltbank von 1945, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 1960 (1948) und des Europarats von 1949. Alle diese Organisationen nehmen ihr jeweiliges Mandat auf der Grundlage eines vom Westen geprägten Werteverständnisses wahr.

Wirtschaftlich ist die Türkei mit dem Westen enger verbunden als mit allen anderen Bündnissen. Mehr als vierzig Prozent des Außenhandels der Türkei erfolgte 2012 mit der Europäischen Union (EU) und den USA. Zwei Drittel der türkischen Auslandsinvestitionen gingen in die USA und die EU. Von den Direktinvestitionen des Auslands in die Türkei mit einer Gesamthöhe

von 15,887 Milliarden US-Dollar im Jahr 2011 stammten insgesamt 1,423 Milliarden aus Nordamerika und 11,282 Milliarden aus der EU.⁵

Mit der EU ist die Türkei seit 1996 durch eine Zollunion wirtschaftlich besonders eng verbunden. Seitdem wird praktisch die gesamte Außenhandelspolitik der Türkei in Brüssel gestaltet – ohne dass die Türkei darauf institutionell einwirken kann. Angesichts der jetzt begonnenen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über eine *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) ist das durchaus ein Problem, da die gefundenen Regelungen und die getroffenen Vereinbarungen im Rahmen der TTIP auch die Türkei unmittelbar binden und für sie gelten.

SELBSTBEWUSSTE ZIVILGESELLSCHAFT

Die Kultur der Türkei unterscheidet sich vom Westen nicht stärker, als das angesichts der kulturellen Vielfalt im Westen auch sonst der Fall ist. Innerhalb der USA gibt es beträchtliche kulturelle Unterschiede zwischen Nord und Süd, angelsächsisch oder spanisch geprägten Landesteilen. Die USA wiederum unterscheiden sich kulturell von Kanada oder Europa. Innerhalb Europas haben die Skandinavier andere Lebensstile und -gewohnheiten als die Menschen in Südtalien.

Der Westen der Türkei mit den großen urbanen Zentren unterscheidet sich kulturell nicht wesentlich von den USA oder Europa. Istanbul ist eine kosmopolitische Weltstadt mit über dreizehn Millionen Einwohnern. Die ländlichen Gebiete im Osten der Türkei haben mehr gemeinsam mit ähnlichen Landesteilen in Griechenland, Rumänien oder Bulgarien.

Unterschiedliche Religionen und Sprachenvielfalt sind charakteristisch für die Kulturen des Westens. Sie sind von Vielfalt, nicht durch Homogenität geprägt. Zu dieser kulturellen Vielfalt des Westens passt auch die Türkei. Millionen von Auslandstürken, die in den USA, der EU und vor allem in Deutschland leben, stärken die kulturellen Verbindungen zum Land ihrer Eltern und Großeltern.

Nur wer auf die Welt durch die Zerrbrille Samuel Huntingtons blickt, macht voneinander deutlich unterscheid- und abgrenzbare Zivilisationen aus, die vor allem religionsbestimmt seien, und fürchtet sich vor einem „Clash“ mit der Zivilisation „des Islam“. Ganz so, als gäbe es den „Clash“ des Mordens und Tötens nicht seit Jahrzehnten im Irak, in Afghanistan, Pakistan oder Syrien – also innerhalb dessen, was Huntington die Zivilisation des Islam nennt.

Die landesweiten Gezi-Park-Proteste haben gezeigt, dass es auch in der Türkei eine selbstbewusste Zivilgesellschaft gibt, die gefragt werden und mitbestimmen will und die sich genauso wie in anderen Ländern des Westens auf Augenhöhe mit ihrem Staat sieht. Die staatliche Reaktion darauf hat allerdings rechtsstaatliche Defizite deutlich gemacht.

WEDER PUFFER NOCH BRÜCKE

Manche europäische Politiker wollen der Türkei die Rolle eines Pufferstaats zwischen der EU und den unruhigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zuschreiben. Einmal abgesehen davon, dass dies eher ein Denken in den Kategorien des 19. Jahrhunderts ist, werden die Anhänger dieser Idee kaum behaupten wollen, dass diese Pufferstaat-Rolle für die Türkei sonderlich attraktiv sei. Man darf unterstellen, dass die Türkei das selbst auch so sieht und entsprechende Vorschläge nicht als besonders freundschaftlich bewertet.

Die Türkei solle doch als Brücke fungieren zwischen Europa und Asien. Diese Zuschreibung klingt zwar etwas freundlicher, läuft allerdings angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten auf dasselbe hinaus. Denn in den Spannungen und Konflikten dieser Region lässt sich für die Türkei kein festes Widerlager finden, auf das sich eine solche Brückenfunktion gründen könnte.

In Ankara gibt es Stimmen, die angesichts der empfundenen Zurückweisungen durch die EU empfehlen, die Türkei solle Europa den Rücken kehren und sich verstärkt den Turkvölkern Zentralasiens zuwenden. Solche Ratschläge übersehen, dass dies mit erheblichen wirtschaftlichen und politischen Einbußen verbunden wäre. Aserbaidshan und Kirgisien können die EU nicht ersetzen.

Andere in der Türkei verweisen auf die Gemeinsamkeiten mit Staaten, in denen Muslime die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Die Türkei gehöre deshalb zum Nahen und Mittleren Osten, meinen sie. Aber es gibt nicht sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen Saudi-Arabien, Ägypten, dem Iran und der Türkei. Stattdessen überwiegen Rivalitäten und Spannungen. Auf sich allein gestellt, hätte die Türkei in der Konkurrenz um regionalen Einfluss einen schweren Stand.

Die Türkei gehört nicht zuletzt deshalb zum Westen, weil sich die Frage „Wohin denn sonst?“ weder für den Westen noch für die Türkei zufriedenstellend beantworten lässt.

Der Westen ist eine politische Wertegemeinschaft. Die EU ist das große Projekt, den europäischen Teil des Westens zu einer politischen Union zu vereinen. Um diese Feststellung darf man sich weder in Ankara noch in Brüssel, Paris oder Berlin herumdrücken. Wohin denn sonst sollte die Türkei politisch gehören, wenn nicht zum Westen?

¹ Winkler, Heinrich August: „Was heißt westliche Wertegemeinschaft?“, in: Die Zeit vom 22.02.2007, Seite 12.

² Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, zwei Bände, München 2000.

³ Winkler, Heinrich August: „Was heißt westliche Wertegemeinschaft?“, a. a. O.

⁴ Ebenda, a. a. O.

⁵ www.invest.gov.tr.

Etwas dazwischen

Vom russischen Doppeladler

PAULINE TILLMANN

Geboren 1983 in Duschanbe (Tadschikistan), aufgewachsen in Ellwangen (Jagst), freie Auslandskorrespondentin in St. Petersburg, unter anderem für die ARD und den Deutschlandfunk; Reportagen und Features über soziale und kulturelle Themen aus Russland und der Ukraine.

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen war schon immer eng. Und kompliziert. Die ambivalente Haltung der russischen Politik zu westlichen Werten hat durch Präsident Wladimir Putin einen neuen Höhepunkt erreicht. Aber auch in der Sowjetzeit war die Bipolarität immer sichtbar. Die Sowjetbürger waren angezogen vom Westen – und gleichzeitig davon

abgestoßen. Aber was ist überhaupt „der Westen“? Europa ist der Westen, und die USA sind es auch.

Durch die NSA-Affäre um Edward Snowden hat sich die Spannung zwischen den USA und Russland weiter verschärft, weil Russland dem Ex-Geheimdienstmitarbeiter ein Jahr Asyl gewährt hat und ihn offenbar auch dazu nutzt, westliche Gemeinsamkeiten aufzubrechen. Der Antagonismus „Russland und der Westen“ rührt noch aus Zeiten des Kalten Krieges, von dem man eigentlich glaubte, er gehöre der Vergangenheit an.

Die Welt schaut beim Kräfteressen zu – so wie zuletzt beim Thema Syrien. Putin ist gestärkt aus diesem Konflikt hervorgegangen. Fast wirkt es so, als könne er vor Selbstbewusstsein kaum mehr laufen. In Russland jedoch gibt

es immer mehr Menschen, die mit seiner Politik nicht einverstanden sind. Noch sind diese Menschen in der Minderheit. Noch droht kein ernst zu nehmender Putsch. Aber in Russland kann sich alles sehr schnell ändern. Das macht Angst, aber auch Hoffnung, wie das Beispiel Jelena Belokurova zeigt: Die vierzigjährige Politikwissenschaftlerin doziert an der Europäischen Universität in St. Petersburg und sagt: „Russland hat sich immer als etwas Besonderes gesehen. Wir sind nicht europäisch, aber auch nicht asiatisch – wir sind etwas dazwischen.“

Und so spricht man davon, dass der doppelköpfige Adler im russischen Staatswappen angeblich mit dem einen Kopf nach Westen blickt und mit dem anderen nach Osten. Man könnte sagen: Es ist der doppelköpfige russische Traum. Jelena Belokurova meint, Russland brauche eigentlich Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte, um sich weiterzuentwickeln – die Machtelite verhindere aber genau das mit dem Hinweis auf den „russischen Sonderweg“. Doch was ist die Alternative zur Demokratie?

Im Moment befindet sich Russland in einer „gelenkten Demokratie“. Doch durch die vielen neuen Gesetze, die in den letzten eineinhalb Jahren verabschiedet worden sind und die die Bürgerrechte immer weiter einschränken, entwickelt es sich immer mehr in Richtung Autokratie. Dafür wird der Mythos perpetuiert, dass das große Russland schon immer einen starken Führer gebraucht habe, damit es nicht auseinanderfalle. Jelena Belokurova entgegnet: „Da fällt nichts auseinander! Russland mit seinen vielen Regionen ist stabil – für die Machtelite ist es das Einfachste, so zu argumentieren und die Menschen damit ruhigzustellen.“

Die Politikwissenschaftlerin gehört der intellektuellen Elite von St. Petersburg an und sie fordert, wie viele ihrer Freunde und Bekannten, Reformen und Fortschritt für Russland. Während der größten Proteste nach dem Zerfall der Sowjetunion 2011 ist sie bei klirrender Kälte mitmarschiert und hat für faire Wahlen demonstriert. Schon damals war klar, dass Putins Anhänger diejenigen, die für westliche Werte und für unabhängige Wahlen eintreten, als Gegner des Systems zu diffamieren versuchen. Die Logik lautet: Sie sind für westliche Werte und damit gegen Russland. Kritik wird immer noch als Majestätsbeleidigung aufgefasst. Gibt es also in Russland und dem Westen unterschiedliche Werte?

GESETZE GEGEN REGENBOGENFAHNEN

Die Vizedekanin der Journalistischen Fakultät der Staatlichen Universität in St. Petersburg, Anna Litvinenko, erklärt: „Es gibt eine große Gemeinsamkeit in den grundlegenden Werten, aber es gibt viele Unterschiede in den Verhaltensweisen.“ In der „Schwulendebatte“ gibt es auch in Russland sehr unterschiedliche Positionen. Großstädter sind wohl weit weniger geneigt als

Provinzler, der Homophobie anheimzufallen. Aber insgesamt sind es andere Themen, die die Russen umtreiben. Die Diskussion hat in den vergangenen Monaten nur deshalb Fahrt aufgenommen, weil Russland die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi ausrichten wird und sich damit verpflichtet hat, niemanden – gleich welcher Hautfarbe oder sexueller Orientierung – zu diskriminieren. Gleichzeitig wurde vor Kurzem ein landesweites Gesetz verabschiedet, das die „Propaganda für Homosexualität“ untersagt. Darunter fällt auch das öffentliche Hissen der Regenbogenfahne.

Was die Staatsführung dazu veranlasst hat, das sogenannte Anti-Homosexuellen-Gesetz, das zunächst auf wenige Städte beschränkt war, auf ganz Russland auszuweiten, ist unklar. Es wirkt so, als ob Präsident Wladimir Putin damit deutlich machen will: Russland ist eben nicht der Westen! Auch in Deutschland war Homosexualität noch bis zum Ende der 1960er-Jahre unter Strafe gestellt und damit alles andere als „normal“. Russland hinkt der Entwicklung hinterher: Dort ist Homosexualität seit 1993 kein Straftatbestand mehr. Nun geht es augenscheinlich in eine andere Richtung, obwohl die Szene beispielsweise in St. Petersburg sehr lebendig ist.

Im Februar 2013 wurden längst nicht nur die Lesben- und Schwulen-Organisationen, sondern russlandweit alle Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchsucht und zum großen Teil mit drakonischen Strafen von bis zu 23.000 Euro Bußgeld belegt. So sollten sie gezwungen werden, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Das Problem: Viele russische NGOs können nur durch ausländische Unterstützung überleben. Aber genau dieser Einfluss auf die wachsende Zivilgesellschaft sollte unterbunden werden, und so gab es Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Einschüchterungsversuche. Mit alten KGB-Mechanismen will die Regierung einer globalisierten Welt Herr werden – ohne zu erkennen, dass dies nicht mehr möglich ist. Erstaunlicherweise haben die meisten NGOs ihre Gerichtsprozesse inzwischen gewonnen, obwohl es heißt, dass es in Russland keine unabhängige Justiz gebe. Das Land ist eben nach wie vor ein Land voller Widersprüche.

DISPARATES RUSSLAND-IMAGE

In den 1990er-Jahren herrschte in dem Riesenreich regelrechtes Chaos: Während die Menschen ihre Jobs verloren oder monatelang auf ihren Lohn warteten, gab es in den Läden nichts zu kaufen; Essensspenden aus dem Ausland waren notwendig. Die Russen sprechen oft davon, dass Putin sie zur Jahrtausendwende „aus dem Sumpf“ geholt habe. Trotzdem war Russland vorher freier als heute. Weder Meinungsfreiheit noch Versammlungsfreiheit wurden eingeschränkt. Heute greift der Virus Selbstzensur wieder um sich. Kritische Medien wie die Zeitung *Nowaja Gazeta* oder der Radiosender *Echo Moskau* existieren nur am Rande.

Da sich die meisten Russen durch das Fernsehen informieren, kann man heutzutage eine Unterteilung vornehmen zwischen einem „Fernseh-Russland“ und einem „Internet-Russland“. Diejenigen, die vor allem das Internet nutzen und kritische Blogs wie jenen des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny lesen, haben meist eine diametral entgegengesetzte Meinung zu denjenigen, die nur kremlgelenktes Fernsehen konsumieren. Für die Gespräche zwischen Russland und dem Westen bedeutet das, einen Zaren am Verhandlungstisch zu wissen, der die Joker Öl und Gas im Ärmel hat und damit bis auf Weiteres punkten kann. Diese Energiereserven sind endlich, aber in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren verschaffen sie Putin eine komfortable Ausgangslage. Er sitzt am längeren Hebel, weil der Westen seinen Energiehunger derzeit nur mit sibirischem Öl stillen kann. Andererseits hat Russland mit einem massiven *Brain Drain* zu kämpfen. Das heißt, viele gut ausgebildete, talentierte, junge Menschen wandern ab – fast ausschließlich in den Westen.

Sie sehen, dass die notwendigen Reformen in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Justiz und Verwaltung ausbleiben und suchen gleichzeitig ein besseres Leben für sich und ihre Kinder. „Es geht immer um Lebensqualität“, sagt die Journalistin Anna Litvinenko. Und: Viele Hochqualifizierte finden im Westen bessere Jobs als in Russland.

1999 kam der Soziologe Oleg Patschenkov das erste Mal nach Stockholm und erlitt den Kulturschock seines Lebens, als er einen Baby-Wickeltisch auf der Männertoilette vorfand; „Ich habe mich viel mit Gender Studies beschäftigt“, sagt der 38-Jährige, „aber das zu sehen, hatte doch noch mal eine ganz andere Wucht.“ Bei Finnen spricht der Soziologe liebevoll von „unserem Westen“: „Wir mögen es, zum Shoppen nach Helsinki zu fahren, und viele Russen haben eine Datscha in Finnland.“ Die bipolare Weltordnung ist endgültig zerbrochen. Der Dichter Alexander Skidan, der die Künstlergruppe „Tscho delat?“ (zu Deutsch: „Was ist zu tun?“) gegründet hat, ist sogar der Überzeugung: „Russland ist inzwischen Teil des Westens.“

Abschied von Ost-West

Eine chinesische Positionierung

YU-RU LIAN

Geboren 1954 in Peking (China), Politikwissenschaftlerin, stellvertretende Leiterin des Instituts für Internationale Politik, Fakultät für Internationale Beziehungen, Peking-Universität (China).

Die Kommentare zum Aufstieg Chinas sind laut und haben weltweit für Besorgnis oder gar Furcht vor einer chinesischen Dominanz oder Hegemonie gesorgt, insbesondere in der westlichen Welt. China selbst aber sieht sich in dieser Zeit ledig-

lich als neue „Wirtschaftsmacht“. Drei Bedrohungsfaktoren für den Westen sind dabei von Beginn an auszuschließen: Es ist zuerst *nicht* selbstverständlich, dass Chinas Aufstieg, mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen, relativ friedlich und stabil abläuft, ohne den Rest der Welt zu belasten. Dabei ist es ferner auch nicht möglich, dass China das Entwicklungsmodell anderer Staaten in der Welt kopiert. Die USA mit ihrem Anteil von fünf Prozent an der Weltbevölkerung verzeichnen zum Beispiel 25 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Würden alle Chinesen den amerikanischen Lebensstil pflegen, dürfte ein globaler wirtschaftlicher Zusammenbruch die notwendige Konsequenz sein. Es ist *nicht* Chinas Absicht, das vorhandene weltpolitische Gefüge

aus den Angeln zu heben. Stattdessen wird China an der Regulierung und Vervollkommenung des globalen Systems der Staaten und Institutionen weiterhin konstruktiv mitarbeiten.¹

In der Gegenwart spiegelt sich auch die Geschichte Chinas wider. So stellte die chinesische Ökonomie in den vergangenen zwei Jahrtausenden lange Zeit die weltweit größte Volkswirtschaft dar, wobei China durch das Tribut-System in der Region wie eine Hegemonialmacht agierte, aber nicht zu einer weltweiten kolonialistischen Expansionspolitik übergegangen ist. China entspricht damit nicht zuletzt der eigenen traditionellen politischen Kultur. Die konfuzianischen Grundwerte, nämlich „yi ren wei ben“ („der Menschen-orientierte Wert“) und „yi he wei gui“ („die Wertschätzung des Friedens“), die auf eine über zweitausendjährige Geschichte zurückblicken können, sind bis heute bestimmend.

In der traditionellen konfuzianischen Weltanschauung Chinas basiert die Welt als ein geregeltes Ganzes auf einer Hierarchie nicht gleichberechtigter Elemente, während das westliche Prinzip der souveränen Gleichheit zwischen den Staaten, wie es durch das „Westfälische System“ nach dem Westfälischen Frieden 1648 etabliert wurde, letztlich zu einer (dann zu bändigenden) unregelmäßigen Anarchie der internationalen Gemeinschaft geführt hat. Wenn die beiden Weltansichten von Ost und West, nämlich ein geordnetes Ganzes einerseits und das Gleichheitsprinzip andererseits, sich gegenseitig integriert und der globalisierten Weltentwicklung des 21. Jahrhunderts angepasst haben, lässt sich eine neue Weltordnung von Weltfrieden und gleichberechtigten Kooperationen formieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten operativ mindestens zwei Punkte durchgesetzt werden:

Erstens müssen die internationalen beziehungsweise regionalen Konflikte durch friedliche Mittel geregelt beziehungsweise ihnen zu einer Lösung verholfen werden; denn mit Gewalt oder gar Militäreinsätzen lassen sie sich letzten Endes nicht dauerhaft und gründlich beilegen.

Zweitens müssen die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiesicherheit, Wassermangel, Hunger, asymmetrische Sicherheitsbedrohungen, Finanzkrisen, die unsere Welt längst verändert haben, in gemeinsamer Verantwortung und durch allseits gleichberechtigte und ebenbürtige Zusammenarbeit anstatt durch Vorherrschaft bewältigt werden.

Es ist höchste Zeit, „neues Denken“ zu praktizieren, das das obsoletere „alte Denken“, wie ideologische Konfrontationen und Ost-West- beziehungsweise Nord-Süd-Rivalitäten, ablösen soll.

¹ Die drei Argumente gegen eine mutmaßliche chinesische Bedrohung des Westens stammen aus einer Rede von Le Yucheng, Leiter des Planungsstabs des chinesischen Außenministeriums, vom 11.06.2011 im Rahmen eines internationalen Symposiums der Universität Peking, abgedruckt in: Huan Qiu Shi Bao (World News), 21.06.2011.

Das Trauma des Verrats

Wie die arabischen Gesellschaften den Westen sehen

ANNETTE RANKO

Geboren 1980 in Bonn, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien, Studienpreisträgerin 2013 der Körber-Stiftung für ihre Dissertation über die Muslimbruderschaft.

Das Bild vom Westen in der arabischen Welt ist von Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits bewundert man vor allem den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt sowie die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie, die *innerhalb* westlicher Staaten praktiziert werden. Andererseits wird jedoch das Verhalten des Westens

außerhalb der eigenen Grenzen – vor allem in der arabischen Welt – stark kritisiert und mit tiefer Skepsis beäugt.

Unter dem Überbegriff „Westen“ versteht man im Nahen und Mittleren Osten heute oft nicht allein die USA und Europa, sondern meist auch Israel. Denn die Staatsgründung Israels wurde weithin als ein Mittel des Westens interpretiert, seinen Einfluss in der Region des Nahen und Mittleren Ostens auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft zu sichern.

Es existieren vor allem drei Deutungsweisen, die aber alle dasselbe „traumatische“ Ereignis zum Ausgangspunkt nehmen: den Verrat des Westens an den Arabern im frühen 20. Jahrhundert.

Während die Briten im Ersten Weltkrieg vorgaben, die arabische Unabhängigkeitsbewegung gegen das Osmanische Reich zu unterstützen, und zusicherten, dass nach einem gemeinsamen Sieg ein arabischer Großstaat unter Führung der Haschemiten entstehen würde, trafen sie gleichzeitig Geheimabsprachen mit Frankreich. Im Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 teilten sie bereits vorab die arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs untereinander auf. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zogen sie dementsprechend die heutigen Staatsgrenzen der arabischen Länder und wiesen diese auf der Konferenz von San Remo 1920 entweder einer britischen oder französischen Einflusszone zu.

Der Unabhängigkeitskampf gegen die europäischen Kolonialmächte, der darauf folgte und Mitte des 20. Jahrhunderts in die Erlangung der Unabhängigkeit aller arabischen Staaten mündete, ging als zentrales Moment in die Gründungsmythen der einzelnen arabischen Länder ein und prägt dort bis heute das nationale Selbstverständnis. Immer wieder wird auf die vermeintlich stetige Bedrohung der arabischen Welt durch den Westen rekurriert, der die Region kontinuierlich zu schwächen und zu unterwerfen suche.

DER WESTEN ALS WIRTSCHAFTLICHE BEDROHUNG

Nach Erlangung der vollen Unabhängigkeit wurden die vermeintlich drohende Gefahr, die vom Westen für die arabische Welt ausgehe, sowie der nötige Widerstand gegen den Westen vor allem mit ökonomischen Vokabeln ausgedrückt. Das war die Zeit des arabischen Nationalismus unter der Führung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser. Er setzte sich zunächst mit der Verstaatlichung des Suezkanals 1956 gegen die ehemaligen Kolonialmächte zur Wehr. Die Einnahmen aus den Nutzungsgebühren bildeten bis heute eine der bedeutendsten Geldquellen des ägyptischen Staates. Fortan brachte Nasser den arabischen Nationalismus – der ursprünglich vor allem die politische Unabhängigkeit vom Westen zum Ziel hatte – zunehmend auch gegen die westliche Wirtschaftsordnung des Kapitalismus in Stellung. Dies drückte sich im „arabischen Sozialismus“ aus, der beispielsweise durch die Errichtung einer Planwirtschaft und durch eine Abschottung der Märkte – zur Vermeidung einer „Überflutung“ mit westlichen Gütern – die Genesung der ägyptischen Wirtschaft herbeiführen sollte. Weitere Staaten in der Region folgten dem ägyptischen Vorbild und erzielten so zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser schien zu suggerieren, dass die arabische Welt dem Westen – wirtschaftlich gesehen – bald auf Augenhöhe entgegentreten könne.

FURCHT VOR KULTURELLER UNTERWERFUNG

Spätestens in den 1970er-Jahren kam es in den Ländern des „arabischen Sozialismus“ jedoch zu massiven wirtschaftlichen Krisen. Nun wurden eine sukzessive Öffnung arabischer Märkte für westliches Kapital und westliche Güter sowie eine graduelle Rückkehr zur Marktwirtschaft eingeleitet. Die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem „alten Feind“, dem Westen, ging auch mit einer politischen einher. Nachdem die arabische Welt es nach ihrer Unabhängigkeit zunächst strikt abgelehnt hatte, sich in ihrer Außenpolitik von westlichen Interessen vereinnahmen zu lassen, kam es in den 1970er-Jahren zu einer Kehrtwende. Vorreiter war erneut Ägypten, das sich unter Nassers Nachfolger Anwar as-Sadat zu einem der zentralen Partner der USA im Nahen und Mittleren Osten entwickelte. Das basierte vor allem auf dem durch die USA vermittelten ägyptischen Friedensschluss mit Israel von 1979, der Ägypten regelmäßige, beträchtliche US-Hilfszahlungen bescherte. Während sich auf realpolitischer und wirtschaftlicher Ebene eine 180-Grad-Wende vollzog und auch einige weitere Staaten eine „pro-westliche“ Haltung einnahmen, blieb das Feindbild des Westens in den arabischen Bevölkerungen bestehen. Allerdings vollzog sich eine Umdeutung von der wirtschaftlichen auf die kulturelle Ebene. Zunächst wurde dies auch von staatlicher Seite vorangetrieben, allen voran in Ägypten, damit sich die Machthaber auch nach ihrem Kurswechsel weiterhin mit der alten Logik – als Kräfte, die dem Westen die Stirn böten – legitimieren konnten: Demnach war der Westen eine Macht, von der Werte- und Moralerfall ausgingen. Durch den Import seiner Kultur in die arabische Welt versuche der Westen, die muslimischen Gesellschaften, ihre Kultur und ihre sozialen Strukturen zu schwächen und zu unterwerfen. Abwenden könne man diese Gefahr nur durch die Stärkung der eigenen, islamischen Wert- und Moralvorstellungen, die den westlichen klar überlegen seien. Naturgemäß kam diese – zunächst staatlich geförderte Sichtweise – den islamistischen Kräften zugute, die seit den 1970er-Jahren an Popularität gewannen und die die Sicht der arabischen Gesellschaften auf den Westen als „moralisch verdorben“ in den kommenden Jahrzehnten weiterhin prägten.

„TERROR DES DESPOTISMUS“

Um die Jahrtausendwende etablierte sich in den arabischen Bevölkerungen eine dritte Sicht auf den Westen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der dritten Welle der Demokratisierung in den 1990er-Jahren begann die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auch in der arabischen Welt zuzunehmen und spitzte sich ab 2000 zu. Es entstanden pro-demokratische

Protestbewegungen, die schließlich 2010/11 im Arabischen Frühling mündeten. Die Forderung nach einem Ende des Autoritarismus wurde dabei mit einer starken Kritik am Westen verknüpft: Der Westen habe die autoritären Regime der Region jahrzehntelang gestützt, um die Region durch den „Terror des Despotismus“ zu schwächen und um somit leichtes Spiel bei der Durchsetzung der eigenen Interessen im Nahen und Mittleren Osten zu haben. Was der Westen für die eigenen Bürger gelten ließ – Rechtsstaatlichkeit und Demokratie –, verwehre er den Menschen in der arabischen Welt. Tatsächlich verknüpfte beispielsweise die ägyptische Protestbewegung von ihren Anfängen im Jahr 2004 an innenpolitische Forderungen nach Demokratisierung explizit mit der Forderung nach einer außenpolitischen Emanzipation vom Westen, der eine Demokratisierung – ganz nach der Devise „autoritäre Stabilität für Sicherheit“ – zu verhindern schien. Zu Beginn des Arabischen Frühlings hatten sich somit nicht nur die autoritären Herrscher in der Region, sondern auch der Westen, der sie allzu lange gestützt und hofiert hatte, diskreditiert.

CHANCE FÜR EINEN NEUANFANG NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING?

Nach den Präsidentenstürzen von 2010/11 war der Westen darauf bedacht, seine Befürwortung und Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch außerhalb seiner eigenen Grenzen – und vor allem in Ägypten und Tunesien – durch finanzielle wie politische Unterstützung zu signalisieren. Prinzipiell eröffnen die politischen Umbrüche in der arabischen Welt dem Westen einen neuen Umgang mit der Region und somit potenziell auch eine Verbesserung seiner Wahrnehmung in der arabischen Welt. Für eine verbesserte Verständigung müssten sich jedoch beide Seiten aufeinander zubewegen. Während die USA und Europa in erster Linie ihre Glaubwürdigkeit als Verfechter von Demokratie und Rechtsstaat wiederherstellen müssten, so müsste die arabische Welt das stetige Heraufbeschwören von Bedrohungsszenarien hinter sich lassen. In Ägypten allerdings sieht die Realität momentan anders aus. Seit der Absetzung des Muslimbrüder-Präsidenten Mohammed Mursi durch das Militär sind ägyptische Zeitungen gespickt mit Artikeln über vermeintliche geheime Koalitionen zwischen Muslimbrüdern und den USA beziehungsweise Europa. Ihr gemeinsames Ziel sei es, Ägypten in eine islamistische Terrorwelle, in Chaos und Verderben zu stürzen. Pragmatischer müsste der Diskurs also werden – und zwar auf beiden Seiten. Denn auch im Westen müssten beispielsweise Vorstellungen darüber, dass die arabische Welt per se – entweder aufgrund des Islam oder aufgrund des oft geringen Bildungsgrads ihrer Bürger – demokratieunfähig sei, überdacht werden.

Yes we can!

Ein satirischer Kommentar zu westlichen
Mentalitäten und Pauschalurteilen

GAYLE TUFTS

Geboren 1960 in Brockton, Massachusetts (USA), amerikanische Autorin, Sängerin, Performerin und Entertainerin mit festem Wohnsitz in Berlin.

Viele Deutsche werfen uns Amerikanern vor, wir seien zu oberflächlich. Ich bin von diesem Pauschalurteil immer etwas irritiert, aber weil ich Amerikanerin bin, bin ich auch zu höflich, um darüber zu jammern.

Man muss sich immer wieder bewusst machen, dass die USA ein Einwandererland sind. Fast niemand kommt *aus* Ame-

rika, irgendwann ist jeder *nach* Amerika gekommen – freiwillig oder nicht –, und unsere Oberflächlichkeit ist eine Überlebensstrategie. Wenn so viele verschiedene Leute aus so vielen verschiedenen Ländern und Kulturen mit so vielen verschiedenen Geschichten aufeinandertreffen, ist es einfach einfacher, nett zueinander zu sein. Wir Amerikaner sind von Natur aus Optimisten. Yes we can! Auch wenn wir nicht immer können.

Frag' einen Amerikaner: „How you doing?“, und er antwortet immer: „Fine!“ Frag' einen Deutschen: „Hey! Wie gehts?“, und er wird seinen Kopf schütteln, mit

den Schultern zucken und ganz langsam ausatmen, bevor er sagt: „Tja ... MUSS.“

Das ist ein kleiner, aber feiner Unterschied in der Mentalität.

Man sieht die Unterschiede zwischen Deutschen und Amerikanern am allerbesten an unserer eigenen Oberfläche – an unserem Körper. Sind wir Amerikaner geboren mit einer besonderen DNA? Einer DNA, die sagt: „*You’re gonna have a giant ass!*“

Seit 1960 ist der Zahl übergewichtigen Amerikaner drastisch gestiegen – um mehr als vierzig Prozent –, heutzutage sind über 75 Prozent aller Amerikaner übergewichtig. Ist etwas im Wasser schuld daran? Oder dass unser Wasser eigentlich Coca-Cola heißt? Im Kühlschrank meiner Schwester stehen immer mehrere Fünf-Liter-Big Gulp-Flaschen parat, und in amerikanischen Kinos gibt es eine Bechergröße namens Tsunami – zwei Liter Cola für eine Person. Ich gehöre zur ersten Generation, die mit McDonald’s groß geworden ist – und ich meine GROSS! We’ve been super-sized und XXL-ed und essen Riesenportionen, die jeweils eine ganze, hart arbeitende Bauernfamilie ernähren könnte, aber statt unsere Kalorien durch Ernte-Arbeit auf den Feldern zu verbrennen, sitzen wir vor unseren Bildschirmen und spielen Farmville. Unser kollektiver *fat ass* passt nicht mehr in normale Sitze – the PATH train, die Pendlerzüge zwischen New York und New Jersey, werden 2012 zum ersten Mal verbreitert, von 44 Zentimetern auf 49,5 – weil die überwiegende Mehrheit der Hintern in New Jersey deutlich breiter als 44 Zentimeter ist.

Hier spannt sich nicht nur die Hose der Reisenden, sondern auch eine böse Brücke zwischen Pendlern in New Jersey und pummeligen Personen weltweit. Der

jahrelange Überverzehr von *refined carbohydrates* (raffinierte Kohlenhydrate) – weißes Mehl, weißer Zucker –, kombiniert mit *Toxic Stress* – Krankheit, Scheidung, Abschied, Arbeitslosigkeit oder dem, was ich „Alltagsleben“ nenne – endet mindestens im *Muffin Top*, dem über den Gürtel quellenden, Rettungsring-artigen Bauchfett – viel schlimmer kann es in Diabetes, Herzinfarkt oder Krebs enden. Raffinierte *carbohydrates* sind relativ neu in unserer Zivilisation – obwohl Chicken McNuggets, Nachos und Dunkin’ Donuts sehr lecker sind, erhöhen sie unsere Überlebenschancen in der Modernen Welt nicht.

Ich bin ein Carb-Junkie, ich gebe es zu. Ich bin begeistert von allem, was mit Mehl, Hefe und einem kleinen bisschen Liebe gemacht ist. Ich erinnere meine erste Pizza wie meinen ersten Kuss. Mein Vater war ein Barkeeper in der Maple Alleys Cocktail Lounge – der Kneipe einer Kegelbahn, in der Pizza und Bier die Renner waren. Er kam oft sehr spät und etwas besoffen nach Hause, brachte uns Kindern aber immer eine übriggebliebene Pizza als eine Art verbotene kulinarische Entschuldigung mit. Diese Frühstücks-Sünde war mein Einsteig in die verführerische Welt von Kohlenhydraten – ein verworrener Ort, an dem Liebe, Schuld und Köstlichkeit aufeinandertreffen, wo ich Trost und Ruhe fand. Mit vier entdeckte ich Spaghetti, mit acht Potato Chips.

Meine Mutter arbeitete in einem Supermarkt, und wir kamen immer vor ihr nach Hause. Mein Bruder überbrückte mir die Zeit zwischen Schulende und Abendbrot mit *Fluffernutters* – Sandwiches aus *Wonder Bread* – wolkenweiches, synthetisches weißes Toastbrot, das so weich und inhaltsleer ist, das man einen ganzen Laib in einer Hand zusammendrücken kann –

beschmiert mit Erdnussbutter und Marshmallowcreme. Carbs und Zucker – so erlebte ich meinen ersten Vollrausch!

Es ging immer weiter – auf zu neuen Ufern! In New York habe ich Bagels und Knishes – jüdische Teigtaschen, gebacken oder frittiert – kennengelernt. Als ich im East Village wohnte, aß ich nur in Leshko's Coffee Shop, einem ukrainischen Deli an der Avenue A – Pirogen, Blintzes, Blini – und ab und zu einen Teller Borschtsch. Auf meiner ersten Tournee in Europa dann Crumpets in London, Brioches in Toulon, bis ich schließlich nach Deutschland kam – dem ultimativen Ort für Carb Freaks: Spätzle, Maultaschen, Klöße, Bretzeln und über 300 Brotsorten!

Manchmal denke ich, meine wahre Verbindung zu den Deutschen ist unsere gemeinsame Vorliebe für Backwaren. Habt Ihr mal einen Deutschen ohne Brot erlebt? Schick' einen Deutschen an einen atemberaubend schönen Ort, irgendwo auf diesem Planeten – Taj Mahal, Timbuktu, Tahiti –, er wird sagen: „*Hier gibt es aber kein gutes Brot. Du kannst hier aber kein vernünftiges Brot kriegen... Es ist toll hier, aber was ich wirklich vermisste, ist wirklich gutes Brot.*“ You gotta love that about the Germans – give 'em a piece of Pumpermickel and they're happy. It's so bodenständig!

Da treffen wir uns – die Deutschen und ich – auf der Kreuzung von Kohlenhydraten und Glück. Nach meinem ersten Besuch in einer Stuttgarter Bäckerei wollte ich sofort nach Schwaben umsiedeln – nur für den Morgenduft von frisch gebackenen Brötchen. Ich frage mich oft, warum nicht alle Deutschen dick sind, aber ich glaube, Eure Kohlenhydrate sind gute deutsche Kohlenhydrate. Sie haben höchstwahrscheinlich ein universelles Stiftung Warentest-Gütesiegel und enthalten

immer etwas wie Dinkel oder Grünkern. Sie sind stramm und aktiv und sind an der frischen Luft aufgewachsen.

Nach 22 Jahren hier in Deutschland habe ich endlich das deutsche Glücksrezept entdeckt: Lüften. Lüften is the deutsche Antwort auf alles. *Komm, wir lüften schnell! Komm, wir lüften fünf Minuten, dann wird alles wieder besser... Herrlich!*

Komm, komm, wir schnappen ein bisschen frische Luft ... Luftschnappen! Das ist ein Tu-Wort! Das kennen wir überhaupt nicht in Amerika. Mir war das total fremd. Das erste Mal, als ich das Wort „Stoßlüften“ gehört habe, war ich schockiert. Stoßlüften!

Und, ihr seid die Weltmeister im Spaziergehen! Spaziergehen als Freizeitbeschäftigung – unglaublich! Sonntagnachmittag geht ganz Deutschland spazieren – egal wo, egal welches Wetter. Ich habe letzten Sommer an der Nordsee ganze Familien erlebt – Kopf bis Fuß in Jack-Wolfskin-Sympatexklamotten gekleidet – durch strömenden Regen auf Fahrrädern, um Luft zu schnappen. *Wir haben bezahlt für diesen Scheiß-Urlaub, wir schnappen jetzt ein bisschen frische Luft! Kommt!*

Nach über zwanzig Jahren hier in Deutschland bin auch ich bodenständiger geworden. Das muss der Einfluss dieses Landes sein, der Heimat von Birkenstock und Dr. Hauschka. Gerne stehe ich früh auf und mache Sport. Ich gehe morgens raus und mache Power Walking. Früher hieß das „Spaziergehen, wenn man pinkeln muss“, aber jetzt – auf Gutdeutsch – Power Walking. Als ich vorletzten Sonntag zu meiner Straßenecke kam, waren keine Autos in Sicht, aber sechs andere erwachsene Menschen standen stocksteif, fixiert auf die rote Ampel. Das verstehe ich überhaupt nicht. In New York geht man

einfach über die Straße! You cross the fucking street! Ich habe meinen Mann gefragt: „*What is going on with the Rote Ampel*“, und er sagte – der gute Deutsche, der er ist: „*You have to be a gute Vorbild for the Schulkinder.*“

Das verstehe ich. Eine Woche später, sechs Uhr morgens, die gleiche rote Ampel, weit und breit keine Autos in Sicht, aber ein sehr hübscher, sechsjähriger Junge neben mir. Und ich habe gedacht: „I have to be a gute Vorbild, I have to be a gute Vorbild“, so I grabbed him by the hand, ran across the street as fast as I could and said: „Don’t waste your time, life’s too short!“

Die Mischung machts. Jede achte Ehe, die in 2010 Deutschland geschlossen wurde, ist bi-national – ich meine das nicht sexuell, ich meine das geografisch.

Mit der Ausnahme von Heidi Klum und Seal scheint es ein richtiges Erfolgsrezept zu sein. Ich bin auch ein Teil eines solchen Paares und habe viel von meinem Bremer Mann gelernt. Amerikanerinnen lieben die Standhaftigkeit und Klarheit ihrer deutschen Männer. Sie haben eine unwiderstehliche Ruhe, die jederzeit ausstrahlt: „Guten Tag, let’s have children and a Bau-sparvertrag.“ We love that! Sie sind auch sehr hilfreich, wenn wir uns mal wieder etwas übernommen haben mit unserer I-can-have-it-all-Business-Fitness-Kinder-Kultur-Sexbomb-Hausfrau-Get-Up-And-Go-Manier. Sie bleiben bei uns und trösten uns mit einem einfachen „Schritt für Schritt“.

Da treffen wir uns wieder – auf der Kreuzung von Optimismus und Bodenständigkeit, wo ich zuhause bin.

Seitenblick:
200 Jahre
Adolph
Kolping

Alternative zu Karl Marx

Über den Pionier eines sozialen Christentums

CHRISTIAN FELDMANN

Geboren 1950 in Regensburg, Journalist, Rundfunk- und Buchautor, mehr als fünfzig Buchveröffentlichungen, in sechzehn Sprachen übersetzt.

Der Arbeiter sei zum Sklaven seines Fabrikherrn geworden, zur Ware, zur Sache, empörte sich der Zeitungsredakteur und Sozialrevolutionär Karl Marx in seinen Reden, wie er sie im Frühjahr 1849 im

Kölner Gürzenich hielt. Man müsse endlich „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes Wesen ist“. Ein paar Straßen weiter, in der Kolumbaschule, gründete in jenen Tagen ein unbekannter junger Priester einen „Gesellenverein“ für junge Handwerker – und trug eine ähnliche Einschätzung der politischen Verhältnisse vor wie der Redakteur Marx: Scharen verarmter Bürger seien vom Kapital so abhängig, „dass ihr Los noch schlimmer ist als das Los des Sklaven“. Und das alles nur, weil das Christentum in den „Betkammern“ praktiziert und nicht zur humanen Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit genutzt werde.

Karl Marx und Adolph Kolping – so hieß der junge Feuerkopf aus der Kolumbaschule – sind sich höchstwahrscheinlich nie begegnet. Aber auf

christlicher Seite gab es wohl keine soziale Initiative, die dem marxistischen Entwurf so gekonnt Paroli bieten konnte wie die Idee des ins Risiko und in die Menschen verliebten „Gesellenpfarrers“. Mitten in den dramatischen Umbrüchen des industriellen Zeitalters wurde Kolping zum Pionier eines sozialen Christentums.

Wenn das Kolpingwerk am 8. Dezember den 200. Geburtstag seines Gründers (und am 4. Dezember 2015 seinen 150. Todestag) mit großem Aufwand feiert, dann kann das vor dem Hintergrund globaler sozialer Herausforderungen durchaus ein ermutigendes Signal für die ganze Kirche sein.

HOCHWÜRDEN UND TAGELÖHNER

Allen Legenden zum Trotz führte den Sohn eines Schäfers und Analphabeten keineswegs ein gerader Weg zum Priestertum und zum Engagement für die Handwerksburschen. Von früh an träumte er von geistigen Sphären, als Student und junger Kaplan widmete er sich der theologischen Wissenschaft. Zähl ist er gewesen: Der Dreizehnjährige wurde bei einem Schuster in die Lehre gegeben – und büffelte neben seiner harten Arbeit wie ein Wilder, als ihm ein Pfarrer in der Nachbarschaft Privatstunden in Latein vermittelte. Im Kölner Marzellengymnasium durfte er als 24-Jähriger endlich zusammen mit zwölfjährigen Jungen die Schulbank drücken.

Der Aufstiegsbesessene, der damals ziemlich überheblich über seine Erfahrungen mit der „Volkshefe“ sprach, hatte noch einen harten Bekehrungsprozess vor sich. Seine erste Stelle bekam er in Elberfeld, heute ein Teil von Wuppertal. Plötzlich musste sich Hochwürden Kolping mit Hungerlöhnen, unterernährten Kindern und politischen Machtfragen befassen. Er begann, sich über die frommen Phrasen vieler Prediger zu ärgern und das Fassadenchristentum der satten Bürger anzuprangern – und stieß im einst auch von ihm verachteten einfachen Volk auf eine ungeahnte Glaubenskraft und die Fähigkeit zum Teilkönnen.

VERÄNDERUNG DURCH ERZIEHUNG

Fachkundige Historiker bestätigen inzwischen, dass sich Kolping mit den Handwerksgesellen exakt jene soziale Schicht für sein Engagement gewählt hat, die am stärksten unter den Folgen der Industriellen Revolution litt und aus der sich das mittlere Bürgertum ebenso rekrutierte wie das rapide zunehmende Lumpenproletariat. Nicht die Fabrikarbeiter, sondern die Handwerks-

gesellen bildeten vor 1848 die revolutionäre Basis in Deutschland. Die Konkurrenz der billigen Industrieprodukte trieb unzählige Werkstätten in den Ruin; die noch verbliebenen lieferten sich nach dem Wegfall der alten Zunftordnungen brutale Wettkämpfe um die knapp gewordene Kundschaft.

Die Gesellen, die früher im Haushalt des Meisters mitgelebt und praktisch zur Familie gehört hatten, waren zu bloßen Lohnarbeitern geworden, vagabundierten oft als heimatlose Streuner herum. Ihnen wollte Adolph Kolping statt der Einsamkeit in den Mietskasernen und zwielichtiger Verbrüderung in den Spelunken eine echte Heimat schaffen. Die „Gesellenhäuser“ sollten Treffpunkte für die ortsansässigen jungen Handwerker sein, Zentren für Unterhaltung, berufliche Weiterbildung, weltanschauliche und lebenspraktische Information.

Man sieht: Der gewaltsamen Revolutionen so abholde Priester Kolping hatte durchaus die Veränderung der Gesellschaft im Sinn – allerdings auf sanfte, am einzelnen Menschen orientierte Weise. Er hielt wenig vom Auswechseln der Machteliten und vom Ummodeln der Strukturen, umso mehr aber von der geduldigen Erziehung des Einzelnen zu einem neuen Bewusstsein und Verhalten.

KIRCHLICHE OBRIGKEIT KEINESWEGS BEGEISTERT

Man möchte meinen, das ganze katholische Deutschland hätte diesen Mann und seine zukunftssträchtige Idee wie ein Geschenk des Himmels begrüßen müssen. Doch während sich Kolping nach Köln versetzen ließ und überall im Rheinland Gesellenvereine zu gründen begann, reagierten das behäbige Bürgertum und die kirchliche Obrigkeit keineswegs immer begeistert auf die neuartigen Gedanken.

Kolping hatte für jeden Gesellenverein einen geistlichen Leiter vorgesehen, den Präses, sozusagen als Seriositätsgarantie, doch gerade das nahm man ihm übel. Schickte es sich denn für einen Hochwürdigen Herrn, dauernd mit Handwerksburschen zusammensitzen? Gehörte so ein fleischgewordenes Tugendvorbild nicht auf die Kanzel und in die Studierstube? Entsetzt waren manche Glaubensbrüder auch darüber, dass der katholische Gesellenverein protestantische Mitglieder aufnahm!

Das Wachstum des Verbandes war freilich nicht mehr aufzuhalten. Auf den Katholischen Generalversammlungen, den Vorläufern der deutschen Katholikentage, gehörte Kolping zu den gefragten Rednern. Ableger der Gesellenvereine entstanden in Bayern, Sachsen, Österreich, Böhmen und Ungarn, ja sogar im amerikanischen St. Louis. Als Adolph Kolping am 4. Dezember 1865 im Alter von nicht einmal 52 Jahren an Herzasthma starb, zählte der

Verband, der mit sieben Gesellen begonnen hatte, bereits fast 25.000 Mitglieder. Heute sind es mehr als 500.000 in 61 Ländern der Erde. 1991 hat Papst Johannes Paul II. den „Gesellenvater“ seliggesprochen.

KOLPINGS ERFOLGSGEHEIMNIS

Kolpings „Erfolgsgeheimnis“ lag nach außen hin in seiner geschickten Verbindung von Vereinsautarkie und Anbindung an die Großorganisation Kirche. Blickt man tiefer, so wird man Kolpings eigentliches Geheimnis in seiner überzeugenden Verbindung von Evangelisation und Weltdienst entdecken.

Der „Gesellenpfarrer“ war einer der Ersten, die die bis dahin übliche saubere Scheidung von irdischen Problemen und himmlischem Heil durchbrachen. „Es gibt überhaupt keine absolute Trennung zwischen dem religiösen und dem irdischen sozialen Leben, zwischen Himmel und Erde“, so Adolph Kolping. Dem wirklich religiösen Menschen sei alles religiös, was Gott eingerichtet habe, auch die scheinbar rein „weltlichen“ Dinge. Deshalb sei die Trennung der Religion von den sogenannten irdischen Fragen „die große allgemeine Versündigung an der Gesellschaft, und diese Versündigung hat uns das große soziale Elend bereitet“.

Nicht gottgegeben

Christliche Sozialethik in Gesellschaft und Wissenschaft

DONATE KLUXEN-PYTA

Geboren 1961 in Köln, Promotion in Philosophie zu einem Thema der politischen Ethik, stellvertretende Leiterin der Abteilung Bildung/Berufliche Bildung, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Markus Vogt (Hrsg.): „Christliche Sozialethik – Architektur einer jungen Disziplin“. Akademischer Festakt zum 85. Geburtstag von Wilhelm Korff, Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität, LMUniversum, Band 12, Verlag Lutz Garmies, München 2012, 94 Seiten, 16,90 Euro.

André Habisch, Hanns Jürgen Küsters, Rudolf Uertz (Hrsg.): Tradition und Erneuerung der christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung, Herder Verlag, Freiburg 2012, 324 Seiten, 18,00 Euro.

Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales Thema in der politischen Diskussion – es geht um eine soziale Ordnung, in der Menschen aus weniger privilegierten Schichten dennoch ein ausreichendes Einkommen erzielen und am gesellschaftlichen Leben wie am allgemeinen Fortschritt teilhaben können. Strittig sind dabei die Wege zum Ziel: Wird es mit

einer besseren Verteilung von Gütern und Geld erreicht oder eher durch bessere Chancen und sozialen Aufstieg?

Die Frage nach der Qualität der Strukturen und Institutionen einer Ordnung ist auch eine Frage der Sozialethik. Sicherlich geht es in der Ethik um das Handeln des Einzelnen, aber dies ist immer auch im Rahmen seiner strukturellen Möglichkeiten zu sehen; und der Kontext kann moralisches Handeln behindern oder unterstützen und prägt es mit seinen Konventionen und Normen. Es ist eine Erkenntnis der Neuzeit, dass zu den normierenden Strukturen maßgeblich auch die sozialen Verhältnisse gehören, ja dass sie sogar maßgeblich sein können. Daher sind sie ethisch zu prüfen, ob sie den Menschen Lebenschancen eröffnen und ihr moralisches Handeln fördern oder hemmen. In der Umbruchszeit des 19. Jahrhunderts entwickelte die christliche Soziallehre Grundsätze, mit denen kritisch nach der ethischen Qualität der sozialen Strukturen gefragt werden kann.

Christliche oder Katholische Soziallehre bezeichnet zum einen oft die Lehre des Kirchenamtes, vor allem die bahnbrechenden Enzykliken der Päpste Leo XIII. bis Johannes Paul II. zu sozialen Fragen. Zum anderen meint dieses Stichwort das Denken, das dem vielfältigen Engagement der christlichen Vereine, Verbände und karitativen Organisationen zugrunde liegt und das nicht zuletzt den politischen Katholizismus prägt. Zum Dritten heißt so die theoretische Fundierung und wissenschaftliche Disziplin in der Theologie. Dass in der katholischen Theologie das Fach „Christliche Sozialethik“ heißt, ist das Verdienst seines großen Vertreters Wilhelm Korff. Die Universität München ehrte den 85-Jährigen mit einer Festschrift

Christliche Sozialethik – Architektur einer jungen Disziplin, in der Kollegen und Schüler wie der Jubilar selbst die grundlegende Systematik des Fachs als eigenständige, christlich fundierte Ethik reflektieren.

Eine Vielzahl von Bereichsethiken hat sich etabliert – Umwelt-, Bio- und Wirtschaftsethik –, sodass sich die Frage stelle, welches spezifische Thema die Sozialethik für sich beanspruchen könne, so Korff. Es gehe um das Fundament für die Anwendungsfragen, und dies biete die soziale Struktur des Sittlichen selbst. Dass der Mensch ein „soziales Wesen“ ist, sei banal – der soziale Zusammenhang bedeutet nach Korffs Analyse eine Trias von Instrumentalisierung, Selbstbehauptung und Fürsorge, und dieser fundamentalen Struktur müssten Ethikmodelle gerecht werden. Das Ethische werde nicht erst an das Soziale herangetragen, sondern aus der sozialen Struktur des Handelns selbst abgeleitet. Umgekehrt müsse sich die soziale Struktur in ihrer ethischen Qualität daran messen lassen, dass und wie sie diese dreiteilige Grundstruktur aufgreife. Ordnungen und Normen seien nicht gottgegeben, sondern unterlägen dem kritischen sozialetischen Urteil auf ihre Menschendienlichkeit hin. Sicherlich seien für den Einzelnen die Normen, die er sich in einer Gemeinschaft aneignet, verbindlich, aber wir trügen als Menschen auch Verantwortung für die Normen. Der Mensch folge Normen, aber er gestalte sie auch – dies ist Korffs Kernbotschaft. Genau hier steckt eine entscheidende Motivation für die Politik und gerade auch für Politiker mit christlichem Hintergrund – die Verhältnisse so zu verbessern, dass sie den Menschen dienen und ein moralisch gutes Leben ermöglichen.

Wie nun die angemessenen Normen zu finden und Strukturen einzurichten sind, sei nicht zwingend, sondern Gegenstand der Diskussion, betont Korff. Sachanalysen seien dabei stets der erste Schritt. So ergäben sich konkrete Normen aus der Sache selbst, keinesfalls als bloß schematische Anwendung. Werde es konkret, zeigten sich aber immer unaufhebbare Konflikte, und Kompromisse erwiesen sich letztendlich als die bestmöglichen Lösungsvorschläge. Normfindung ist stets Güterabwägung, mahnt Korff: Der gescholtene Kompromiss sei daher kein Übel, sondern notwendiges Ergebnis einer ernsthaften Abwägung.

MORALISCHES GELINGEN UND MENSCHLICHES GLÜCK

Die Menschenfreundlichkeit des sozial-ethischen Modells von Korff zeigt sich auch daran, dass er das moralische Gelingen nicht vom Glück des Menschen trennen will. Deshalb ist ihm eine Tugendethik sympathisch, die den ganzen Menschen und sein gelingendes Leben in den Blick nimmt. Sein Blick in die Geschichte zeigt allerdings, dass die Tugendethik der Antike und des Thomas von Aquin durch die Entwicklung einer engmaschigen Beichtpraxis seit dem Mittelalter verdrängt wurde. Stattdessen habe eine Gebotsethik dominiert, die sich vom Heilsversprechen des Dekalogs abgekoppelt und einen quasi rechtsgültigen Sündenkatalog aufgestellt habe – mehr Belastung als Erlösung für die Christen. Demgegenüber setze die Pflichtethik der Aufklärung auf die Eigenverantwortung des Menschen gegenüber sich selbst wie

gegenüber der Mitwelt. Spezifikum der christlichen Sozialethik im 19. Jahrhundert sei der Bezug auf die entstehenden neuen Wissenschaften; sie nehme die empirischen Erkenntnisse der Soziologie bewusst auf, um sie moralisch einzuordnen. Die Bezeichnung des Fachs als „christliche Sozialwissenschaft“ wäre dennoch missverständlich, da Ethik nicht auf Empirie zu reduzieren sei. Die erarbeiteten Grundsätze Personalität, Solidarität und Subsidiarität seien überall anwendbar und ausbaufähig, ergänzt um das moderne Prinzip der Nachhaltigkeit. Wie die Sozialethik in ihrer Geschichte jeweils strukturiert und fundiert wurde, ist für Korff allerdings ein Desiderat und Gegenstand seines neuen umfassenden Forschungsprojekts. Damit ergibt sich eine veränderte Sicht auf die christliche Sozialethik, die von den Vertretern des Fachs und den Interessenten daran zur Kenntnis genommen und weiter diskutiert werden sollte.

GESTALTUNG DER ORDNUNG IM BLICK

Umfassende Gedanken über die Aufgabe der christlichen Sozialethik formuliert ebenfalls der aktuelle und lesenswerte Sammelband *Tradition und Erneuerung der christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung*. Die Charakteristik des Fachs sieht Martin Honecker als evangelischer Sozialethiker wie sein katholisches Pendant Wilhelm Korff als Ethik der Sozialstrukturen jenseits der einzelnen Bereichsethiken. Denn „in den Prozessen der Modernisierung, der Industrialisierung und Technisierung zeigt sich, dass [...] die Gestaltung der Ordnung der

Strukturen als solche zum Thema wird“ (Seite 178). Spezifisch christlich sei dabei nicht ein bestimmtes Gesellschaftsmodell, sondern die Perspektive, nämlich das christliche Ethos, das sich aus der biblischen Tradition und reformatorischen Deutung ergebe, aber jeweils erst konkret angewandt werden müsse. Sowohl Honecker als auch weitere Autoren des Bandes stellen heraus, dass nicht ungefesselter Kapitalismus und Industrialisierung Ursachen allen sozialen Elends waren, sondern bereits Teil der Lösung im Zuge des tief greifenden Umwälzungsprozesses seit Ende des 18. Jahrhunderts sind.

„GEFÜGE OFFENER SÄTZE“

André Habisch unterstreicht die Reaktionsfähigkeit der Kirche, angesichts völlig veränderter Rahmenbedingungen dennoch die eigene ethische Tradition mit der „Soziallehre“ weiterentwickelt zu haben. Die Kirche sei nicht mehr automatische Stütze des Systems wie im Alten Reich gewesen, die katholische Arbeiterschaft im Gegenteil eine benachteiligte Minderheit. Katholische Verbände engagierten sich in der Zivilgesellschaft; ihre praktische politische Erfahrung habe die Soziallehre als „Gefüge offener Sätze“ geprägt, nicht als Normengerüst“, so Habisch (Seite 25). Allerdings stehe diese – sehr deutsche – Tradition kurz vor dem Vergessen, beklagt der Herausgeber, zumal der kirchliche Einfluss auf die politische Debatte insgesamt stark geschwunden sei. Welche enorme Bedeutung das sozialetische Denken für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der jungen Bundesrepublik Deutschland hatte, stellen Nils

Goldschmidt und Jörg Althammer heraus – auch hier drohe allerdings ein Vergessen der christlichen Wurzeln und damit der ethischen Qualität dieses Ordnungsmodells.

Rudolf Uertz schildert, dass erst mit dem Zweiten Vatikanum 1965 die katholische Kirche auch die Menschenrechte in die Soziallehre integrierte: Erst damit sei das Lehramt endlich an die Prinzipien des demokratischen Staates und der Sozialen Marktwirtschaft herangerückt. Christliche Sozialethik liefere mithin nun die „Prinzipien und sachgerechte Normen zur Gestaltung einer demokratisch-rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Ordnung“ (Seite 141). Die Kurzformel dafür bilde der Begriff „Christliches Menschenbild“, der die christdemokratische Programmatik maßgeblich präge.

Dass von der christlichen Sozialethik in den aktuellen öffentlichen Debatten wenig vernehmbar zu hören ist, ist umso bedauerlicher angesichts ihrer Bedeutung, die beide Bücher plastisch vor Augen führen. Eine fundierte Ethik der sozialen Strukturen in christlicher Tradition könnte bei mancher begrifflichen Verwirrung in den politischen Debatten Klarheit schaffen. Die Sozialethik kann und muss politische Entscheidungsträger in ihrer großen Verantwortung für eine Ordnung unterstützen, die auch dem ethischen Urteil standhält, und sie zu Kompromiss und Güterabwägung ermutigen – im Dienste an einer Gesellschaft, in der menschliches Leben glückt.

Anmerkung der Redaktion:

In ähnlicher Weise thematisiert auch Bernhard Sutor mit „Katholische Soziallehre als politische Ethik. Leistung und Defizite“ (Paderborn 2013) den Übergang von einer katholisch-konfessionellen Soziallehre zu einer christlichen Sozialethik. Er zeigt dies vor allem für das Teilgebiet der politischen Ethik.

Empowerment für Arbeitnehmer

Das ver.di-Vorstandsmitglied Eva M. Welskop-Deffaa über Adolph Kolping und christliche Minderheiten in den Gewerkschaften

EVA M. WELSKOP-DEFFAA

Geboren 1959 in Duisburg, Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Mitglied im ver.di-Bundesvorstand.

Frau Welskop-Deffaa, am 8. Dezember 2013 jährt sich der Geburtstag Adolph Kolpings zum 200. Mal. Ist das ein Datum, das für die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften von Bedeutung ist?

Eva M. Welskop-Deffaa: Der 8. Dezember 2013 ist kein Datum, das im ver.di-Jahreskalender mit einem Ausrufungszeichen

versehen ist, aber die Erinnerung an die Anfänge der Arbeiterbewegung – an Ferdinand Lassalle oder Adolph Kolping – ist sehr lebendig. Nicht nur mit Sicht darauf, welche Traditionsbestände es zu wahren gilt. Die Gründerfiguren des 19. Jahrhunderts fordern uns heraus, Veränderungen zu gestalten! Sie haben die Dramatik ihrer Zeit erkannt und sie haben darauf höchst innovativ geantwortet. Es ist ermutigend, sich das in Erinnerung zu rufen – nicht zuletzt deshalb, weil wir den Eindruck haben, dass wir in mancher Hinsicht vor ähnlichen Umbrüchen stehen: Das Zusammenwirken von Globalisierung,



© ver.di, Foto: Kay Herrschelmann

Digitalisierung und demografischer Dynamik markiert den Beginn eines neuen Zeitalters, ohne dass wir dafür schon eine treffende Begrifflichkeit haben.

Sie nennen Ferdinand Lassalle, man müsste bestimmt noch Karl Marx hinzunehmen. Aber es geht uns heute vor allem um Kolping. Also frage ich: Was ist von den christlichen Inspirationsquellen in der Arbeiterbewegung noch lebendig?

Eva M. Welskop-Deffaa: Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Anfängen der Einheitsgewerkschaft, waren ihre christlichen Wurzeln wichtige Kraftquellen. Die Neugründung christlicher Gewerkschaften in den Wirtschaftswunderjahren verweist aber darauf, wie schnell Enttäuschungen zu Entfremdungen führten. Aktionsformen und Selbstverständnis von christlichen Gewerkschaften haben diese Entwicklung in den letzten Jahren weiter vertieft.

Das Christliche wurde im DGB- und Arbeitnehmerkontext immer stärker mit dem Konzept „gelber Gewerkschaften“¹ verbunden. Das macht es uns – also denjenigen, die als Christen in den Einheitsgewerkschaften aktiv sind – schwer, uns unzweideutig auf christliche Wurzeln zu beziehen und die christliche Soziallehre als gewerkschaftliche Inspirationsquelle aktiv zu nutzen.

Was heißt denn Einheitsgewerkschaft: dass sich verschiedene geistige Strömungen vereinen? Oder geht es heute nur noch darum, ökonomische Verteilungsfragen zu stellen?

Eva M. Welskop-Deffaa: Für die deutschen Gewerkschaften gilt generell, dass wir uns unserer geistigen Verortung neu vergewissern. Bei ver.di, gerade mal zehn Jahre jung, ist das in besonderem Maße der Fall, weil wir die unterschiedlichen Kulturen unserer Gründungsgewerkschaft

ten aufnehmen mussten. Gewerkschaften sind mehr als Kampfvereine zur Durchsetzung von Tarifforderungen. Wenn der öffentliche Eindruck ein anderer ist, dann mag das daran liegen, dass ver.di beispielsweise Tarifverträge in verschiedenen Branchen parallel verhandelt und mit der Schwächung des Flächentarifvertrags die Anzahl der Haustarifverträge zugenommen hat. Aber es ist nicht so, als würde sich Gewerkschaftsarbeit im Streik erschöpfen. Die Gestaltung der Mitbestimmung ist die zweite große Aufgabe, und die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist die häufig vergessene dritte Säule.

Gerade in diesem dritten Zusammenhang merke ich, wie wenig man uns auf den Kampfverein reduzieren kann und wie sehr wir Mitverantwortung für die gesamte Sozialordnung übernehmen. Jenseits aller weltanschaulichen Unterschiede lebt das gewerkschaftliche Engagement in der sozialen Selbstverwaltung von der gemeinsamen Überzeugung, dass die freiheitliche, selbstverwaltete Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft bewahrt und weiterentwickelt werden muss.

Und da fühlt man sich mit der christlichen Verortung nicht in einer Minderheitenposition?

Eva M. Welskop-Deffaa: Das mit der Minderheit ist ein Faktum – als Christin ebenso wie als Christliche Demokratin. In den Gewerkschaften sind deutlich weniger CDA-Mitglieder in Funktionen aktiv als Sozialdemokraten. Aber die Analysen der Bundestagswahl zeigen: Von den Gewerkschaftsmitgliedern wählen fast ebenso viele CDU wie SPD.

Und wie bewertet eine bekennende Katholikin das Verhältnis von Gewerkschaften und Kirchen? War das nicht schon mal besser oder enger?

Eva M. Welskop-Deffaa: Das Verhältnis von Kirchen und Gewerkschaften zueinander konstituiert sich durch das jeweilige gesellschaftliche Umfeld. Für die Gewerkschaften glaube ich sagen zu können, dass ihre Stellung heute deutlich gefestigter ist als vor zehn, fünfzehn Jahren. Da galten sie als Dinosaurier unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Dagegen blies den Kirchen der Gegenwind damals noch nicht so sehr ins Gesicht. Das hat sich heute umgekehrt, insbesondere die katholische Kirche steht in der Kritik: Die Limburger Bischofsbauten, die Fälle sexuellen Missbrauchs – weitreichendes Fehlverhalten tritt zutage.

Die katholische Kirche befindet sich in einer Position der Defensive. Und das macht ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht einfacher. Wenn ver.di hergeht und sagt: „Wir wollen das Streikrecht auch in kirchlichen Krankenhäusern durchsetzen“, dann wird das von der katholischen Kirche in die Welle der Angriffe eingereiht, denen sie sich insgesamt ausgesetzt sieht. Und es bleibt ihr wenig Kraft, Verständnis dafür zu entwickeln, dass eine Gewerkschaft nicht anders kann, als den Streik – das wertvollste Instrument zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen – zu verteidigen. Gewerkschaftskritik richtet sich ja auch gegen das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte. Ängstlichkeit und Verletzlichkeit aufseiten der Kirche sind es, die ein fruchtbares Miteinander von Kirche und Gewerkschaft momentan unnötig erschweren.

Apropos Dinosaurier! Gibt es nicht weiterhin Anzeichen dafür, dass der Gewerkschaftsbewegung die Puste ausgeht? Die Diskussion um den Mindestlohn ist ein Beispiel, denn jetzt setzt man auf den Staat, wo sich früher die Tarifparteien stark genug gefühlt hätten, das unter sich zu regeln.

Eva M. Welskop-Deffaa: Spätestens seit Gründung der Bundesrepublik kennen wir bei uns ein kompliziertes Zusammenwirken aus tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen, um die Lage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern. Bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen funktionieren Tarifverträge und politische Lobbyarbeit, vereinfacht gesagt, wie kommunizierende Röhren. Arbeits- und Existenzbedingungen können mal tarifvertraglich, mal auf Initiative der Gewerkschaften gesetzlich verbessert werden.

Wenn wir uns heute für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen, dann heißt das nicht, dass wir uns „nicht stark genug fühlen für Tarifverhandlungen“. Aber wir haben über Jahre die Erfahrung gemacht, dass – wenn immer weniger Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt wurden und immer mehr Arbeitgeber aus der Tarifbindung ausgeschieden sind – die Lohnverhandlungen zu viel Kraft binden, weil man quasi immer wieder bei Null anfangen musste. In dieser Situation ist es ein kluges Ansinnen, den Gesetzgeber für eine allgemeine Lohnuntergrenze in die Pflicht zu nehmen. Umgekehrt verhandeln wir gegenwärtig sozialpolitische Themen tariflich aus: Demografie-Tarifverträge, Tarifverträge zur Altersvorsorge sind Beispiele für Regelungsinhalte, die „klassisch“ eher gesetzgeberisch geregelt wurden.

Doch hat diese Strategie Grenzen: Gerade weil wir uns als Tarifpartner stark genug fühlen, sozialpolitisch ausgelegte Tarifverträge zu verhandeln, bleiben in der Sozialpolitik gesetzliche Regelungen wesentlich, um nicht diejenigen zu vergessen, die in Branchen arbeiten, in denen eine erfolgreiche tarifliche Durchsetzung dieser Forderungen nicht möglich ist.

Sie haben kritisiert, dass die Arbeitgeber sich nicht mehr ausreichend zusammenschließen. Gibt es nicht eine ähnliche Entsolidarisierung auf der Arbeitnehmerseite? Fühlt sich der Chirurg noch verantwortlich für die Oberschwester und der Flugkapitän für das Bordpersonal? Das ist also die Frage nach den Spartengewerkschaften. Was ist die Haltung zu Cockpit, GDL und Transnet?

Eva M. Welskop-Deffaa: Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, in Branchen-Tarifverträgen gute Regelungen für Beschäftigte verschiedener Berufe zu verhandeln und dabei das Verhältnis der verschiedenen Tätigkeiten zueinander mit Bedacht zu bestimmen. Das aktuelle Beispiel in diesem Zusammenhang sind nicht Ärzte oder Flugkapitäne, neue Herausforderungen stellen sich besonders im Einzelhandel. Da hat der Arbeitgeberverband den Manteltarifvertrag gekündigt, sodass es letztlich um die Frage geht, wie neue Entgeltgruppen gebildet werden können. Ist das Kassieren an einer modernen Kasse im Verhältnis zum Regaleinräumen heute anders zu bewerten als vor fünfzig Jahren? Da müssen wir als Gewerkschaft die Interessen aller unserer Mitglieder im Blick haben. Entsolidarisierung erlebe ich nicht. Jede Berufsgruppe – die Kassiererin, die

Fachverkäuferin, die Regaleinräumerin – hat zu Recht die Erwartung, dass wir ihre Interessen vertreten. In einer Zeit, in der sich die Arbeitswirklichkeit und Berufsbilder teils dramatisch verändern, braucht es ein sorgsames Abwägen und umfassende Mitgliederorientierung, um für alle zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Das wäre ja fast eine Rechtfertigung für das Verhalten der Krankenhausärzte und Flugkapitäne, die ihre Interessenvertretung lieber in die eigenen Hände nehmen.

Eva M. Welskop-Deffaa: Die Gewerkschaftsgeschichte ist geprägt von institutionellen Innovationen. Die Einheitsgewerkschaft ist eine solche Innovation, die die zerstörerische Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften überwunden hat. Das Erstarken der Berufsgewerkschaften Marburger Bund und Lokführergewerkschaft im letzten Jahrzehnt interpretiere ich auch als Teil dieser Modernisierungsgeschichte. Arbeitnehmer müssen immer wieder neu „Waffengleichheit“ herstellen. Die Reaktion der Arbeitgeberverbände auf das Erstarken der Spartengewerkschaften und ihr Ruf nach gesetzlich verpflichtender „Tarifeinheit“ zeigen, dass die Davids mit ihren Steinschleudern schmerzlich getroffen haben. Davon profitiert am Ende die gesamte Gewerkschaftsbewegung, wenn sie die Erfahrung der etablierten Branchengewerkschaften und die Impulse der Berufsgewerkschaften verbindet. Gewerkschaftliche Solidarität unter Ungleichen und Tragfähigkeit der Sozialpartnerschaft dabei zu erhalten, ist Aufgabe sozialen Dialogs, der nicht durch gesetzgeberischen Zwang ersetzt werden kann.

Mir ging es in unserem Gespräch stark um gemeinsame Fundamente der Arbeiterbewegung. Liegt nicht ein aktueller Anknüpfungspunkt an Adolph Kolping darin, dass er vor allem ein groß angelegtes Bildungsprogramm initiiert hat?

Eva M. Welskop-Deffaa: Ein einprägsamer Satz Kolpings lautet: „Die alte Zeit liegt zu fern von uns ab, als dass wir alte Bräuche unmittelbar übernehmen könnten.“ Der Modernisierungsimpetus darin fasziniert mich. Wenn wir nach Kolpings Vorbild die Katholische Soziallehre auf die neuen Herausforderungen hin durchgehen, sehe ich mehr noch als ein Bildungsprogramm. Kolping hat eine Unterstützungs-Infrastruktur geschaffen, um Verbesserungen für die damals prekär Beschäftigten und ihre Familien durchzusetzen. Und er hat das verbunden mit der Erklärung dessen, was er tat. Er hat Gesellenhäuser eingerichtet und war unermüdlich journalistisch tätig. So ist Kolping breit verstanden worden. Er hat die „Zeichen der Zeit“ erklärt und den Menschen Mut gemacht, sich auf die Veränderungen einzulassen. Empowerment-Strategie kann man das nennen oder soziale Lebenslaufpolitik. Nachahmenswert ist es auf jeden Fall.

¹ Gelbe Gewerkschaften sind ordoliberal orientierte Vereinigungen von wirtschaftsfreundlichen Arbeitnehmern, die sich vermutlich erstmals 1899 in Le Creusot (Frankreich) formierten.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann.

Warnung vor dem Versorgungsstaat

Adolph Kolping, Ludwig Windthorst und die
Aktualität des katholischen Engagements für die soziale Frage

HERMANN KUES

Geboren 1949 in Holthausen (Emsland),
Parlamentarischer Staatssekretär bei der
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, Mitglied im Zentral-
komitee der deutschen Katholiken (ZdK),
Vorsitzender der Ludwig-Windthorst-
Stiftung.

Karitatives Engagement ist von Beginn an
ein wesentlicher Bestandteil des Christen-
tums. Ohne Diakonie, ohne kirchliche
Hospize, ohne Pflegeeinrichtungen und
Krankenhäuser ist das christlich geprägte
Europa überhaupt nicht denkbar. Anders
verhält es sich mit dem gesellschaftlichen,
insbesondere dem politischen Engagement

von Laien. Es war keineswegs immer schon selbstverständlich, sondern ist
eine schwer erkämpfte Errungenschaft des 19. Jahrhunderts und verdankt sich,
wie so viele bahnbrechende Entwicklungen, einzelnen Persönlichkeiten, die
ihrer Zeit voraus waren.

Zu ihnen zählt Adolph Kolping, dessen 200. Geburtstag am 8. Dezember
2013 gefeiert wird. Er erkannte die Bedeutung der Gesellenvereine als
eine hochwirksame praktisch-pastorale Antwort auf die Not des Industrieproletariats.
Sie verbreiteten sich noch während seines kurzen Lebens über halb
Europa. Heute sind sie weltweit, vor allem in den sogenannten Schwellenlän-

dern, zu finden. Kolping machte deutlich, dass gesellschaftlich-soziale Fragen nicht an den Rand des Religiösen gehören, sondern in dessen Mitte. Er stand nicht allein. Eine andere Denkrichtung christlich-sozialen Engagements prägte der fast gleichaltrige Ludwig Windthorst. Der Zentrums Politiker, am 17. Januar 1812 geboren, hat in der deutschen politischen Geschichte seinen festen Platz als Gegenspieler Bismarcks im Kulturkampf und als „genialer Parlamentarier“ (Golo Mann). Beide haben Grundideen entwickelt, die christlichen Politikerinnen und Politikern immer noch Orientierung geben.

SCHÄFERSOHN UND JURIST IM REICHSTAG

Zwei Persönlichkeiten, wie sie kaum unterschiedlicher sein können: Kolping wächst als Sohn eines Schäfers in ärmlichen Verhältnissen auf. Als Schuster auf Wanderschaft erlebt er am eigenen Leibe die Entwertung des Handwerks, des eigentlichen Verlierers der Industriellen Revolution. Trotz seiner Begabung hat er vorerst keine Chance auf eine höhere Bildung. Erst als 24-Jähriger macht er das Abitur, mit 28 Jahren beginnt er das Theologiestudium. Nach der Priesterweihe 1841 findet er als Kaplan in Elberfeld seine eigentliche Berufung. Elberfeld im 19. Jahrhundert – das ist der Prototyp einer benachteiligten Stadt. An diesem verwahrlosten Ort der Arbeiterschaft lernt er die Selbsthilfe-Idee der Gesellenvereine kennen. Kolping selbst hat ein optimistisches Menschenbild. Er glaubt, jeder Mensch könne durch eine stabile Gemeinschaft und gute Bildung auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen zu einer gefestigten Persönlichkeit werden, die vor den Lasten der Zeit, insbesondere vor dem Alkoholismus, geschützt sei.

Ganz anders Windthorst: Nach einem glänzenden Abitur ist er im Alter von dreißig Jahren Rechtsanwalt, mit 37 Jahren Mitglied des hannoverschen Landtages, mit vierzig Jahren Justizminister. Als glänzender Rhetoriker und detailversessener Stegreif-Redner weiß er sich im Reichstag Respekt zu verschaffen. Ihm ist ein guter Teil unserer parlamentarischen Kultur zu verdanken – und das nicht nur, weil er sich im Kulturkampf immer wieder denkwürdige Rededuelle mit Bismarck liefert, sondern weil er unverdrossen an die Kraft des guten Arguments glaubt.

RECHT FÜR ALLE UND KIRCHE ALS KORREKTIV

Beiden steht der aufgeklärte, liberale Staat des 19. Jahrhunderts gegenüber. Dieser fühlt sich in jener Zeit „übermächtig“. Seine Vertreter glauben, nach der Emanzipation von religiösen Autoritäten (insbesondere vom Papsttum), der Trennung von Staat und Kirche und der Verbannung des Religiösen ins

Private jegliches Recht in voller Autonomie selbst setzen zu dürfen. Kolping und Windthorst halten dagegen. Beide verbindet die Überzeugung, der Staat habe in erster Linie das Recht zu schützen. Die rechte Weltordnung ruht aus Sicht der beiden Christen aber auf religiösen Grundpfeilern: Ohne das „religiöse Gewissen“, so Kolping, gehe den Menschen der „Maßstab des irdischen Rechts verloren“. Es gibt ein allgemeines Menschenrecht, das sich aus der gottgegebenen und deshalb nicht antastbaren Würde des Menschen ableitet. Windthorst bringt dieses Plädoyer auf eine eingängige Formel: „Ich will eben das Recht für alle.“

Wenn der Staat aber auf religiös geprägten Grundlagen beruht, dann ist Religion keine reine Privatsache: Dann gehören die Kirchen in den öffentlichen Raum. Sie haben im gesellschaftlichen und politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess eine zentrale Funktion. Diese liegt, so Papst Benedikt XVI., darin, aus dem Glauben heraus Orientierungen zu geben, die es überhaupt erst ermöglichen, eine menschenwürdige Rechts- und Sozialordnung zu entwerfen. Die Kirche sei ein unverzichtbares Korrektiv zur „Reinigung des Gewissens“. Mit anderen Worten: Wer sich als Christ auf die Welt einlässt, kennt zwei Instanzen, die möglicherweise alltäglicher Routine entgegenstehen: die zentralen christlichen Wertvorstellungen und das eigene Gewissen.

Diese Einsicht birgt Sprengstoff, schafft sie doch einerseits Unabhängigkeit der Laien von kirchlichen Autoritäten. Sie bürdet den Christinnen und Christen andererseits jedoch eine Verbindlichkeit gegenüber dem eigenen Gewissen auf. Es hat lange gedauert, bis die offizielle Kirche dies als „Apostolat des Laien“ anerkannt hat. Gerade Ludwig Windthorst hat diese Unabhängigkeit wie selbstverständlich schon früh für sich in Anspruch genommen. Bei Kolping war es weniger die Unabhängigkeit als die Hingabe zum gesellschaftlichen Engagement, die ihn prägte.

VORRANG KLEINER LEBENSKREISE

Im Allgemeinen werden Solidarität und Subsidiarität als die beiden Grundpfeiler der Katholischen Soziallehre bezeichnet. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Die Gesellschaft muss die Balance zwischen Eigenverantwortung und gegenseitiger Unterstützung immer wieder neu austarieren.

Dass dem einzelnen Menschen und der – in der Katholischen Soziallehre viel zitierten – „kleinen Gemeinschaft“ der Vorrang gebührt, ist ein Fixpunkt in Kolpings und Windthorsts Denken. Deshalb kämpft Windthorst zwar für die Arbeiterschutzgesetze, lehnt aber die staatliche Alters- und Invalidenversicherung ab. Sie verletze die Subsidiarität, der Staat mache sich „zum allgemeinen Brotherrn“ und werde auch auf anderen Gebieten alles mehr und

mehr an sich reißen, sagt er in der Reichstagsdebatte vom 20. Mai 1889. Da ist sie wieder, die Angst vor der Allmacht des Staates.

Ganz ähnlich Kolping. Staatlicher Sozialpolitik traut er wenig, der Familie beinahe alles zu. Für ihn war die „beste Staatsmaschine“ wertlos, „so lange nicht das Familienleben der übrigen Gesellschaft Würde und Halt gibt“. Die rund 60.000 Mitglieder in den über 400 familiär organisierten Gesellenvereinen, die es bereits am Ende seines Lebens gab, würden ihm Recht geben.

Dieser Ansatz ist aus heutiger Sicht nicht minder richtig. Gleichwohl mag die einseitige Fokussierung auf die Familienstrukturen allzu optimistisch klingen. Wir haben heute ein stärkeres Gespür dafür, dass die viel zitierte „kleinere Gemeinschaft“ auch überfordert werden kann und dass der Staat dort aktiv eingreifen muss, wo Familien an ihre Grenzen stoßen. Im Sinne Kolpings allein an eine „tüchtige Gesinnung“ zu appellieren, reicht da nicht mehr aus. Familienpolitik ist deshalb zu Recht ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte gerückt. Dabei sollte allerdings die Mahnung der Katholischen Soziallehre vor dem „Versorgungsstaat“ nicht vergessen werden. Mit anderen Worten: Wenn wir über frühkindliche Bildung oder über Betreuungsgeld, über Elternzeit oder familiengerechte Rente reden, geht es immer um die letztlich subsidiäre Unterstützung der Familie und nie darum, Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Denn eine funktionierende Familie ist durch nichts zu ersetzen. Kolpings Einwände sind in diesem Punkt immer noch zutreffend. Eltern bleiben die wichtigsten Bezugspersonen ihrer Kinder. Aber: Ihre Aufgabe ist schwieriger geworden. Deshalb sind gut greifende politische Instrumente der Familienförderung notwendig geworden.

GNADE ODER GERECHTIGKEIT?

So traditionell Adolph Kolping in Sachen Familie argumentiert, so harsch und bitter, beinahe klassenkämpferisch fällt seine Kritik an den ökonomischen Verhältnissen aus. „Wenn die Herren Krieg führen“, schreibt er 1865, „müssen die Untertanen bluten.“ Der gewaltige Druck auf Preise und Löhne gehe auf Kosten der „arme[n] Fabrikarbeiter“. Gleichwohl rang er sich erst spät zu einem vorsichtigen Plädoyer für eine Sozialgesetzgebung durch. Wo der Arbeiter alle Rechte verloren habe, sei es „eine unbestreitbare Wahrheit, dass soziale Fragen nicht bloß in Gnade und Barmherzigkeit, sondern nur in Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gelöst werden“.

Dabei ist Kolping weniger ein politisch als vielmehr ein durch und durch pastoral denkender Mensch. Ihn treibt um, wie die neue Wirtschaftsordnung den Menschen innerlich und die Beziehungen zwischen den Menschen verändert: Er sah, wie die Menschen, die ohnehin schon in sich auflösenden Strukturen lebten, sich durch das Geld weiter entfremdeten. Außer

Geld sei man „dem anderen nichts mehr schuldig“. Die persönlichen Bindungen durch „Sorge, Zuneigung und Liebe“ gingen verloren.

Dieses Urteil scheint prophetisch, jedenfalls zieht es sich von der katholischen Sozialverkündigung bis hin zur Enzyklika *Caritas in veritate* von Papst Benedikt XVI. durch, die als eine christlich begründete Antwort auf die Finanz- und Bankenkrise gelesen werden kann. Ihr Gegenentwurf ist die „Kultur des Schenkens und der Unentgeltlichkeit“, also eine Kultur, in der nicht nur in „Mark und Pfennig“ Leistung gegen Leistung abgegolten wird, sondern in der zuerst Menschen in ihrer Not wahrgenommen werden und ihnen mit Großzügigkeit begegnet wird. Das ist ganz und gar im Sinne Kolpings, den die Not des Proletariats sein ganzes Leben lang antrieb.

Windthorst hat oft darüber geklagt, die soziale Frage wegen des Kulturkampfes vernachlässigen zu müssen. Sie sei zwar „furchtbar wichtig“, die wichtigste Frage des Jahrhunderts, aber die Zeit sei eben noch nicht reif. Der Kampf um die Freiheit der Kirche habe oberste Priorität. Doch im Jahr 1890, bereits hochbetagt, bewirkt er mit der Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ eine entscheidende Weichenstellung: Der neue Verein wird nach seinem Willen kein anti-protestantischer Bund, sondern im Kern eine Bildungsbewegung, deren Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und in der Entwicklung christlich-sozialer Gegenentwürfe liegt. Auch hier hatte Windthorst das praktische Leben im Blick.

Auch heute ist es die Aufgabe der katholischen Christen und mithin ihrer leitenden Theorie, der Katholischen Soziallehre, einen spezifisch christlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten. Kolping sagt völlig zu Recht, es gehe nicht allein um „Gnade und Mitleid“, sondern um „Gerechtigkeit“. Wir bezeichnen dies heute oft als Chancengerechtigkeit. Windthorst meinte vermutlich etwas ganz Ähnliches, als er sagte: „Ich will eben das gleiche Recht für alle.“ Das wird umso eher gelingen, je konkreter die Anregungen ausfallen und je deutlicher sie christlich akzentuiert sind. Mit der Verkündigung hehrer Sozialprinzipien ist es nicht getan; möglicherweise ist sogar die Zeit der großen Sozialenzykliken vorbei. Vielmehr geht es darum, die Sozialprinzipien in die Lebenswirklichkeit zu übersetzen. Themen gibt es genug: von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das Betreuungs- und Erziehungsgeld bis zur „Mütterrente“ und zum Mindestlohn. Hier sind praktische Handlungsanweisungen gefragt.

KEINE SEIFENBLASEN

Nahe bei den Menschen zu sein, die Solidarität nötig haben – das ist das zentrale Vermächtnis Adolph Kolpings. Man darf sich vorstellen, dass sein Auftreten zu seiner Zeit ähnlich furios und ermutigend war wie das des gegenwärtigen Papstes Franziskus. Beide machen deutlich, dass die sozialen Fragen

ohne echte Empathie mit den Schwächeren der Gesellschaft nicht zu lösen sind. Zugleich haben sie den Mut zu unbequemen Wahrheiten. So sagte der Papst auf seiner ersten Reise nach Lampedusa, unsere Wohlstandskultur führe dazu, „dass wir nur an uns selbst denken, sie macht uns gefühllos dem Aufschrei der anderen gegenüber, lässt uns in schönen Seifenblasen leben“. Das könnten Worte Adolph Kolpings sein.

Der zweite Pol christlich-sozialen Engagements liegt in der Suche nach konkreten, durchsetzbaren Lösungen. „Leuchtturmprojekte“ wie Kolpings Gesellenvereine sind dabei von enormer Wichtigkeit, und es gibt sie auch heute noch. Ohne die Politik ist jedoch eine weitreichende Lösung sozialer Probleme auch nicht möglich. Ihr – und dem Staat insgesamt – stand Kolping fremd gegenüber, vom Staat erwartete er keine echte Verbesserung der Verhältnisse – und konnte sie wohl auch nicht erwarten. Kolping starb schon 1865. Da stand Ludwig Windthorst noch vor seiner Karriere in der Reichspolitik. Dieser, der das Bismarck'sche Reich aus tiefem Herzen ablehnte, sah sich als Politiker trotzdem in der Verantwortung. Abstinenzpolitik, sagte er einmal, dürfe es nicht geben. Sie sei Feigheit oder Dummheit.

Die Gesellschaft ist heute um einige Schritte weiter. Sie darf ihren Staat tatsächlich als den ihren verstehen. Das bedeutet allerdings auch, dass er vom politischen Engagement möglichst vieler getragen sein muss. Die CDU muss im Sinne Windthorsts nicht nur für ihr Programm werben, sondern auch für die Politik an sich, für das politische Engagement als solches. Und sie sollte dabei auf Strategien Kolpings zurückgreifen, der wusste, wie junge Menschen „mitgenommen“, wie sie für eine gute Sache begeistert, wie sie in gemeinsame Aktionen eingebunden und für qualifiziertes Engagement befähigt werden können.

Leipzig war sein Sehnsuchtsort

Zum Tod von Erich Loest

MICHAEL BÖHM

Geboren 1969 in Dresden, freier Publizist und Autor, unter anderem für „Du – Die Zeitschrift der Kultur“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur.

Zuletzt schien der Schriftsteller Erich Loest auch an Leipzig zu verzweifeln, denn sein letzter Wunsch bleibt bis heute unerfüllt: Die Oberen der Universität weigern sich noch immer, das Bild des Malers Reinhard Minkewitz aufzuhängen, das Opfer der

SED-Diktatur an der *Alma Mater Lipsiensis* zeigt – noch immer hängt dort Werner Tübkes Gemälde „Arbeiterklasse und Intelligenz“, das die Täter feiert. Der „Leipziger Bilderstreit“, jahrelang ausgetragen in Dutzenden Briefen, öffentlichen Reden und Zeitungsartikeln war das letzte große Ringen im Leben des Erich Loest, es zehrte an seiner angeschlagenen Gesundheit, zermürbte, verbitterte ihn: „Meine Kraft ist aufgebraucht, mein Pulver verschossen“, schreibt er am 24. September 2010 in sein Tagebuch. Da war er 85, und es war schon zwölf Jahre her, dass er endgültig von Bonn nach Leipzig zurückkehrte. In die Stadt, wo er seine Freunde habe, aber auch seine Feinde, wie er einmal sagte – und an der der grantige, streitbare, unbeugsame Mann viel zu tadeln hatte: dass etwa 25 Prozent der Leipziger die Linkspartei wählen würden, dass sie ihren Einfluss im Stadtrat vergrößere, dass ein ehemaliger Stasimann an der Spitze ihrer Fraktion stehe.

Dennoch war Leipzig sein Sehnsuchtsort: Dort hatte er viele Jahre gelebt und gearbeitet, zuerst als Journalist bei der *Leipziger Volkszeitung*, später als freier Schriftsteller; dort ließ er die Figuren seiner Romane auftreten und an den Grundfesten des real existierenden Sozialismus rütteln, etwa Fredi Linden aus *Völkerschlachtdenkmal* (1987), der das Leipziger Wahrzeichen in die Luft sprengen und die Universitätskirche vor der Sprengung retten wollte, oder die Menschen aus der *Nikolaikirche* (1995), die zum Symbol der Friedlichen Revolution von 1989 wurde. Dort, in Leipzig, gelangte Loest zu seinem politischen Engagement, kritisierte, widersetzte sich, wurde schon in jungen Jahren zum politischen Dissidenten – wenn auch noch wider Willen. Denn er, der 1926 als Sohn eines Eisenwarenhändlers im sächsischen Mittweida zur Welt kam, der nach 1933 zum HJ-Führer avancierte, sich freiwillig zur Wehrmacht meldete, der in die NSDAP eintrat und im letzten Kriegsjahr als „Werwolf“ hinter den Frontlinien operierte, wurde 1947 Mitglied der SED: Er nahm ihr Versprechen von Freiheit und einer besseren Welt beim Wort, wie viele der Menschen, die er in seinem Buch *Jungen, die übrig blieben* (1950) beschrieb. Der autobiografische Roman war sein literarisches Debüt, er erregte Argwohn bei den Kommunisten: Der Protagonist war nicht klüger als Loest in den letzten Kriegsmonaten, er marschierte und kämpfte mit, tat das, was er als seine Pflicht begriff. „Standpunktlosigkeit“ warfen Loest daraufhin die Kritiker vor; es waren die Jahre des Hochstalinismus in der DDR, in denen auch ein Romanheld sich wandeln und am besten einen Kommunisten treffen musste, der ihm die Augen öffnete. Loest galt fortan als „bürgerliches Element“ und hatte sich in der „Produktion zu bewähren“.

Doch er schrieb weiter, darunter auch Krimis wie *Die Westmark fällt weiter* (1952), die auf Parteilinie lagen. Jahrzehnte später sollte er dieses Propagandamärchen vom dekadenten Westberlin und vom sauberen „demokratischen Sektor“ persiflieren: Loest konnte sich wundervoll über sich selbst amüsieren.

Der Bruch mit der SED kam für ihn mit dem 17. Juni 1953, als er sich in einem Artikel mit den streikenden Berliner Arbeitern solidarisierte; zwei Jahre später nahmen seine Gegner Rache: Anklage wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ und Parteiausschluss – sieben Jahre Zuchthaus folgten. Für Loest war es „gemordete Zeit“, die er im „Gelben Elend“ in Bautzen verbrachte. Dass er immer ein „eiserner Siezer“ blieb, war genauso Folge des Knasts, wo „ein jeder Arsch Du zu Dir sagte“; was er dort seelisch litt, schrieb er in *Durch die Erde geht ein Riss* (1981) nieder; was er körperlich durchmachte, war ebenfalls drastisch: Am Ende seines Lebens besaß er nur noch ein Drittel seines Magens.

Die Stasi überwachte den 1963 Entlassenen, schlug ihm über einen Mittelsmann vor, nur noch Krimis zu schreiben. Für ihn, der Vater dreier Kinder wurde, ging das einige Jahre gut. Doch in *Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene* von 1978 zeigte er schonungslos den vorgezeichneten



Erich Loest (rechts) steht am 8. August 1995 mit Pfarrer Christian Führer, einer der Hauptfiguren seines Romans „Nikolaikirche“, vor dem gleichnamigen Bauwerk in der Leipziger Innenstadt.

© picture-alliance/ZB, Foto: Wolfgang Kluge

Alltag in der DDR und den Frust allerer, die sich nach einem selbstbestimmten Leben sehnten. Das war zu viel für die roten Zensoren. Er sollte streichen, verlangten sie. Doch Loest wollte längst nicht mehr; er protestierte öffentlich, trat aus dem Schriftstellerverband aus. Mit einem Drei-Jahres-Visum versuchte man, ihn ruhigzustellen – er nutzte es, um sich in Osnabrück und später in Bad Godesberg ein neues Leben aufzubauen.

Doch auch im Westen blieb Loest unbequem; er kritisierte den „Verband deutscher Schriftsteller“, der ihm zu nachgiebig gegenüber dem SED-Regime war, fiel überhaupt immer wieder denen ins Wort, die im Sozialismus eine Alternative sahen, wenn er nur besser gemacht würde, und als einer der wenigen linken Intellektuellen freute er sich aus tiefstem Herzen über die Deutsche Einheit.

Trotz des Leipziger Kleinkrieges um Geschichtsklitterei und das

Tübke-Bild schrieb Loest in den vergangenen Jahren weiter, veröffentlichte Romane wie *Löwenstadt* (2009) und sein Tagebuch unter dem Titel *Man ist ja keine achtzig mehr* (2010). Seinen Rückzug vom literarischen Leben gab der 85-Jährige erst 2011 bekannt. In den Fingern juckte es ihn aber dennoch weiter. Einen Roman über die Hitlerjugend hatte er noch im Kopf. Aber er sei zu alt dafür, sagte er. Am Ende fehlte dem unermüdlichen Kämpfer doch die Kraft. Er schied am 12. September 2013 mit einem Sprung aus dem zweiten Stock des Leipziger Universitätskrankenhauses aus dem Leben.

Totalitäre Gewalt

Strukturelle Analysen und individuelle Erfahrungen

HANS-JOACHIM FÖLLER

Geboren 1958 in Schlüchtern (Hessen), war nach dem Volontariat in den 1990er-Jahren als Redakteur in Thüringen tätig und arbeitet als freier Journalist, insbesondere zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Sigmund Neumann: Permanente Revolution. Totalitarismus im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs, hrsg. von Gerhard Besier und Ronald Lambrecht, LIT Verlag, Münster 2013, 472 Seiten, 69,90 Euro.

Jacob L. Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokratie (drei Bände), hrsg. von Uwe Backes, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 1746 Seiten, 175,00 Euro.

Andreas Petersen: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren: Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris, marixverlag, Wiesbaden 2012, 520 Seiten, 24,90 Euro.

Udo Scheer: Die Sonne hat vier Ecken. Günter Ullmann – eine Biografie, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2012, 288 Seiten, 14,95 Euro.

Im 20. Jahrhundert trat ein neuartiges diktatorisches Herrschaftssystem in die Weltgeschichte. Es behandelte die Beherrschten wie sein Eigentum und versuchte, auch ihr Inneres nach den Maßgaben ideeller Ziele total umzuformen. An die Stelle des denkenden und handelnden Individuums sollte eine kollektive Gleichschaltung im Sinne der Utopie treten. Zur

Deutung und begrifflichen Einordnung der neuartigen Phänomene entwickelten die Gesellschaftswissenschaften die Totalitarismustheorie, genauer: verschiedene theoretische Ansätze zur Erklärung des Totalitarismus.

Zu den bekanntesten Ansätzen dieser theoretischen Konzepte gehören Werke wie *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* von Hannah Arendt und Franz Leopold Neumanns *Behemoth*. Doch es gibt weitere bemerkenswerte Studien, die im deutschen Sprachraum zu Unrecht kaum bekannt oder unterwegs in das Vergessen sind. Das ist besonders bedauerlich, wenn es sich um Klassiker der Totalitarismusforschung wie das Buch des deutsch-jüdischen Emigranten Sigmund Neumann *Permanente Revolution. Totalitarismus im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs* handelt, das 71 Jahre nach seinem Erscheinen in englischer Sprache nun erstmals in deutscher Übersetzung vorliegt. Seine Kernthese besteht in der Behauptung, das wichtigste Ziel des Totalitarismus bestehe darin, die Revolution zu perpetuieren und zu institutionalisieren. Denn nur durch diese Herrschaftspraxis könne der fortdauernde Machterhalt gesichert werden. Und genau darin liegt laut Neumann der eigentliche Unterschied zu den herkömmlichen Tyrannieen, die aus der Geschichte überliefert sind. Zu dieser Überzeugung kommt er durch den historischen Vergleich der Diktaturen in Italien, Deutschland und der Sowjetunion. Sein komparatistischer Ansatz setzt Gleichheit nicht voraus, vielmehr ist er an der Entstehung der Phänomene interessiert und auf diese Weise in der Lage, Ähnlichkeiten und Unterschiede kenntlich zu machen. Die historischen Bedingungen für den Aufstieg totalitärer Bewe-

gungen sieht Neumann in den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, der immense soziale, politische und mentale Verwüstungen verursacht habe. Zudem sei vor allem in der jüngeren Generation das Vertrauen in Vernunft und Fortschritt grundlegend erschüttert worden. Dies habe eine „amorphe Masse“ entstehen lassen, die sozial und wirtschaftlich entwurzelt sowie irrational und führungslos gewesen sei. Die grundlegende Ablehnung totalitärer Herrschaftsformen gründet bei Neumann auf der Überzeugung, moderne Diktaturen zielten darauf ab, die Autonomie des Menschen und sein Gefühl für Verantwortung zu zerstören. Als Beleg für diese These kann das mangelnde Schuldgefühl der ehemaligen Täter sowohl des Dritten Reiches als auch der SED-Diktatur gelten.

EXPERIMENT ODER WAHRHEIT IN DER POLITIK

Mit Jacob Leib Talmons Trilogie *Die Geschichte der totalitären Demokratie* liegt nun ebenfalls erstmals vollständig in deutscher Sprache ein monumentales Werk über die Totalitarismustheorie vor, das den Vergleich mit den besten seines Fachgebietes nicht zu scheuen braucht. Die Ursprünge totalitärer Entwicklungen sucht der israelische Ideenhistoriker in der Aufklärung, genauer: in der Französischen Revolution. Damals schon wurde deutlich, dass die Demokratie, gekennzeichnet durch Gleichheitsprinzip und Volkssouveränität, eine doppelgesichtige Entwicklung in sich barg: Sie konnte die Freiheit stützenden Ideen und Institutionen verknüpfen oder eine freiheits-

vernichtende Wirkung entfalten. Die Anfänge totalitären Denkens verortet Talmon bereits in den radikal-aufklärerischen Strömungen des 18. Jahrhunderts und in dem damit verbundenen politischen Messianismus. Dabei stellt er einen bemerkenswerten Unterschied zu früheren messianischen Bewegungen fest. Während die Vorläufer davon ausgingen, die Zeit der letzten Abrechnungen werde nicht auf Erden, sondern im Jenseits erfolgen, waren die radikalen Aufklärer davon überzeugt, die endgültige Erlösung von allen Übeln könne bereits im Diesseits erreicht werden. Das erkläre, so Talmon, die Unerbittlichkeit der politischen Vollstrecker dieser Ideen.

Nach Talmons Analyse entstanden im 18. Jahrhundert also zwei Modelle der Demokratie: ein empirischer und liberaler Typus einerseits und ein totalitärer, messianischer Typus andererseits. Beide Richtungen unterschieden sich nicht etwa darin, dass die eine „den Wert der Freiheit“ befürworte, die andere diesen dagegen verneine; vielmehr resultiere der Gegensatz aus dem grundsätzlich entgegengesetzten Verständnis von Politik. Während das liberale Demokratiemuster Politik als eine „Sache des Experimentierens“ ansehe, die von Freiwilligkeit und Pragmatismus gekennzeichnet sei, beruhe die „Lehre der totalitären Demokratie auf der Annahme einer alleinigen und ausschließlichen Wahrheit in der Politik“. Genau das erklärt auch ihren Zwangscharakter, der sich in der politischen Praxis totalitärer Systeme beobachten lässt. Eine politische Führung, die im Besitz der Wahrheit ist, muss nicht mit den Bürgern diskutieren, sondern sie erwartet von ihnen die Befolgung ihrer Befehle. Ebenso wie Talmons Werk ist schon 2009 der Band *Faschismus*

– *Bolschewismus – Totalitarismus* von Richard Löwenthal (herausgegeben von Mike Schmeitzner, Göttingen) in der Reihe „Wege der Totalitarismusforschung“ des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts erschienen. Die Herausgabe dieser Schriften verfolgt das Ziel einer Gesamtschau der Diktaturanalysen von Löwenthal, der vor seiner Gelehrtenlaufbahn viele Jahre als Journalist tätig war.

Wie nur wenige politische Analytiker seiner Zeit hat Löwenthal zukünftige Entwicklungen vorausgesehen. Hier sind insbesondere seine Untersuchungen über den Niedergang des „erschöpften“ sowjetischen Kommunismus und den „islamistischen Fundamentalismus als Ersatzreligion“ zu nennen. In seiner späten Schaffensperiode hat Löwenthal ein Totalitarismusmodell entworfen, das durch vier Institutionen gekennzeichnet ist: ein Parteimonopol mit Initiativmonopol an der Spitze bei gleichzeitigem Verbot von Fraktionsbildungen, ein Organisationsmonopol, das der Partei die Kontrolle aller anderen Organisationen ermöglicht, ein Informationsmonopol zur Kontrolle der Meinungsbildung sowie die Abwesenheit rechtlicher Beschränkungen der Staatsgewalt, die die Möglichkeit staatlichen Terrors einschloss.

MAHLSTEINE DER DIKTATUR

Was es heißt, mit und unter Weltanschauungsdiktaturen zu leben, zeigen zwei weitere Bücher, die sich der existenziellen Erfahrung in der totalitär ausgerichteten Welt widmen.

Zu erwähnen ist hier ein Mann, der, im Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg

geboren, Jungkommunist in der Weimarer Republik war, Wehrmachtssoldat, Workuta-Häftling und zuletzt Bundesbürger. Sein Name: Erwin Jöris. Der Hundertjährige lebt heute als einer der letzten Zeitzeugen der politischen Extreme des 20. Jahrhunderts in Köln. Der Berliner Historiker Andreas Petersen hat sein Leben aufgeschrieben. Dabei stützte Petersen sich nicht nur auf zahlreiche Gespräche. Vielmehr überprüfte Petersen die Kernaussagen anhand der Fachliteratur, forschte in deutschen und russischen Archiven und ordnete die Fakten in den geschichtlichen Horizont ein. Zu lesen ist nun die mitreißend erzählte Geschichte eines einfachen Mannes, der eine gerechtere Gesellschaft wollte, Kommunist wurde und zwischen den Mahlsteinen der beiden großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts fast zerrieben wurde.

Erwin Jöris kommt 1912 in Berlin-Lichtenberg als Sohn eines Maschinenschlossers zur Welt. Sein Vater, ein Spartakist, kämpft für eine Räterepublik. Der Sechsjährige sieht aus dem Fenster der elterlichen Wohnung den langen Trauerzug für die ermordeten Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Damals werden sie seine Vorbilder.

Noch während seiner Tischlerlehre tritt er dem Kommunistischen Jugendverband bei und wird Straßenkämpfer. Nach der Machtübernahme der Nazis muss er um sein Leben bangen, er wird verhaftet und kommt ins KZ Sonnenburg bei Küstrin (heute Polen), wo er Carl von Ossietzky und Erich Mühsam begegnet. Kaum aus der Haft entlassen, stellt er entsetzt fest, dass die Mehrheit seiner ehemaligen Kampfgenossen nun hinter der Hakenkreuzfahne hermarschiert. Von der KPD wird Jöris in die Sowjetunion beor-

dert. Dort staunt er über die ärmlichen Lebensbedingungen russischer Arbeiter und erlebt die Zeit der großen stalinistischen Säuberungen. Wegen angeblicher trotzkistischer Ansichten und Spionage für die Gestapo wird Jöris verhaftet, kommt in das berüchtigte NKWD-Gefängnis Lubjanka nach Moskau und wird überraschend in das Deutsche Reich abgeschoben, wo er sogleich im Gefängnis landet. Den Nazis gilt er als vom Kommunismus geheilt und wird wenig später entlassen. Kurze Zeit später muss Jöris als Sanitätssoldat in einen Krieg ziehen, den er immer verhindern wollte. Schwer verwundet schleppt er sich in ein sowjetisches Gefangenenerlager. 1946 kehrt er nach Berlin-Lichtenberg zurück. Er wird KPD-Mitglied und als solches zwar später SED-Genosse, doch er will sich den Apparatschiks wie Walter Ulbricht nicht fügen und kritisiert die rasche Integration alter Nazis in die Sozialistische Einheitspartei. Zudem spricht er offen von den stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion. Das bringt ihn 1950 in das berüchtigte sowjetische Straflager Workuta. Das Urteil lautet: 25 Jahre Zwangsarbeit. Nach Stalins Tod und Adenauers Verhandlungen ist er 1955 wieder zu Hause in Ost-Berlin. Aus Angst, noch einmal verhaftet zu werden, setzt sich Jöris zusammen mit seiner Frau in den Westen ab und lebt dort ein bescheidenes Arbeiterleben.

„GRELLE BLITZE IN DAS GEDÄCHTNIS“

Wie schwierig es sein konnte, ein freies und künstlerisch selbstbestimmtes Leben in der DDR zu führen, zeigt das Beispiel

der Schriftsteller-Existenz von Günter Ullmann aus Greiz in Thüringen, jener alten Residenzstadt, aus der bereits 1977 der heute bei Passau lebende Schriftsteller Reiner Kunze und seine Familie durch unerträgliche Schikanen vertrieben wurden. Ullmann erlitt ein verwandtes Schicksal. Im SED-Staat aufgrund staatlich organisierter Repression zum Schweigen verurteilt, konnte er erst nach dem Ende der DDR mit seiner Kunst öffentlich in Erscheinung treten. Mehr als zwei Dutzend Bücher erschienen. Darunter sind Gedichte, Epigramme, Prosaminaturen und Geschichten für Kinder. Nun hat der Thüringer Autor Udo Scheer das Leben dieses Widerständigen in einer einfühlsamen und spannenden Biografie beschrieben.

1946 in die Sowjetische Besatzungszone hineingeboren, gerät Ullmann aufgrund seines Gerechtigkeitssinnes und seines kritischen Verstandes schon früh in Konflikt mit der staatstragenden Macht der SED-Diktatur und ihren Vertretern. Bereits als Jugendlicher beginnt er zu schreiben, wird Schlagzeuger, Komponist und Sänger in einer Beatgruppe, die prompt wegen „sozialismusfremden, englischen Gesangs“ verboten wird. Nachdem er sich aus Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR tschechische Fähnchen ans Revers geheftet hat, wird er 1968 zusammen mit Freunden verhaftet. Seine Unterstützung der „Staatsfeinde“ Reiner Kunze, Wolf Biermann und Jürgen Fuchs bringt ihm Verhöre durch die Staatssicherheit ein. Ullmann wird „operativ bearbeitet“. Dabei verwirren ihn die Vernehmer, indem sie ihn mit seinen intimsten Gedanken konfrontieren – und treiben ihn damit zur Verzweiflung. Ullmann wird seelisch krank. Nicht im Traum wäre er darauf

gekommen, dass ihn sein Freund Manfred Otto Ibrahim Böhme alias IM „Paul Bonkraz“ verraten hat, wie sich nach Sichtung der MfS-Akten herausstellt. Eher noch verdächtigte er seine unschuldige Ehefrau. In dieser ausweglosen Situation bleiben Ullmann nur Resignation und Ohnmacht. Doch im inneren Kampf entwickelt sich auch seine poetische Kreativität. Durch die Auseinandersetzung mit dem Überwachungsstaat entsteht sein ungewöhnlicher Stil, der sich dadurch auszeichnet, dass er Bilder und Aussagen auf das Elementarste reduziert. Neben kurzer Prosa verfasst er vor allem Gedichte und Epigramme, „die sich wie grelle Blitze in das Gedächtnis brennen“, schreibt Scheer, der mit dieser Lebens- und Zeitbeschreibung der deutschen Literaturgeschichte ein bemerkenswertes Kapitel hinzugefügt hat.

Veröffentlichen darf Ullmann in der DDR nichts. Bis zum Mauerfall verfasst er vierzehn Manuskripte für die Schublade. Zugleich versehrt und befreit, entfaltet er nach dem Ende der DDR eine ungeheure Produktivität. Überraschend stirbt er im Jahr 2009 an Krebs. Im Rückblick auf sein Leben sagte Ullmann: „Ich konnte nur so sein, wie ich bin. Dichtung kennt keinen Kompromiss.“

Ein Blick zurück nach vorn

Begabtenförderung im Wandel der Generationen

Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde 1965 ins Leben gerufen. Die damalige Bundesregierung stand unter der Leitung von Ludwig Erhard. Das von ihm propagierte Leitbild einer „formierten Gesellschaft“ fand weder in der Öffentlichkeit noch in der Union eine breite Zustimmung. Die auseinanderstrebende Gesellschaft ließ sich nicht „formieren“. Sie war weniger als zuvor auf Konsens, sondern auf Kontroverse ausgerichtet.

Das zeigte sich nirgendwo stärker als bei der akademischen Jugend. Die Nachkriegsgeneration, die zum großen Teil in Trümmern aufgewachsen war, strebte in die Universitäten. Sie war von neuen Leitbildern geprägt. Schon ein Jahr nach der Bundestagswahl mit dem Beginn der Großen Koalition und dem Entstehen der außerparlamentarischen Opposition meldete sie sich lautstark in der Öffentlichkeit zu Wort. Die bis dahin in der Gesellschaft breiten Konsens findenden politisch-kulturellen und moralischen Grundorientierungen wurden infrage gestellt.

In diese Zeit des Umbruchs fiel die Gründung der Begabtenförderung. Acht Studenten und acht Studentinnen wurden im Gründungsjahr in die Förderung aufgenommen, einige davon bereits im Sommersemester 1965. Heute gehören der Begabtenförderung circa 3.500 Studierende an. In den zurückliegenden, nun bald fünfzig Jahren sind aus ihr über 12.000 Ehemalige, Alumni und Alumnae, hervorgegangen.

Die Begabtenförderung wird heute von drei Generationen geprägt: der „Trümmergeneration“, die nach dem Krieg in den Wiederaufbau hineinwuchs, der „Generation Golf“, sie ist heute Mitte 40 – unser ehemaliger Stipendiat Florian Illies gab ihr mit seinem Buch *Generation Golf* den Namen –, und der nachwachsenden jungen Generation von heute, die gerade ihre akademische Laufbahn beginnt.

Die „Trümmergeneration“ ist unter den Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ungefähr 35 Prozent vertreten. Die größte Gruppe ist die „Generation Golf“, zu ihr gehören etwa sechzig Prozent. Die junge, nun in die Begabtenförderung strebende akademische Generation ist erst mit etwa fünf Prozent vertreten. Sie wird in den nächsten Jahren, auch aufgrund der hohen Aufnahmezahlen durch die Doppeljahrgänge, die Begabtenförderung wesentlich prägen. Wie denkt und plant die junge akademische Generation von heute? Ihr wurde der geheimnisvolle Name „Generation Y“ gegeben.

GENERATIONENPROFILE

Der bundesweit bekannte Jugendforscher Klaus Hurrelmann typisiert die drei Nachkriegsgenerationen in Deutschland: Die erste Nachkriegsgeneration sei von dem Trauma der Niederlage, Entbehrung und dem Heranwachsen in einer vom Krieg gekennzeichneten Landschaft geprägt worden. Der Wiederaufbau gehörte mit ihrer Elterngeneration zur Lebensleistung in beiden Teilen Deutschlands. Im Westen schuf sie die Voraussetzung dafür, dass die Generation ihrer Kinder, die „Generation Golf“, unter ganz anderen, unerwartet besseren Voraussetzungen in das Leben starten konnte.

Die „Generation Golf“ konnte den Wohlstand genießen, den ihre Elterngeneration erarbeitet hatte. Ihre Repräsentanten sind selbstbewusst, zum Teil kämpferisch und konsumorientiert. Für Politik interessieren sie sich weit weniger, als es ihre Eltern taten. Sie machen sich mehr Gedanken über Äußerlichkeiten als über Inhalte. Individualität ist wichtiger als Gemeinschaft. Toleranz avanciert zu ihrem Leitwort, allerdings häufig nur so lange, wie der eigene Lebensstil dadurch nicht infrage gestellt wird. Man mutet sich etwas zu, arbeitet gern, aber möglichst nicht zu viel. Sie möchten ihr Leben genießen, Arbeit und Beruf bedeuten ihr etwas, aber nicht alles.

Im Osten Deutschlands gab es die „Generation Golf“ nicht. Ihre Altersgenossen erlebten als Schüler oder Studenten die Friedliche Revolution und tasteten nach einem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Neuanfang. Sie waren nicht saturiert wie die „Generation Golf“, sondern ähnlich wie die „Trümmergeneration“ leistungsorientiert, aufstiegsinteressiert und wollten im wiedervereinigten Deutschland ankommen.

Von der „Generation Golf“ hat die „Generation Y“ gelernt, dass nichts mehr verlässlich, vieles möglich ist und sich alles schneller verändert als früher.

Die Zukunft ist weniger planbar geworden. Die Menschen der „Generation Y“ sind in ganz Deutschland trotz unterschiedlicher Ausgangslage mit unzähligen Optionen groß geworden: in der Schule, im Alltag, zu Hause und im Studium. Das Internet wurde für sie zu einer neuen, virtuellen Welt, die ihnen vielfältige Dimensionen des Zusammenlebens eröffnete.

Die „Generation Y“ will möglichst viel auf einmal: Familie, Freizeit, Sinnstiftung durch den Beruf, partnerschaftliches Zusammenleben von Mann und Frau. Sie will auch Wohlstand. Sie weiß aber, dass sie das Wohlstandsniveau der „Generation Golf“ kaum erreichen wird. Der Wunsch nach Kindern wird zurückgestellt. Sie spürt stärker als die vorangehende Generation die zentrifugalen Kräfte in unserer Gesellschaft. Sie sucht Geborgenheit, weil sie sich einem starken Leistungsdruck ausgesetzt fühlt. Die Familie gewinnt deshalb für sie an Bedeutung. Sie schafft sich einen Raum, in dem sie sich wohlfühlt.

Die „Generation Y“ hält drei Trümpfe in ihrer Hand: Erstens profitiert sie vom demografischen Wandel. Die Zahl der Erwerbsfähigen in Deutschland wird in den nächsten Jahren dramatisch zurückgehen. Zweitens ist etwa die Hälfte gut bis sehr gut ausgebildet. Viele verfügen über erste internationale Erfahrungen und sprechen in der Regel mindestens eine Fremdsprache. Drittens sind Arbeitszeit und Freizeit im digitalen Zeitalter nicht mehr so wie exakt in berufliche und private Zeit aufzuteilen.

Die „Generation Y“ denkt weniger als vorangehende Generationen in Hierarchien. Sie ist nicht annähernd so karrierebewusst wie die „Trümmergeneration“ und stellt Fragen wie zum Beispiel: Wie kann ich meine Lebensqualität optimieren? Gleich das höhere Maß an Verantwortung und Geld den damit verbundenen Verlust an Freizeit und Freiheit aus?

SICHTBARER POLITIKENTZUG

Ein Vergleich der drei akademischen Nachkriegsgenerationen macht schnell deutlich, dass die „Generation Y“ am wenigsten parteipolitisch ausgerichtet ist. Die letzte Bundestagswahl bestätigte dies: Sie zeigte, dass mit dem Alter der Wähler ihre Zuneigung zu den Volksparteien, CDU/CSU und SPD, steigt. Bündnis 90/Die Grünen schneiden bei jüngeren Wählern tendenziell besser ab als bei älteren. Die Unionsparteien erreichen zwar bei den 18- bis 24-Jährigen circa 31 Prozent, liegen damit aber ungefähr zehn Prozent unter dem amtlichen Wahlergebnis. Bei der akademischen Jugend ist dieser Wert noch sehr viel niedriger. Dennoch haben die Unionsparteien in dieser Altersgruppe den höchsten Wert aller Parteien. Die „Generation Y“ vertritt in stärkerem Maße als die „Generation Golf“ bürgerliche Werte. Dies haben die jüngste Jugendstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Bundestagswahl bestätigt. Die „Generation Y“ nimmt durchaus wahr, was im Land, in Europa und auch

auf der Welt geschieht, aber sie ist weit davon entfernt, für ihre Ziele und Weltanschauungen auf die Straße zu gehen. Vielmehr lässt sie es bei der in sozialen Netzwerken häufig anzutreffenden Bekenntnisformel „like“ – „gefällt mir“ – bewenden.

Die UNICEF reagierte nach einer groß angelegten Internetwerbung darauf mit den Worten: „Liken rettet kein Leben.“ Es wäre zu ergänzen: „Die Demokratie zu mögen, erhält sie nicht.“ Die Folgen des sichtbaren Politikentzugs, der nicht gleichbedeutend ist mit allgemeinem politischem Desinteresse einer ganzen Generation, sind heute noch nicht abzusehen. Die Optimierung der „Work-Life-Balance“ fördert jedenfalls das Gemeinwohl. Privates Wohlbefinden ist wichtig für die Demokratie, es stabilisiert sie, aber es hält sie nicht funktionsfähig.

MIT OTHELLO VERBINDEN VIELE EINE FLATRATE

Während das politische Interesse der „Generation Y“ eher unbestimmt als zielgerichtet ist, steht das Bildungsmanagement ganz oben auf ihrer Agenda. Hier zeigt sie eine starke Neigung, sich auf das zu konzentrieren, was für Schule, Studium und Beruf prüfungsrelevant beziehungsweise für die Erfüllung der gestellten Aufgaben notwendig und sinnvoll ist. Lehrer an Schule und Hochschule berichten, dass eine breite Mehrzahl von Schülern und Studenten abschaltet, wenn der behandelte Stoff nicht unmittelbar für den Schul- beziehungsweise Studienabschluss relevant ist. Schließlich bietet das Netz die Möglichkeit, fehlendes Wissen in Windeseile einzuholen.

So kommt es vor, dass Juristen im Auswahlverfahren der Promotionsförderung nicht wissen, welche verfassungsrechtliche Sonderstellung der Reichspräsident in der Weimarer Republik innehatte. Promovierende der Geschichtswissenschaft können weder Walter Ulbricht noch Erich Honecker historisch-politisch einordnen. Mit „Ot(h)el(l)o“ verbinden viele eine Flatrate, aber nur wenige wissen, dass es sich dabei auch um ein Drama von William Shakespeare oder eine Oper von Gioacchino Rossini handelt.

Was bedeuten diese Veränderungen für unsere politische Kultur? Die „Generation Y“ hat ihre Entwicklung politisch-kulturell noch nicht abgeschlossen. So wie sich viele 68er von Feinden der Republik zu Reformern entwickelten und am bürgerlichen Leben nicht nur partizipierten, sondern es auch schätzen lernten, so kann sich auch die „Generation Y“ verändern. Aus einer jungen Generation, die heute die starke Neigung zeigt, sich auf sich selbst zu konzentrieren und sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung zurückzuziehen, kann durchaus in den nächsten Jahren eine Generation erwachsen, die sich ihrer Verantwortung in der Gesellschaft stellt und politische Verantwortung übernimmt.

Bei aller Unvollkommenheit ist die künftige Generation selbstbewusst, freundlich, aufgeschlossen, pragmatisch, nicht ideologisch, offen und mobil. Sie ist gekennzeichnet durch eine ganzheitliche Betrachtung des Menschen; sie sieht ihn durchaus in seiner gesellschaftlichen Verantwortung, jedoch vor dem Hintergrund einer neuen Balance zwischen Arbeit und Familie.

BEGABTENFÖRDERUNG FÜR DIE „GENERATION Y“

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus nun für die Begabtenförderung? Erstens: Die Begabtenförderung muss sich im Rahmen ihres Auswahlverfahrens auf diese Generation der digitalen Revolution einstellen. Es wird künftig mehr darauf ankommen, nach Meinungen, Kenntnissen, Interessen und dem Verständnis für politische Prozesse zu fragen. Die Begründungs- und Urteilsfähigkeit des Einzelnen wird noch bedeutsamer werden als zuvor. Zweitens: Das ideelle Seminarprogramm wird noch stärker zu einem wesentlichen Baustein für die Vermittlung grundlegender politisch-kultureller Inhalte werden, was nicht zuletzt auch bedeutet, dass begabte junge Menschen motiviert werden, Wege in die praktische Politik zu suchen.

Die Auseinandersetzung mit der NS- und der SED-Diktatur sollte dabei nicht vernachlässigt werden. Die „Generation Y“ misst ihnen – im Gegensatz zu den beiden ihr vorangegangenen Generationen – nur einen geringen Stellenwert zu. Von der NS-Diktatur geht für sie kaum noch eine Betroffenheit aus. Die SED-Diktatur hat in ihrer Schulbildung so gut wie keine Rolle gespielt. Als vermittelte Erfahrung ihrer Eltern ist sie nahezu bedeutungslos. Die geglückte Einheit Deutschlands hat sie zu Unrecht zu einer Episode vernachlässigbarer deutscher Geschichte herabgestuft.

Die „Generation Y“ darf nicht zu einer politisch verlorenen Generation werden. Sie kann für politische Inhalte und Auseinandersetzungen gewonnen werden. Gerade weil diese Generation wertorientiert ist, in der Tiefe ihres Herzens bürgerlich denkt und handelt, lohnt es sich, sie für die Ziele der christlich-demokratischen Bewegung zu gewinnen, auch wenn sie im Vergleich zu den vorangehenden Generationen noch wenig Bereitschaft zeigt, politisch-weltanschauliche Bindungen einzugehen.

*Günther Rüther,
seit 2000 Leiter der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Redaktion dankt Günther Rüther, der sich zum Ende dieses Jahres in den Ruhestand verabschiedet, für seinen letzten Beitrag in seiner Funktion als Leiter der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2014
zum Thema

Europa

Worum es bei der Wahl geht

Hierzu schreiben unter anderen Joseph Daul, Karl-Rudolf Korte,
Rupert Neudeck, Elmar Brok und Margret Wintermantel.

IMPRESSUM

Nr. 523, November/Dezember 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Roman Harbort

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



„DIE INDIANER ERNENNEN NOCH LANGE NICHT JEDEN ZUM INDIANER“

1956 reist Konrad Adenauer in die USA. In Milwaukee, Wisconsin wird er von Ureinwohnern als „Weiser Führer vieler Menschen“ ausgezeichnet. Ob die Zeremonie nach Adenauers Geschmack war, lässt das Foto nicht eindeutig erkennen. Er dürfte aber geahnt haben, dass ihm die Pressefotos mit indianischem Federschmuck lange nachhängen würden. Auch der Genuss der Friedenspfeife war für den strammen Nichtraucher wohl kein reines Vergnügen. Er nahm es willfährig in Kauf. Schließlich ging es bei seinem Amerika-Besuch um nichts Geringes.

Der Name Konrad Adenauers steht für die „Westbindung“ der Bundesrepublik Deutschland, die „historische Achsendrehung“ (Rudolf Morsey) deutscher Außenpolitik, die Frieden und Freiheit in Deutschland und Europa den Weg bereitete und bis heute sichert: „Wir Deutsche gehören aus weltanschaulichen und kulturellen Gründen und aus unserer ganzen Lebensauffassung heraus zum Westen. Und nur durch den Anschluß an den Westen kann unsere Isolierung und Wehrlosigkeit ein Ende finden.“

(Rede vor dem 3. CDU-Bundesparteitag in Berlin, 18.10.1952. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand CDU-Bundespartei 07-001-22009)

Quellenangabe für das Foto:

© dpa - Bildarchiv, Foto: UPI